Mittwoch, 3. April 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 79 - 14.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 220,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Urteile in Stammheim: Nach 14monatiger Verhandlung wurden die führenden RAF-Terroristen Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt in Stuttgart-Stammheim zu je fünfmal lebenslänglich und zusätzlich 15 Jahren Haft verurteilt. (S. 4)

Wörner: Der Bundesverteidigungsminister stellt in den USA ein deutlich gewachsenes Verständnis in der Debatte um die deutschen Verteidigungsleistungen fest. Er glaube nicht, daß es in diesem Jahr erneut einen Vorstoß im Senat geben wird, die amerikanischen Truppen in Europa zu reduzieren. (S. 10)

Mittag nach Bonn: Das für Wirtschaftsfragen zuständige SED-Politbüromitglied Mittag wird bei seinem für den 17. und 18. April angesetzten Besuch in Bonn voraussichtlich mit Kanzler Kohl zusammentreffen. Geplant sind außerdem Begegnungen mit Wirtschaftsminister Bangemann und CSU-Chef Strauß.

Besuchstermin: Der seit längerem vorgesehene Besuch des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Honecker in Italien – der erste eines führenden „DDR"-Politikers – soll am 22. und 23. April stattfinden.

Fluchtweg Friedrichstraße: Mit der U-Bahn gelang einem im Ostberliner Bahnhof Friedrichstraße beschäftigten Fensterputzer die Flucht nach West-Berlin.

Mafia-Richter: Bei einem Mordanschlag auf den in Mafiaprozessen bekannt gewordenen italienischen Untersuchungsrichter Carlo Palermo wurden in der sizilianischen Stadt Trapani drei unbeteiligte Passanten getötet. Der Richter selbst erlitt nur leichte Verletzungen. (S. 10)

Dänemark: Die wilden Streiks und Protestaktionen gegen die vom Parlament beschlossene Zwangsschlichtung im Tarifkonflikt gingen gestern weiter. Öffentliche Verkehrsmittel, Rundfunk, Post und Flugverkehr waren schwer beeinträchtigt. (S. 6)

Dialog gefordert: US-Außenminister Shultz hat die südafrikanische Regierung angesichts der jüngsten Gewalttaten erneut zu Verhandlungen mit den Schwarzen aufgefordert. Gleichzeitig betonte er jedoch, daß die USA dort „physisch präsent" bleiben müßten, wenn sie ihren Einfluß geltend machen wollten.

Rüstung: Ungeachtet der SDI-Debatte setzt Frankreich den Ausbau seiner eigenen Abschreckungs-Kapazität fort. Die „Force de frappe" soll bis zur Jahrhundertwende über 1000 Atomsprengköpfe verfügen. (S. 10)

Libanon: Der Mitte März im Bekaa-Tal entführte niederländische Pater Kluiters ist ermordet aufgefunden worden. Jetzt sind noch acht westliche Ausländer in der Gewalt von Extremisten. (S. 6)

ZITAT DES TAGES



»Trotz der Kosten muß alles, was veraltet ist, was vor der Herausforderung des europäischen Wettbewerbs nicht bestehen kann, weggewischt werden, um Platz zu schaffen für das Neue. Jeder Schritt zur Modernisierung hat seine sozialen Kosten.«

Der portugiesische Ministerpräsident Mario Soares zum EG-Beitritt seines Landes
FOTO: ZOLTAN NAGY

WIRTSCHAFT

Dresdner Bank: Nach Jahren verhaltenen Wachstums haben AG und Konzern 1984 wieder einen deutlichen Expansionskurs gesteuert. Der gegenüber dem Vorjahr gut verdreifachte Bilanzsummenzuwachs wurde von einer Ausweitung des Kundenkreditgeschäfts getragen. (S. 13)

Schiffbau: Die deutschen Werften konnten 1984 bei den Auftragseingängen weltweit ihren dritten Platz behaupten und damit den Einbruch vom Vorjahr wieder wettmachen. (S. 12)

UdSSR-Importe: Die Einfuhren der Sowjetunion aus den USA stiegen 1984 nach amtlichen Statistiken auf den Rekordwert von 2,83 Milliarden Rubel (1983: 1,57 Milliarden). Als Grund geben westliche Experten vor allem die hohen Getreideeinfuhren infolge der schlechten Ernte an.

Börse: Die kräftige Dollarerholung schlug sich auch in höheren Aktienkursen nieder. WELT-Aktienindex 176,0 (174,0). Am Rentenmarkt waren öffentliche Anleihen etwas leichter. BHF-Rentenindex 101,003 (101,088). Performance-Index 100,039 (100,088). Dollar-Mittelkurs 3,1408 (3,0910) Mark. Goldpreis je Feinunze 318,75 (321,10) Dollar.

KULTUR

Malerei: Vor wenigen Jahren noch verfolgt, haben sich die „Nonkonformisten" mittlerweile einen geduldeten Platz im sowjetischen Kulturbetrieb erobert. Aber die Partei hält sie am straffen Zügel. (S. 19)

Mißlungener Abend: Pina Bausch lädt in Wuppertal zu einem neuen „Tanzabend". Offenkundig hat sie diesmal versucht, Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung ihrer Arbeit zu finden – ein nicht gelungenes Vorhaben. (S. 19)

SPORT

Fußball: Der 51jährige Jugoslawe Otto Baric (Rapid Wien) wird neuer Trainer beim deutschen Meister VfB Stuttgart. Er löst Helmut Benthaus ab, der zum FC Basel geht. (S. 9)

Tennis: Der 20jährige Michael Westphal aus Neuss erreichte beim Grand-Prix-Turnier in Monte Carlo das Achtelfinale. Er schlug den Amerikaner Wilkison 6:1, 7:6.

AUS ALLER WELT

Wegezoll-Affäre: In einem ersten Prozeß der Korruptionsaffäre um Autobahnpolizisten müssen sich seit gestern vor dem Amtsgericht in Dillenburg zwei Beamte verantworten. Bundesweit wird gegen 70 weitere Polizisten ermittelt, die von Lastwagenfahrern Waren erpreßt haben sollen. (S. 20)

Soeur Sourire: Mit ihrem fröhlichen Schlager „Dominique" erlangte die belgische Nonne 1963 Weltruhm. 1966 trat sie aus dem Kloster aus, jetzt beging sie völlig verarmt Selbstmord. (S. 20)

Wetter: Zunächst heiter, später wieder bewölkt. 13 bis 17 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Kirchenleitung hält Pastoren „politische Verführung" vor

Aufruf zur Wehrdienstverweigerung vertieft Kluft in Nordelbien

H. SCHÜTTE, Hamburg/Kiel

Die inneren Spannungen, die seit Jahren die Arbeit der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (NEK) belasten, werden immer stärker. Das Kirchenamt sah sich gestern veranlaßt, 17 Pastoren des Kirchenkreises Stormarn die dienstliche Anweisung zu erteilen, das von ihnen unterzeichnete Flugblatt zur Wehrdienstverweigerung „im Rahmen ihrer seelsorgerischen Praxis nicht weiter einzusetzen". Die Kirchenleitung bezeichnete den öffentlichen Aufruf zur Wehrdienstverweigerung, über den die WELT berichtet hatte, als „politische Verführung, die nicht mehr als Seelsorge verstanden werden kann". Der Appell zeige, wie wenig die Bemühungen der Kirchenleitung um eine Korrektur einseitiger Positionen bei den beteiligten Pastoren respektiert worden seien.

In dem Aufruf, der sich an ehemalige Konfirmanden wendet, heißt es unter anderem: „‚Wer das Schwert zieht, wird durch das Schwert umkommen', hat Jesus gesagt. Dein ‚Schwert' beim Bund, das ist dein Schnellfeuergewehr, dein Panzer, deine Haubitze, Waffen, die tödlicher sind als ein Schwert. Dabei ist es gar nicht sicher, daß du selbst umkommst. Du da im Panzer, du im Flugzeug, du im Bunker." Die Pastoren rufen in dem Flugblatt dazu auf: „Wende dich an uns, wenn du verweigern willst, wir helfen dir."

Propst Karl Ludwig Kohlwage, Vorsitzender des Kirchenkreis-Vorstandes von Stormarn, sieht mit diesem Aufruf die Beratungstätigkeit der Nordelbischen Kirche belastet. „Wenn unsere Kirche dezidiert zur Verweigerung aufruft", – so sagte der Propst gestern der WELT auf Anfrage – „dann wird diese wichtige Arbeit ersetzt durch eine klare Handlungsweisung." Die Frage nach möglichen

SEITE 2:
Was die Kirche zerstört

disziplinarischen Schritten beantwortet Kohlwage mit der Vermutung, daß damit nur „ein Rattenschwanz von Solidarisierung" ausgelöst werden würde.

Der Aufruf, der auch dem offiziellen Organ des Nordelbischen Jugendpfarramtes „Mitteilungen vom Koppelsberg" beilag, beweist nach Meinung des Vorsitzenden der „Kirchlichen Sammlung um Bibel und Bekenntnis" in der Nordelbischen Kirche, Pastor Ulrich Rüß, „die Not unserer Nordelbischen Kirche, daß das Pastorenamt für politische Statements mißbraucht wird". Rüß sagte gestern: „Hier wird das Gewissen eindeutig manipuliert. Der ehemalige Konfirmand wird ein Stück entmündigt. Er wird glauben gemacht: Man kann als Christ keinen Wehrdienst leisten." Rüß forderte die Bischöfe der Nordelbischen Kirche auf, „Irrlehren auch in der Öffentlichkeit Irrlehren zu nennen und nicht den Eindruck zu erwecken, man könne Irrlehren durch ein Gespräch wegdiskutieren". Die Not in seiner Kirche sei auch in der Nichtkompetenz gegeben, der Machtspielraum der Bischöfe sei zu klein.

In der Nordelbischen Kirche, von deren drei Oberhirten, trotz der erst am Vortag bekanntgewordenen Flugblattaktion, gestern bis Redaktionsschluß kein Bischof erreichbar war, ist die Kompetenz der Kirchenleitung jedoch stärker als in anderen Landeskirchen gefordert: Erst im November 1984 hatten 27 Pastoren und Kirchen-Mitarbeiter einen Aufruf zur Verweigerung aller Kriegsdienste und zum zivilen Ungehorsam veröffentlicht und an alle Gemeinden in Hamburg und Schleswig-Holstein

● Fortsetzung Seite 10

DER KOMMENTAR

Arbeitsbesitzer

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Verflossene Ministerehren widersprechen nicht dem Befund, daß Georg Leber ein Arbeiterführer vom alten Schrot und Korn geblieben ist. Nicht einer der marxistisch doktrinären Engstirnigkeit, sondern einer des gesunden Menschenverstandes. Er hat es im vergangenen Sommer mit seinem Schlichtungsspruch bewiesen, der den Streik in der Metallindustrie beendete. Jetzt meldet sich Leber zu Wort, um zu erklären, auch heute falle ihm keine bessere Schlichtung ein. Allerdings gibt er eine wichtige Erläuterung: Er ist dafür, in den Unternehmen und Betrieben die Arbeitszeit innerhalb der allgemein vorgegebenen 38,5-Stunden-Woche flexibel zu regeln.

Diese Anmerkung bedeutet eine Rüge des Schlichters, der einmal ein wegweisender IG-Bau-Vorsitzender war, an die Adresse der IG Metall. Steinkühlers Philosophie ist nicht die des gesunden Menschenverstandes, sondern des engstirnigen Organisationsinteresses seiner IG Metall. Die Gewerkschaft tut alles, um die Chancen der Vernunft dieses Schiedsspruches mit der Dampfwalze der allein seligmachenden Massenorganisation zu ersticken. Der IG Metall ist die Durchsetzung kollektiver Vergünstigungen der organisierten Arbeitsbesitzer wichtiger als die optimale, weil flexible Ausschöpfung aller betrieblichen Möglichkeiten zur Einstellung weiterer Arbeitskräfte. Um die Verantwortung von sich abzuschieben, ruft die IG Metall laut nach Programmen des Staates zur Arbeitsbeschaffung.

Die neuesten Arbeitslosenzahlen klagen nicht zuletzt jene Gewerkschaften an, die mehr an ihre eigene Macht als an die Menschen ohne Verdienst denken. Sie klagen aber auch diejenigen in der SPD an, die den Grafen Lambsdorff, Ernst Albrecht, Haimo George und Helmut Haussmann zum Gruselkabinett vereinigen, das sich nichts sehnlicher wünsche als die entsolidarisierte Gesellschaft. Die SPD kann Solidarität mit den Arbeitslosen üben, indem sie landauf, landab die vielen SPD-Bürgermeister der finanziell wieder handlungsfähigen Gemeinden dazu bewegt, ihre Investitionsprojekte aus der Schublade zu holen. Da würde Georg Leber, dem die Bauarbeiter noch immer am Herzen liegen, seiner Partei mal wieder Beifall zollen.

Leber für neue Form von Tarifverträgen

Er empfiehlt „Lockerung verbindlicher Regelungen" / Proteste gegen FDP-Vorschläge

DW. Hamburg

Die angesichts der anhaltenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt verstärkt geführte Diskussion um die Veränderung tarifvertraglicher Bestimmungen ist vom früheren Bundesminister Georg Leber (SPD) um eine Variante bereichert worden. Leber, der im vergangenen Jahr den Arbeitskampf in der Metallindustrie durch Einführung der 38,5-Stunden-Woche geschlichtet hatte, setzte sich für eine Lockerung der verbindlichen Regelungen in Tarifverträgen ein.

In der Wochenzeitung „Die Zeit" plädierte der frühere Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden zwar dafür, daß die wesentlichen Fragen für einen Wirtschaftszweig auch künftig durch Tarifverträge geregelt werden, fügte aber unter Hinweis auf die innerbetrieblich unterschiedlichen Regelungen über die 38,5-Stunden-Woche hinzu: „Für ein Unternehmen kann es sozial vernünftig und betrieblich zweckmäßig sein, im Rahmen des Vorgegebenen zu differenzieren."

Früher habe es sehr viel mehr Tarifverträge mit kleinen Geltungsbereichen gegeben, bis der Trend zu großen flächendeckenden Abmachungen eingesetzt habe. Leber: „Plötzlich gab es Verträge für die ganze Bauwirtschaft und die ganze Metallwirtschaft. Aber je größer die Fläche und je größer der Geltungsbereich ist, desto mehr muß verallgemeinert und über einen Leisten geschlagen werden." So habe bereits 1984 die Diskussion um die Arbeitszeit es überlegenswert gemacht, ob nicht Differenzierungen geboten seien. Starke Bedenken hat der frühere Bundesminister bei bei Differenzierungen bei Löhnen und Gehältern. Löhne und Gehälter hätten nicht nur für die Arbeitnehmer eine wesentlichere Bedeutung, sie seien auch die wichtigste Kalkulationsgrundlage für die Betriebe.

Weitergehende Empfehlungen gibt FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann. Er schlägt „Gleitklauseln" in Tarifverträgen und Sonderregelungen vor, nach der Arbeitslose Lohn und Gehalt mit dem Arbeitgeber ohne tariflichen Lohnzwang frei vereinbaren könnten. Die Arbeitslosigkeit, so die Überlegung des FDP-Politikers, könne langfristig nur bekämpft werden, wenn auch die Tarifpartner sich nach den Erfordernissen des Arbeitsmarktes richteten.

Bei SPD und den Gewerkschaften lösten die Vorstellungen Haussmanns heftige Proteste aus. Auch aus dem Bundesarbeitsministerium verlautete, eine solche Handlungsweise liefe auf eine Schwächung der Tarifpartnerschaft hinaus.

Tarifrechtler in Bonn wiesen ergänzend darauf hin, daß Tarifvereinbarungen auch von den Arbeitgebern für nützlich gehalten würden. Sehr oft beantragten sie die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, weil auch in den Reihen der Arbeitgeber selbst untertarifliche Bezahlung nicht für wünschenswert gehalten werde, weil sie den Wettbewerb verfälsche.

Moskau rüstet weiter auf. „Verstoß gegen SALT II"

Pentagon-Bericht spricht von vier Phasen bei SDI

DW. Washington

Moskau hat bei seiner Rüstung nach amerikanischen Erkenntnissen inzwischen eine Qualität erreicht, die in den meisten Bereichen mit der des Westens mithalten kann. Zu diesem Ergebnis kommt der fünfte Pentagon-Bericht über die „Militärische Stärke der Sowjetunion", der jetzt in Washington veröffentlicht wurde. Besondere Sorge bereitet dem Pentagon das Anwachsen der sowjetischen U-Boot-Flotte und die Beschaffung neuer strategischer Angriffsraketen durch die Sowjetunion.

Wie in der Studie festgestellt wird, erstrecken sich der Ausbau und die Modernisierung der sowjetischen Streitkräfte über die „ganze Breite" der strategischen und der nuklearen Mittelstreckenwaffen sowie der konventionellen Ausrüstung. Als sichtbarstes Zeichen dafür, daß sich die Sowjetunion einen weltweit wirkenden strategisch-politischen Einfluß verschaffen wolle, sei der Ausbau ihrer Kriegsmarine. Als wichtigste Schritte der militärischen Aufrüstung der UdSSR im vergangenen Jahr nennt der Pentagon-Bericht unter anderem:

– Zahlreiche Tests mit den Interkontinentalraketen SS 24 und SS 25, die beide wahrscheinlich auch mobil stationiert werden sollen. Die SS 24 kann bis zu zehn Sprengköpfe tragen, die SS 25 einen. Die SS 25 ist nach amerikanischer Auffassung ein Verstoß gegen den SALT-II-Vertrag, der nur die Entwicklung einer neuen strategischen Angriffsrakete erlaubt.
– Den Bau von drei weiteren strategischen U-Booten, die mit weitreichenden Raketen ausgerüstet sind: zwei U-Boote der „Delta-IV-Klasse", die wahrscheinlich mit zur Zeit noch getesteten SS-NX-23 bestückt werden, und eins der „Typhoon-Klasse", das bis zu 20 SS-N-20-Raketen tragen könne. Die SS-N-20 seien jeweils mit sechs bis neun Sprengköpfen mit einer Reichweite bis zu 8300 Kilometer bestückt.
– Die Entwicklung des überschallschnellen strategischen Schwenkflügelbombers „Blackjack" und der weitere Bau von pro Jahr mindestens 30 Bombern des Typs „Backfire".
– Die weitere Aufstellung von Mittelstreckensystemen des Typs SS 20 in Europa und im Fernen Osten. Darüberhinaus werden die sowjetischen Divisionen in der „DDR" jetzt mit Kurzstreckenraketen des Typs SS 21 ausgerüstet und in der „DDR" und der Tschechoslowakei weiterreichende SS 22 aufgestellt.
– Die besonders hohe Priorität, die das militärische Weltraumprogramm der Sowjetunion genieße. Dazu zählen dem Bericht zufolge die Entwicklung einer Trägerrakete, die Lasten bis zu 150 Tonnen in den Weltraum befördern kann; die Fortführung des Forschungsprogramms für ein Defensivsystem gegen Satelliten und Raketen mit Arbeiten an boden- und raumgestützten Laser-Anti-Satelliten-Systemen. Nach amerikanischen Erkenntnissen verfügt die Sowjetunion über das bisher einzige bereits stationierte System, mit dem Satelliten in niedrigen Umlaufbahnen zerstört werden können. Um Moskau herum werden ältere Anti-Raketen-Raketen

■ Fortsetzung Seite 10

Genscher für weltweiten Gewaltverzicht

Europäer sollen ein Beispiel der Verständigung geben / Rede vor UNO-Ausschuß

Zü./DW. Genf/Bonn

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher hat vor der Genfer Abrüstungskonferenz seine Erwartung bekräftigt, daß die neuen amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen eine zweite Phase der Entspannungspolitik einleiten werden. Es gehe darum, zu breiter angelegten und dauerhafteren Ergebnissen zu kommen als in den 70er Jahren. Die jetzt eingeleitete Entwicklung dürfe sich nicht auf die Sicherheitsfragen beschränken. Alle Staaten seien nun aufgerufen, ihren Beitrag zu leisten, betonte der Bundesaußenminister. Dialog und Zusammenarbeit müßten sich auf die ganze Breite der Beziehungen erstrecken. In diesem Zusammenhang begrüßte Genscher es, daß der Osten bei den Wiener Verhandlungen über einen Truppenabbau in Europa (MBFR) einen neuen Vorschlag eingebracht habe. Jeder Ansatzpunkt dieser Art werde konstruktiv geprüft. Ein Erfolg dieser Verhandlungen wäre ein wichtiger Beitrag zur Sicherheit in Europa.

Auf das geplante amerikanische Forschungsprogramm zur Entwicklung eines im Weltraum stationierten Atomraketen-Abwehrsystems (SDI) ging Genscher nur kurz ein. Er betonte, für die Bundesrepublik gebe es keinen Zweifel, daß dieses Forschungsprogramm im Einklang stehe mit dem amerikanisch-sowjetischen ABM-Vertrag über Luftverteidigungssysteme zur Abwehr ballistischer Raketen und Flugkörper.

SEITE 3:
Rosa Watte gegen rüde Töne

Eindringlich hat sich der Bundesaußenminister vor dem 1961 gegründeten Ausschuß der Vereinten Nationen für einen weltweiten Gewaltverzicht ausgesprochen. „Der Verzicht auf Gewalt ist unteilbar. Er muß weltweit und zwischen allen Staaten gelten", betonte Genscher. Dies bedeute keinen Verzicht auf Überzeugungen, Wertvorstellungen und Standpunkte in strittigen Fragen, sondern betreffe Form und Mittel, mit denen Staaten bei der Austragung gegensätzlicher Interessen miteinander umgingen.

Genscher wies darauf hin, daß Gewaltverzicht in der politischen Wirklichkeit das grundlegende Ordnungsprinzip für das Zusammenleben der Staaten sein müsse. Dies erfordere, daß sich die Beziehungen zwischen Staaten auf Dialog und Interessenausgleich, nicht aber auf Drohung und Überlegenheit stützen müßten.

Bei der weltweiten Friedenssicherung sollten die europäischen Staaten, von denen so oft in der Geschichte Gewalt und Unterdrückung ausgegangen seien, „endlich der Welt ein Beispiel der Verständigung und Eintracht geben und Impulse des Friedens", sagte Genscher. Die gemeinsame Erklärung von Bundeskanzler Kohl und SED-Chef Honecker in Moskau habe bestätigt, daß „von deutschem Boden nie wieder Krieg ausgehen" dürfe.

Dollinger macht sich für die Schiene stark

Andere Schwerpunkte in der Verkehrspolitik des Bundes

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger macht mit seiner Ankündigung ernst: In den nächsten Jahren wird der Ausbau des Schienennetzes der Bundesbahn zu einem Schwerpunkt der Investitionspolitik des Bundes. „Die künftigen Investitionsanteile der Schiene nehmen zu, die der Straße verlieren ihre früher dominierende Stellung", heißt es in einem Begleitschreiben an die Verkehrsminister der Länder, mit denen er ihnen den Bundesverkehrswegeplan 1985 übermittelt hat.

Danach sollen die Verkehrsinvestitionen des Bundes im Zeitraum 1986 bis 1995 auf 123,7 Milliarden Mark steigen, in den zehn Jahren von 1976 bis 1975 waren es 116,1 Milliarden Mark. Dabei steigen die Investitionszuschüsse für das Schienennetz von 27,9 auf 34 Milliarden. Die Investitionen für die Bundesfernstraßen werden von 53,3 auf 48,6 Milliarden Mark zurückgenommen. Dabei sollen für die Modernisierung und den Neubau von Autobahnen und Bundesstraßen mit 25,2 Milliarden künftig zehn Milliarden weniger als in der vergangenen Dekade ausgegeben werden. Gegenwärtig werden 644 Kilometer Autobahnen erneuert und 972 Kilometer neu gebaut. 1669 Kilometer Bundesstraßen, vor allem Ortsumgehungen, werden neu gebaut. Bis zum Jahr 2000 ist der Neubau von 711 Kilometer Autobahnen und 1952 Kilometer nndesstraßen ins Auge gefaßt.

Beim Schienennetz der Bahn fließt in den nächsten Jahren der Löwenanteil der Investitionszuschüsse (nach 1985 noch einmal fast neun Milliarden) in die beiden Neubaustrecken Mannheim-Stuttgart und Hannover-Würzburg. Als weitere Neubaustrekke wurde auch die Verbindung Köln–Frankfurt in die Planung mit 5,4 Milliarden Mark aufgenommen. Nach Ansicht von Experten wird es jedoch schwierig werden, hierfür eine Trasse zu finden, die auch realisiert werden kann. Große Vorhaben sind die Strecken Karlsruhe–Offenburg–Basel und Plochingen–Günzburg. Überwiegend soll die Modernisierung der Bahn durch den Ausbau bestehender Strecken erreicht werden.

Seite 11: Weniger für Straßenbau

Gorbatschow antwortet auf Einladung Reagans

DW. Washington

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow soll positiv auf die Einladung von US-Präsident Ronald Reagan zu einem Gipfeltreffen reagiert haben. Die „Washington Post" zitierte einen Regierungsbeamten mit den Worten, Gorbatschow habe in einem Brief vergangene Woche die Idee eines Gipfels gutgeheißen, ohne jedoch näher auf Zeit oder Ort einzugehen. Reagan bestätigte der Zeitung den Erhalt des Briefes, wollte sich aber über den Inhalt nicht äußern. Er bekräftigte seinen Wunsch, daß ein Treffen auch nach dem „kaltblütigen Mord" an US-Major Arthur Nicholson zustande kommen möge. Er wünsche „es deshalb sogar noch mehr, um jemandem in die Augen zu sehen und mit ihm darüber zu sprechen, wie wir sicherstellen können, daß so etwas nicht wieder passiert".

Lohnerhöhung in Bauindustrie erst zum August

DW. Frankfurt

Die rund eine Million Arbeiter in der Bauindustrie der Bundesrepublik Deutschland werden bis zum 31. Juli auf eine Lohnerhöhung verzichten müssen. Erst am 1. August steigen ihre Löhne und Gehälter nach dem gestern von der Gewerkschaft angenommenen Schiedsspruch wieder um 2,4 Prozent. Das entspricht aufs Jahr umgerechnet einem Anstieg um 1,6 Prozent bei einer Laufzeit der Tarifvereinbarung bis zum 31. März 1986. Diesen Kompromiß, der dem Schiedsspruch des ehemaligen Bundesarbeitsgerichtspräsidenten Gerhard Müller entspricht, hatte die IG Bau-Steine-Erden akzeptiert. Die Arbeitgeber haben noch eine Widerspruchsfrist bis zum 15. April. Der Gewerkschaftsvorsitzende, Konrad Karl, gab die Entscheidung am Dienstag nachmittag in Frankfurt bekannt.

Arbeitslosenquote im März leicht rückläufig

DW. Nürnberg

Als „durchwachsen" hat der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, derzeit die Situation auf dem Arbeitsmarkt bezeichnet. Während die Zahl der saisonbedingten Arbeitslosen im März um 136 800 (5,2 Prozent) zurückgegangen sei, habe die Arbeitslosenqote jedoch zugleich mit zehn Prozent den höchsten Stand in einem März erreicht. Allerdings hatte die Bundesanstalt im Februar noch eine Arbeitslosigkeit von 10,5 Prozent ermittelt.

Ausdrücklich wies Franke darauf hin, daß sich die Lage im Investitionsgüterbereich gebessert habe. Ende Januar überschritt hier die Zahl der Beschäftigten das Niveau von 1984 um 55 800. Die Zahl der Kurzarbeiter ging im März um 35 100 (acht Prozent) zurück.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Offenheit für Papandreou

Von Evangelos Antonaros

Nach der verfassungsrechtlich sehr umstrittenen Wahl seines Kandidaten zum neuen griechischen Staatschef hat Ministerpräsident Andreas Papandreou sein nächstes Ziel enthüllt: Zusammen mit der bereits eingeleiteten Beschneidung der Vollmachten des Staatsoberhauptes will er die Geheimwahl des Staatschefs durch die Kammer abschaffen. Seiner Ansicht nach muß jeder Abgeordnete „den Mut und die politische Verantwortung" besitzen, seine Stimme offen abzugeben.

So kann man es nennen; ehrlicher freilich ist Papandreous weitere Aussage: „Wer die Parteidisziplin nicht respektiert und gegen sie handelt, wird sofort aus der Partei ausgeschlossen."

Die Abgeordneten haben freilich nach Artikel 60 der griechischen Verfassung ein „unbeschränktes, nur ihrem Gewissen unterworfenes Meinungs- und Stimmrecht". Papandreou aber hat etwas, was ihn mehr bewegt: Probleme, seine von der Opposition spöttisch „die Kompanie" genannte Fraktion zusammenzuhalten.

Als Papandreou vor drei Wochen die geplante Beschränkung der Prärogativen des Staatschefs ankündigte, verglich Oppositionschef Mitsotakis ihn mit den deutschen Nationalsozialisten, die die Weimarer Verfassung nie außer Kraft gesetzt, sie aber immer wieder ihren jeweiligen Bedürfnissen „angepaßt" haben. Dieser Vergleich mag überspitzt klingen, aber Papandreou hat kaum etwas getan, um den Verdacht zu zerstreuen, daß er die Verfassung nur als Hilfsmittel zur Verwirklichung seiner sozialistischen Pläne betrachtet.

Im Gegenteil: Macht Papandreou die Erfahrung, daß er die Verfassung nach Belieben umschreiben und sogar ein Fundament der Demokratie, die geheime Wahl, abschaffen kann, so wird er kaum zu stoppen sein.

Die neuerdings von den Sozialisten als „reaktionär" und „unzulänglich" kritisierte Verfassung hat Griechenland in den vergangenen zehn Jahren eine selbst für manche westliche Demokratie beneidenswerte politische Stabilität beschert. Wird sie dem sozialistischen Gedankengut angepaßt, so kann es die Griechen teuer zu stehen kommen, ehe das Rad wieder zurückgedreht wird.

Verwaistes Gesundheitsamt

Von Jochen Aumiller

Karl Überla, Präsident des Bundesgesundheitsamtes a. D., ist keineswegs an den Anforderungen seines Amtes gescheitert, im Gegenteil. Er hat dem BGA Profil gegeben, vor allem, was den Verbraucherschutz betrifft. Unter seiner Ägide gewöhnte sich das Amt systematischen Zugriff an. Es werden nicht mehr nur Exempel statuiert, sondern der „Markt" wird konsequent „aufgearbeitet". Besonders in puncto Arzneimittelsicherheit ist das BGA agiler und durchgreifender geworden – trotz des schon chronischen Personalmangels.

Gestolpert ist Überla eher über seine multifunktionale Tüchtigkeit. Das schaffte Neider und gebar Argwohn. Als Biomediziner hat Überla internationalen Ruf – einer der wenigen Experten auf einem noch jungen Fachgebiet. Neben seinem BGA-Sessel thronte er gleichzeitig in München als Ordinarius für medizinische Statistik. Diese „Rückendeckung" hat er sich seit Oktober 1981, als er den Ruf nach Berlin annahm, freigehalten – *nur ein Organisationsgenie ist dieser Vielfachbelastung gewachsen.*

Das ist Überla ganz sicher. Und er wird, „wetten daß ...", künftig seine Talente weiter nutzen – akute Resignation und Verbitterung ob der „Hetzkampagne" in den Medien, wie er es sieht, werfen ihn bestimmt nicht um. Seine Zukunft braucht nicht unsere Sorge zu sein.

Dagegen sieht es um die Zukunft des Bundesgesundheitsamtes nicht so gut aus. Die Arbeit wird immer mehr, die Stellen werden es nicht, und die Gehälter sind auch nicht gerade attraktiv. Das bringt zwangsläufig eine Kompetenz-Ausdünnung mit sich. In den letzten Jahren hat sich das BGA als gläsernes Amt erwiesen. Selbst Vor-, Zwischen- oder Nachüberlegungen gelangten an die Öffentlichkeit – das nagte an der Integrität dieser Behörde, deren Entscheidungen große wirtschaftliche Tragweite haben können.

Dem Bundesgesundheitsamt ist nicht nur Kontinuität in der Führung zu wünschen, sondern ein neuer Präsident mit ebensoviel Sachverstand wie Karl Überla, aber mehr Fortune als er. Wer dieser Supermann sein könnte, ist eine Preisfrage.

Technischer Staatsstreich

Von Günter Friedländer

Der Präsident von Honduras, Roberto Suazo Cordova, hat gegen das rebellische Parlament seines Landes das Allheilmittel angewandt, das Heer um Hilfe zu bitten.

Letzte Woche reorganisierte das Parlament den Obersten Gerichtshof des Landes und ernannte mit Hilfe von zwanzig Abgeordneten der Regierungsparteien vier neue Richter und Ramon Valladares Soto zum Gerichtspräsidenten. Als Grund nannte man vierzehn Fälle von Korruption, die eine Parlaments-Kommission fünf Richtern nachgewiesen haben will.

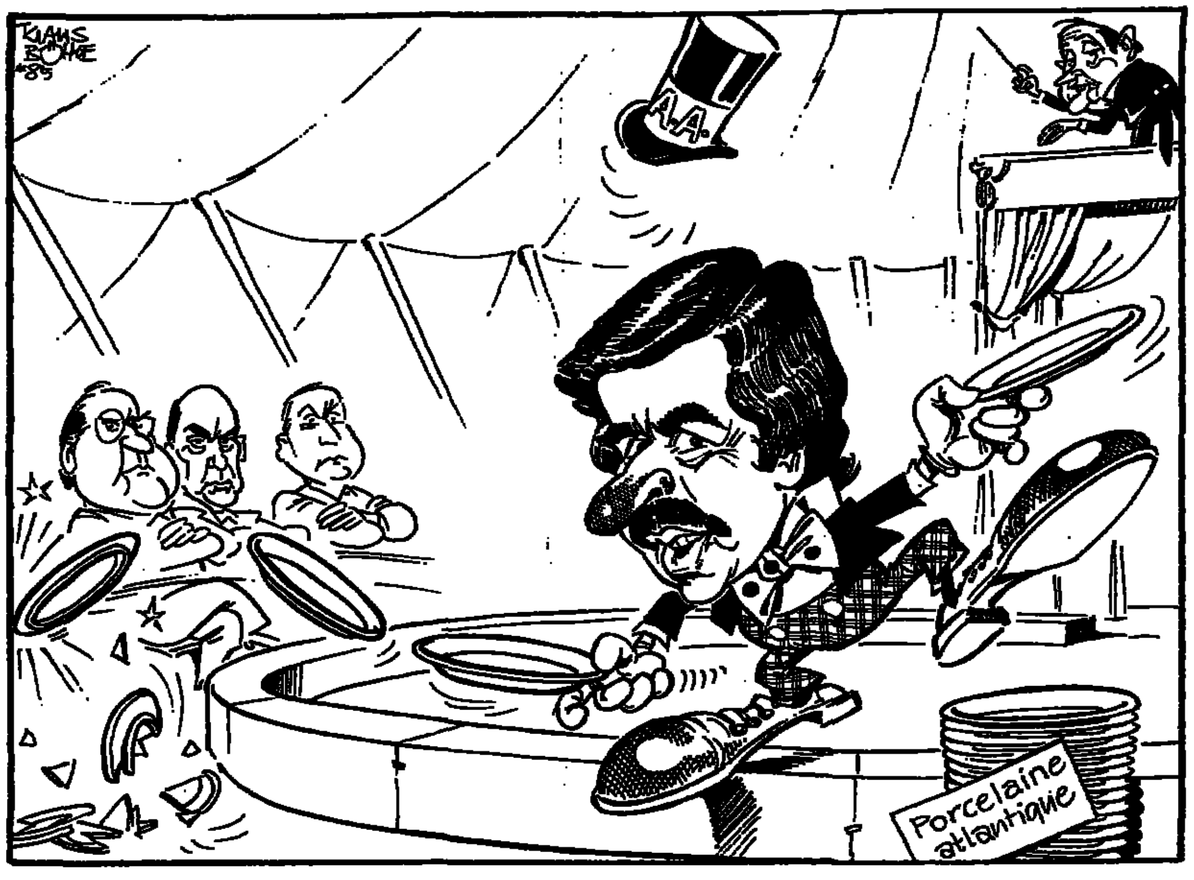
Daraufhin ersuchte Suazo das Heer, das Gebäude abzuriegeln, in dem der Oberste Gerichtshof tagt. Der Kommandant des Heeres, General Walter Lopez Reyes, kam dem Ersuchen nach, rief alle beurlaubten Soldaten in die Kasernen zurück und setzte das Heer in Alarmzustand. Inzwischen erließ die Regierung Haftbefehle wegen Landesverrats gegen die bereits vereidigten neuen Richter. Der neue Präsident des Obersten Gerichtes wurde in die Zellen der Geheimpolizei überführt.

Der Präsident des Parlaments, Efrain Bu Giron, nannte das eine Willkürmaßnahme. Die Regierung jedoch sagt, daß die Verfassung dem Parlament nur das Recht gibt, die Richter des Obersten Gerichtes zu ernennen, aber nicht, sie während ihrer Amtszeit abzusetzen. Suazo meint: „Das ist ein Bruch der Verfassung, also ein technischer Staatsstreich."

Der christdemokratische Abgeordnete Diaz sagt: „Der allein Verantwortliche für diese Krise ist Suazo Cordova". Denn er habe sich gegen Bu Giron verschworen.

Der Gewaltenkonflikt hat mit den im November fälligen Präsidentschaftswahlen zu tun, bei denen Bu Giron kandidieren will. Suazo Cordova wird vorgeworfen, daß er seine Macht durch die Unterstützung eines ihm bedingungslos ergebenen Kandidaten zu erhalten sucht.

Schon vorher gingen in Honduras Gerüchte von einem bevorstehenden Staatsstreich des Heeres um. Sie haben sich verstärkt. Das ist peinlich für die USA, die in Honduras einen Eckpfeiler der Demokratisierung Mittelamerikas sehen. Suazo ddenfalls hat Lateinamerikas politisches Wörterbuch mit dem Ausdruck vom „technischen Staatsstreich" bereichert.



Pausen-Clown KLAUS BÖHLE

Was die Kirche zerstört

Von Jens Motschmann

Viele Menschen werden in diesen Tagen in den Kirchen tief bewegt die Botschaft vom Kreuz Jesu Christi und von seiner Auferstehung hören. Daneben wird es leider auch andere geben, die erleben und erleiden müssen, wie die biblische Verkündigung von Kreuz und Auferstehung in einen politischen *Aktionismus* umgedeutet wird: Das Kreuz als Zeichen der Unterdrückung und die Auferstehung als Ausdruck der Hoffnung auf Befreiung aus „ungerechten Strukturen" dieser Welt.

Karfreitag und Ostern, die bedeutsamsten Tage des christlichen Kalenders, gehören offensichtlich auch zu den wichtigsten Tagen im Kalender christlicher Weltverbesserer. Diese wollen, das sei ihnen unterstellt, die Welt mit den Mitteln der Straße zum Guten verändern. Sie übersehen dabei nur, daß dies nicht der Weg Jesu war und auch nicht der Weg der Kirche sein kann. So werden sie ihre Mahnwachen vor Kasernen halten, ihre Ostermärsche veranstalten und wieder einmal den Namen Gottes mißbrauchen. Um genügend Leute, vor allem junge Menschen, zu mobilisieren, werden ohne Hemmungen auch Amt und Ansehen der Kirche ausgenutzt.

Der Unmut über die Aktion der 27, die im Herbst vergangenen Jahres zum „zivilen Ungehorsam" aufriefen, ist noch nicht vorüber, da tritt schon wieder eine neue Gruppe von 17 Pastoren auf den Plan, um ihnen anvertraute junge Menschen zur Verweigerung gegenüber staatlichen Organen zu ermutigen. Die kirchenleitenden Persönlichkeiten behandeln solche Vorgänge als „Einzelfälle". Beeindruckend ist jedoch, wie sehr sich in letzter Zeit diese „Einzelfälle" ungehemmt vermehren und entfalten konnten. Es ist schon erstaunlich, was besonders in der Kirche der Reformation alles möglich geworden ist. Woran liegt das? Zwei Stichworte sind hier zu nennen:

1. Der geradezu exzessiv praktizierte Pluralismus in der Kirche. Neben das eine Wort Gottes sind viele andere Worte und Parolen getreten, die ebenfalls Richtschnur kirchlichen Engagements sein wollen. Kann eine derartig „pluralistisch" ausgerichtete Kirche noch ihrem Auftrag entsprechen, Jesus Christus als das einzige Heil für diese Welt und als die eine Wahrheit zu verkündigen?

Der Pluralismus, der eigntlich „das gleichberechtigte, durch grundrechtliche Garantien geschützte Nebeneinanderexistieren und -wirken einer Mehrzahl sozialer Gruppen innerhalb einer staatlichen Gemeinschaft" (Kurt Sontheimer) ermöglichen soll und als Ausdruck einer freiheitlichen Ordnung sinnvoll ist, wird zu blankem Unsinn, wenn er zur Strukturform einer Glaubensgemeinschaft wird. Eine Glaubensgemeinschaft, in der verschiedene Glaubensinhalte vertreten werden, ist nicht mehr eine Gemeinschaft im Glauben, sondern ein Zirkel, in dem über Glaubensfragen diskutiert wird. Mit anderen Worten: Die Kirche kann im Gehorsam gegenüber dem Worte Gottes, wie es uns in Jesus Christus entgegentritt, keine nach allen Winden hin offene Halle sein, sozusagen ein Sprechsaal für alle oder ein „Markt der Möglichkeiten".

2. Ähnlich problematisch wie diese Art von Pluralismus ist für die Kirche die Forderung nach innerer Demokratisierung. Auch hier ist bereits seit Ende der sechziger Jahre in unsachgemäßer Weise eine politische Kategorie in die Kirche eingedrungen, die je länger je mehr destruktiv wirkt. Im Anschluß an bestimmte Theoretiker der Neuen Linken wird Demokratie nicht bloß als Regierungsform, sondern als eine „Lebensform, die die verallgemeinerungsfähigen Interessen aller Einzelnen zur Geltung bringt" (Jürgen Habermas), umgedeutet.

Indem diese Sinnverschiebung des Demokratiebegriffes gerade auch innerhalb der Kirche von vielen übernommen worden ist, darf es nicht verwundern, daß von daher die evangelische Kirche in weiten Kreisen ein ausgesprochen gebrochenes Verhältnis zum demokratischen Rechtsstaat hat. Der Münchner Theologe Trutz Rendtorff hat erst unlängst darauf hingewiesen, daß es im Protestantismus historisch bedingte Schwierigkeiten im Umgang mit dem liberal-demokratischen Rechtsstaat gibt: „Es ist an der Zeit, daß erneut über die traditionelle protestantische Demokratieunfähigkeit gesprochen wird."

Es ist aber auch an der Zeit, daß diese Demokratieunfähigkeit überwunden wird, daß aus dem Raum der Kirche die wehrhafte Demokratie nicht länger diffamiert und daß die Bundeswehr nicht länger an den Pranger der Nation gestellt wird.

Die Politisierung des biblischen Wortes, falsch verstandener Pluralismus und falsch verstandene Demokratisierung zerstören die Volkskirche. Allein die unverfälschte Verkündigung der biblischen Botschaft kann die Volkskirche erhalten. Die Predigt am Karfreitag und zu Ostern wird dafür zum Prüfstein.

GAST-KOMMENTAR



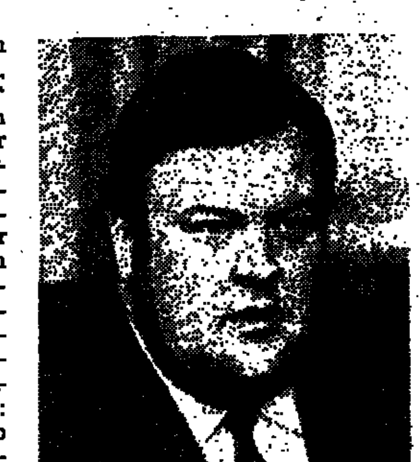
Jens Motschmann ist Pastor der *St.-Laurentii-Kirche in Itzehoe* FOTO: CHRISTA KUJATH

IM GESPRÄCH K.-H. Hiersemann

Zweieinhalb Zentner Härte

Von Peter Schmalz

Des Freistaats politische Auguren mögen im Rauchzeichen lesen, ob nun (wie erwartet) der „rote Rudi" Schöfberger, oder (nachdem sich im Lande Widerstand gegen Schöfberger regt) Anke Martiny-Glotz, die mittlerweile getrennt lebende Frau des Bundesgeschäftsführers, oder (als Außenseiter im Gespräch) Kronawitter, der sanfte Gewinner von München, im Herbst den ungepolsterten Marterstuhl des bayerischen SPD-Vorsitzenden übernimmt, wenn Helmut Rothemund den Platz waidwund freigibt. Eine weit wichtigere Personalentscheidung ist längst gefallen: Karl-Heinz Hiersemann, mit 125 Kilo der körperlich stärkste in der weißblauen SPD-Führung, ist unaufhaltsam auf dem Weg, auch der politisch stärkste zu werden.



Bayerns kommender Genosse: Hiersemann FOTO: DPA

Der Rechtsanwalt aus Erlangen, evangelisch und Breslauer von Geburt, steht mit vierzig just in dem Alter der Enkel, auf die Willy Brandt sein Wohlwollen und die Zukunftshoffnung der Partei gelegt hat. Sein unvermeidlich gemessener Gang täuscht, seine Augen verraten mehr über den sozialdemokratischen Newcomer: flink, überall möglichst lächelnd. Im Plenum des Landtags, in dem er seit gut zehn Jahren sitzt, profilierte er sich neben der schwerfälligen Frankenzunge Rothemunds bald als scharfer und schneller Formulierer mit Gespür für dramaturgischen Effekt. Ihm fallen Frechheiten ein, über die er sich selbst köstlich amüsiert. Wenn er etwa sagt, bei der *nächsten Wahl werde der CSU* jeder zehnte Wähler davonlaufen, dann glaubt er selbst nicht daran, findet aber, es klinge recht schön. Oder wenn er die CSU nach Strauß als „Teebeutelpartei" qualifiziert, eben alles „nur noch Aufguß", dann kann er darüber so ansteckend lachen, daß sogar manchem aus der Mehrheitspartei der Gedanke kommen kann, hinter der Sottise könne ein Beutelchen Wahrheit stecken.

Ein Schelm bei Bier mit Korn, zeigt sich Hiersemann politisch aber brutal: Er braucht längst kein Manuskript mehr, wenn er gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage knüppelt, daß den Grünen vor Konkurrenzneid die Augen tränen. Ihm ist nicht entgangen, daß dieser Freistaat zu gut regiert wird, als daß die Genossen auf raschen Ausbruch aus dem Dreißigprozentgetto hoffen könnten. Also hat er sich die Atomenergie zum Thema erkoren, mit dem noch immer schnell und risikolos Emotionen zu mobilisieren sind.

Sein parteiinterner Siegeszug scheint unaufhaltsam. Da können ihm auch nicht seine unerforschlichen Eskapaden in der geheimdienstumwitterten Langemann-Affäre gefährlich werden. Der jetzige Vize im Landes- und im Fraktionsvorstand wird für die Wahl im Herbst 1986 Spitzenkandidat, um anschließend *den Fraktionsvorsitz zu übernehmen.* Der fränkische Bezirk, bei weitem der einflußreichste der drei bayerischen SPD-Bezirke, hat ihn vor wenigen Tagen zu seinem Vorsitzenden gewählt. Nie hat die SPD-Fraktion einen so mächtigen Boß gehabt, wie sie ihn sich jetzt zulegt. Nur eines will Hiersemann (vorerst) nicht werden: Landesvorsitzender der gut hunderttausend bayerischen Sozialdemokraten. Denn der Landesvorsitzende ist institutionell viel schwächer als die drei Bezirksvorsitzenden. Und es kann Hiersemann egal sein, welchem Parteichef er die Richtlinien bayerischer SPD-Politik vorschreibt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Fuldaer Zeitung

Sie meint zur sowjetischen Militärpolitik:

Ist es nicht bezeichnend: Moskau schreit Zetermordio, wenn es um Washingtons Pläne für eine Strategic Defense Initiative (SDI) geht, besitzt selbst aber bereits seit langem ein solches System, das Satelliten im Weltraum zerstören kann. Jetzt wird auch klarer, warum die Sowjetunion wieder nach Genf zurückkehrte und dort darauf drängte, die Weltraumwaffen mit in die Verhandlungen einzubeziehen. Sie möchte ihren Vorsprung, falls er denn einer nach westlichen Maßstäben sein sollte, nicht verlieren.

Saarbrücker Zeitung

Über Weizsäcker heißt es hier:

Versuche der Bundespräsidenten, das vom Grundgesetz eng gezogene Gehege ihrer Wirkungsmöglicheiten auszudehnen, hat es wiederholt gegeben. Sie waren bislang wenig erfolgreich, aber immer konfliktträchtig. Schließlich kann kein Präsident das Faktum außer Kraft setzen, daß die politische Verantwortung letztlich bei der Regierung liegt. Von Weizsäcker geht indessen – von seinem bildungspolitischen Exkurs abgesehen – behutsamer vor, als es etwa Walter Scheel mit seiner Formel vom politischen Präsidenten tat.

Le Monde

Die französische Zeitung meint zur EG:

Die vor allem mit den Wirtschaftsstrukturen begründeten Interessenunterschiede der Mitgliedsländer werden mit dem Eintritt Spaniens und Portugals in den Gemeinsamen Markt nicht verschwinden. Deshalb wird sich diese Erweiterung früher oder später in der Einführung eines Europas der zwei Geschwindigkeiten auswirken, selbst wenn dieser Ausdruck von der Mehrzahl der Verantwortungsträger abgelehnt wird. Ein solches Europa, in dem ein harter Kern den Aufbau einer aufeinander abgestimmten Gesamtheit vorantreiben würde, ist unerläßlich, wenn grundlegende Fortschritte zum Beispiel in den Bereichen der hochstehenden Technologie und der Verteidigung erzielt werden sollen.

Die Presse

Den Arbeitskonflikt in Dänemark kommentiert die österreichische Tageszeitung:

Was die Bevölkerung wirklich aufregt und auch die jetzigen Streiks erklären dürfte, ist die exorbitante Steuerbelastung. Daß der Staat jetzt nicht nur mit beiden Händen in die Brieftaschen der Dänen greift, sondern auch noch zwangsweise auf politischer Ebene nicht gerade üppige Lohnerhöhungen und Streik-Ende verordnete, hat das Faß zum Überlaufen gebracht...

An dritter Stelle im Langstreckenlauf, aber sonst?

Sehr ermutigend ist Craxis Bilanz nach zwanzig Monaten nicht / Von Friedrich Meichsner

Als sich Italiens erster sozialistischer Ministerpräsident Bettino Craxi Anfang August 1983 dem Parlament mit einem ehrgeizigen Programm zur Vertrauensdebatte stellte, versprach er die Beilegung der italienischen Dauerkrise. Er verband dieses Versprechen mit der Forderung nach einer längeren Periode politischer Stabilität.

Sein Fünf-Parteien-Kabinett aus Christdemokraten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalen ist nun fast zwei Jahre im Amt – länger als 44 der 46 Regierungen vor ihm seit dem Sturz des Faschismus im Sommer 1943. Stabilität wurde ihm also – gemessen an der bisherigen Durchschnittsamtszeit einer römischen Regierung von kaum mehr als zehn Monaten – reich gewährt. Die Einhaltung des Sanierungsversprechens freilich ist nach einer anfangs durchaus hoffnungsvollen Entwicklung in den letzten Monaten sehr fraglich geworden – besonders im wirtschaftlichen Bereich.

Craxis Programm, an dem seine Regierung nach zwanzigmonatiger Amtszeit zu messen ist, enthielt fünf Hauptpunkte: Erstens Ausrichtung der Außenpolitik auf Friedenssicherung und Sicherheit im Rahmen der traditionellen Westbindung. Zweitens Überwindung von Inflation und Rezession. Drittens bessere Nutzung der verfügbaren Mittel in der Sozialpolitik. Viertens verschärfter Kampf gegen Mafia und Camorra. Fünftens Reformierung und Modernisierung der staatlichen Institutionen.

Auf dem Feld der Außenpolitik hat sich Craxi trotz gelegentlicher Seitensprünge seines christdemokratischen Außenministers Giulio Andreotti mit unbestreitbarem Erfolg an diese Zielsetzung gehalten. Seine Regierung stärkte durch Raketennachrüstung die westliche Verhandlungsposition. Und sie verschaffte sich über die feste Westverankerung einen gewissen – wenn auch bescheidenen – *Bewegungsspielraum* für eine eigene Ost-, Süd- und Nahostpolitik. Das Gewicht Italiens in der internationalen Politik hat in den letzten zwei Jahren eher zu- als abgenommen.

Ein noch deutlicherer Erfolg für den sozialistischen Garibaldi-Verehrer auf dem Stuhl des römischen Ministerpräsidenten schien sich nach dem ersten Amtsjahr zumindest auf Teilgebieten der Wirtschaftspolitik abzuzeichnen. Mit einer zweigleisig über den Staatshaushalt und über die Lohnkosten gefahrenen Politik der Inflationsbekämpfung gelang der Regierung die Verminderung der jährlichen Inflationsrate von fünfzehn auf rund zehn Prozent. Seit fünf Monaten jedoch ist dieser Sanierungsprozeß zum Stillstand gekommen.

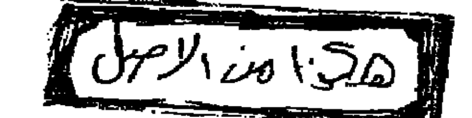
Die für dieses Jahr programmierte Verringerung der Inflationsrate auf sieben Prozent ist kaum noch zu erreichen. Lohnkosten und Staatsausgaben drohen wieder außer Kontrolle zu geraten, die Handelsbilanz entwickelt sich gefährlich negativ, die Zahlungsbilanz weist nur noch dank hoher Kapital*zuflüsse aus dem Ausland* einen Überschuß auf, die Zuwachsrate des Bruttoinlandsproduktes ging von 2,8 Prozent im Jahre 1983 auf 2,6 Prozent im Jahre 1984 zurück, und die Arbeitslosenquote stieg von 10,2 Prozent auf 10,6 Prozent an. Überwindung von Inflation und Rezession scheinen somit wieder in weite Ferne gerückt zu sein.

Was den dritten Programmpunkt betrifft, die bessere Nutzung der verfügbaren Mittel in der Sozialpolitik, charakterisierte der christdemokratische Schatzminister Goria die völlig unbefriedigende Situation dieser Tage mit der Klage, daß die Sozialversicherung mit ihren Ausgaben alle vorgesehenen Dämme sprenge. Die Ineffizienz des kostspieligen staatlichen Gesundheitsdienstes alarmiert in letzter Zeit sogar die Gewerkschaften.

Schließlich steht den deutlichen Erfolgen bei der Bekämpfung von Mafia und Camorra als negatives Element die Tatsache gegenüber, daß sich in puncto Reformierung und Modernisierung der staatlichen Institutionen kaum etwas wirklich bewegt hat.

Nach einer positiven Gesamtbilanz sieht das nicht aus. Im sozialen Bereich ist es der Regierung Craxi jedenfalls nicht gelungen, die versorgungsstaatliche Mentalität breiter Volksschichten grundlegend zu ändern. Und die passive politische Stabilität, die das Kabinett bisher im Amt hielt, konnte nicht in eine die Partei- und Klientel-Egoismen überwindende aktive Stabilität als Voraussetzung für wirkliche Reformen umgewandelt werden.

Das entscheidende Hindernis auf dem Wege zu einem durchschlagenden Erfolg war und bleibt für Craxi zweifellos die Kommunistische Partei mit ihrem dreißigprozentigen Wähleranteil und ihrem nach wie vor starken Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung. An ihrem Widerstand vor allem scheitern alle Bemühungen sowohl zur Reduzierung der Lohnkosten als auch zur institutionellen Modernisierung. Sollte sie sich in den nächsten Wochen auch noch mit ihrem Referendum zur Annullierung des im vorigen Jahr erlassenen Lohnindexdekrets durchsetzen, könnte dies – in Verbindung mit den durch Regional- und Staatspräsidenten-Neuwahlen zwangsläufig erzeugten Spannungen – sehr leicht das Signal zur nächsten Regierungskrise und damit zum Rückfall des Landes in den „Normalzustand" der vergangenen Jahrzehnte sein.





Mit rosa Watte gegen rüde Töne aus dem Osten

Seit fast elf Jahren zeichnet Hans-Dietrich Genscher in Bonn die außenpolitischen Linien. Es sind Linien, die oft keineswegs parallel zur Außenpolitik des amerikanischen Verbündeten verlaufen.

Von HEINZ BARTH

Ist das noch der alte Genscher?" erkundigte sich Andrej Gromyko. Es war eine hintersinnige Frage, die der sowjetische Außenminister während der Herbsttagung der UNO im September 1982 an seinen deutschen Kollegen richtete. Was man seither die „Wende" nennt, hatte soeben in Bonn stattgefunden.

Für die Westpolitik des Kreml war es damals von weitreichendem Interesse, welche Haltung die neue Regierungskoalition am Rhein zur Nachrüstung einnehmen würde. Die Auskunft, die Gromyko erhielt, war zweiteilig. Es sollte ihm wenig Vergnügen bereitet haben, daß sich die Aussichten, Bonn aus dem amerikanischen Verteidigungssystem herauszubrechen, nicht verbessert hatten.

Umso besser konnte ihm schon die Auskunft Genschers gefallen, an der neuen Welle europäischer Eigenständigkeit werde sich nichts ändern, mit der sich die Bundesregierung unter Helmut Schmidt gegenüber den USA profiliert hatte. Insofern war es wohl doch der alte Genscher, den der Veteran der sowjetischen Weltmacht-Politik bei diesem New Yorker Arbeitslunch vor zweieinhalb Jahren aushorchte. Seither ist es noch deutlicher geworden, daß die deutsche Außenpolitik sich zu einem noch exklusiveren Reservat Hans-Dietrich Genschers entwickelt hat als sie es in der Zeit der sozialliberalen Koalition war.

Es entbehrt daher nicht einer gewissen Logik, daß der Außenminister heute nicht mehr der Personalunion mit dem Amt des FDP-Vorsitzenden bedarf, um seine Position als zweitmächtigster Mann der Republik zu verteidigen. Er drückt das natürlich anders aus. Für ihn, so stellt er mit Behagen fest, sei der Parteivorsitz entbehrlicher als bisher, weil im Gegensatz zur vorigen Koalition heute *die außenpolitische Grundlinie im Kabinett unumstritten sei.*

Das bläst freilich Schwaden einer geradezu erhabenen Vernebelung über die Szene. Seit zehn Jahren hatte Genschers nach allen Seiten offene Diplomatie aus ihrer Westbindung heraus eine Mutation zur Auslegungsfähigkeit durchgemacht, die sich von der Adenauer-Linie in kleinen Schritten entfernte. Seine Gabe, Widriges unter Schichten von gut abgelagertem Optimismus zu verbergen, fand kaum Widerstand. Es ist ein in rosa Watte verpackter Optimismus, dem es immer an Fröhlichkeit und Überzeugung fehlte. Die perfektionierte Technik dieser risikoscheuen Unverbindlichkeit zehrte mit der Zeit das Vertrauen von Freunden und Gegnern auf. Die hallensische Emsigkeit, die imstande ist, in die 36 Stunden eines New Yorker UNO-Gastspiels Gespräche mit sechzehn Außenministern von nicht immer gleichrangiger Bedeutung zu pressen, huscht wie ein flacher Stein über die geglätteten Wasser seiner Schaukasten-Diplomatie. Keine der rüden Herausforderungen in den Reden sowjetischer Machthaber haben je wahrnehmbare Spuren im sturmerprobten Gemüt des Bundesaußenministers hinterlassen.

Wie schon oft harrte man auch diesmal vergeblich seiner Reaktion auf die Herablassung Michail Gorbatschows, des neuen Kreml-Herrn, der vom deutschen Wohlverhalten in der Sicherheitspolitik bessere Beziehungen zu Bonn abhängig machte. In der Umdeutung unbequemer sowjetischer Erklärungen hat es Genscher zu beachtlichen Fertigkeiten gebracht. Meist hört er aus ihnen heraus, daß sie „noch keine endgültige Ablehnung" darstellen. Daß man „mit dieser Formel leben kann", gehört zu seinen Lieblingsformeln. Der Kontrast, den Gromykos sanfte Töne im Vier-Augen-Gespräch und das Teppichklopfer-Vokabular seiner öffentlichen Einschüchterungsreden ergeben, wird weggesteckt, denn „er kann nun einmal nicht anders".

Es ist ein elender Trost, daß nicht geschossen wird, wo man miteinander redet. Schon immer war es ein psychologischer Mißgriff, die Sowjetunion an das publizistische Vorrecht zu gewöhnen, das ihr Spielraum bei der politischen Einmischung im Westen einräumt.

Da fragen sich viele, warum Genscher diese Wechseldusche von Drohung und Werbung mit unerschütterlicher Geduld an sich ablaufen läßt. Immer häufiger fragen sich das auch die Amerikaner, die vergebens auf Reaktionen aus Bonn warten. Müssen sie sich nicht sagen, daß aus den für sie unerforschlichen Tiefen der deutschen Mentalität allmählich wieder die Neigung zur traditionellen Schaukelpolitik zwischen West und Ost nach oben gespült wird?

Widersprüche im Sicherheitskonzept

Wie kommt es überhaupt zu den Widersprüchen im Sicherheitskonzept der Bundesregierung, wie sie soeben wieder in Dallas zwischen Manfred Wörner und Jürgen Möllemann, *dem FDP-Staatsminister im AA,* aufbrachen? *Gibt* es Tendenzen in Bonn, Teile der westlichen Sicherheit einer Annäherung an Moskau zu opfern, die den Sowjets nur dazu dienen würde, jeden Haarriß im westlichen Bündnis zu einem Spalt zu erweitern?

Genschers häufige Reisen durch osteuropäische Hauptstädte, die zuletzt nicht mit Washington abgestimmt waren, sind untauglich als Beweis für das Erstarken des deutschen Selbstgefühls. Es muß den Amerikanern auffallen, wenn Genscher auf seinen Osteuropa-Tourneen häufiger in Warschau, Prag, Bukarest oder Sofia Station macht als in Jugoslawien, dessen Beziehungen zur Sowjetunion nicht ungetrübt sind. Seine Freude an Kontakten mit den Staaten des Warschauer Paktes kann durch Rückschläge wie die polnische Revanchismus-Kampagne und das Verbot, das Grab des ermordeten Priesters Popieluszko zu besuchen, zwar beeinträchtigt, aber nicht dauerhaft gestört werde. Erstaunlich ist auch sein Langmut mit den Rumänen, die immer häufiger ihre Zusagen hinsichtlich der Rückführung der deutschen Minderheit nicht einhalten.



Langzeit-Kollegen: Hans-Dietrich Genscher und Andrej Gromyko FOTO: POLY-PRESS

Über die Zurückhaltung, mit der in der Bundesrepublik längst entlarvte Sowjet-Spione behandelt werden, hat sich kürzlich das „Wall Street Journal" gewundert. Es spitzte die Feststellung, daß Frankreich, England, die neutrale Schweiz und selbst Bangladesch energischer zufassen, auf die Frage zu: „Ist Bangladesch zuverlässiger als Bonn?" Doch dafür gibt es eine Erklärung. Das Bundesinnenministerium, zur Ausweisung der Agenten entschlossen, scheiterte damit wiederholt am Auswärtigen Amt, das auf prozeßfähigen Unterlagen bestand, welche aus naheliegenden Gründen von den Sicherheitsbehörden selten beigebracht werden können.

Sachkundige Unionspolitiker zeigen sich darüber beunruhigt, daß die deutschen Botschaften kaum dazu angehalten werden, die Deutschlandpolitik Bonns glaubwürdiger zu vertreten, und dabei manchmal gegenüber den örtlichen „DDR"-Missionen ins Hintertreffen geraten.

Ein Kapitel für sich ist die Lateinamerika-Politik des AA, die in der Karibik auf Distanz zu den Bestrebungen Washingtons geht, die Expansion des Kommunismus einzudämmen. Der überbeschäftigte Genscher, der Zeit fand, an der Amtseinführung des neuen Präsidenten im fernen Uruguay teilzunehmen, erlebte eine peinliche Fehlzündung mit seiner Kritik an Ronald Reagans Befreiung Grenadas von einem KP-Regime – einem Regime, dem der von ihm ermordete KP-Chef Bishop noch nicht radikal genug war. Analytische Pannen wie die Annahme, der Präsident habe dabei seine Glaubwürdigkeit in der Hemisphäre eingebüßt (Kohl: „Wir hätten abgeraten, wenn wir gefragt worden wären") dürften einem erfahrenen Außenminister eigentlich nicht passieren. Man hätte sich gewünscht, daß die Bundesrepublik bei der Grenada-Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat, die Reagan mit größerer Mehrheit verurteilte als die Sowjet-Invasion Afghanistans, mehr Weitblick gezeigt hätte.

Was Afrika betrifft, steht es Bonn, das sich demokratisch profilieren möchte, nicht gut an, daß es sich in Zimbabwe (und nicht nur dort) auf die Seite des Mugabe-Totalitarismus schlägt. Wie die Deutschen Südwestafrikas auf das Festhalten des AA an der Resolution reagieren, die Namibia die Entwicklungshilfe sperrt, kann man sich denken.

Schauläufer zwischen Thatcher und Papandreou

Es wäre der Überlegung wert, ob eine Politik, die der Mehrheit der Dritten Welt in den internationalen Gremien nachläuft, deren Bedeutung nicht überschätzt. Man sollte sich ein Beispiel am kleinen Singapur des großen Lee Kuan Tschu nehmen, der die USA bei ihrem Austritt aus der Unesco und im Kampf gegen ihren Amerika-feindlichen Präsidenten nicht allein ließ.

Natürlich ist es für Genscher auch einfacher, sich in der Europa-Politik als Schauläufer zwischen Margaret Thatcher und dem griechischen Linkssozialisten Papandreou hervorzutun. Welche Wirrnis Bonn mit der Süd-Erweiterung der EG bevorsteht, die das ideologische Kalkül der sozialliberalen Koalition geradlinig fortsetzt, wird sich zeigen. Nichts ist zu teuer, um der Ostpolitik schmucke Seitenflügel anzubauen.

Da darf sich keiner wundern, daß es im Auswärtigen Dienst Beamte gibt, die Ronald Reagan attackieren. Diplomaten, die darin kein Risiko für ihre Karriere sehen, können vom Zustand der deutsch-amerikanischen Beziehungen keine besondere Meinung haben.

Es mag sein, daß Genscher den Umgang mit dem ausgepichten Sowjet-Profi Gromyko mehr genießt als den mit manchen Amerikanern, die er für außenpolitische Dilettanten hält. Doch die Gewichtsverschiebungen zwischen West und Ost sollten auch an ihm nicht unbemerkt vorübergegangen sein. Das wäre zu hoffen, wenn das Sicherheitssystem des Westens keinen Schaden nehmen soll.

Auf dem Dollar-Markt regieren die Gerüchte

Das Dollar-Wunder verblaßt. Das grenzenlose Vertrauen in die Leitwährung ist der Nüchternheit und Skepsis gewichen. Doch einen anhaltenden tiefen Fall wagt noch niemand zu prophezeien. Denn die Mechanismen des Marktes sind oft rätselhaft.

Von CLAUS DERTINGER

Der Devisenmarkt ist elektrisiert. Der Dollar stürzt innerhalb von Sekunden um mehr als fünf Pfennig. Denn Brasilien ist zahlungsunfähig, hören deutsche Händler von ihren Kollegen aus Australien. Ungläubiges Staunen zwar in den Frankfurter Devisenhandelsbüros; doch sicherheitshalber gibt es in einer Großbank sofort eine Krisenberatung mit den Brasilien-Umschuldungsexperten. Ergebnis: Die Brasilien-Pleite muß ein Gerücht sein, das nicht stimmen kann. Was war wirklich? Ein Mitglied des neuen Kabinetts in Brasilia hatte lediglich öffentlich darüber geklagt, daß die Vorgänger-Regierung einen bankrotten Staat hinterlassen hat. Kurz nach der Aufklärung dieses Sachverhalts schoß der Dollar wieder um vier Pfennig hoch.

Hatte da jemand eine Tartarenmeldung in die Welt gesetzt, um an dem Ab und Auf des Dollar zu verdienen? Man wird es nie herausbekommen. Aber das spielt auch keine Rolle. Bezeichnend ist allerdings die Nervosität, mit der Devisenhändler wie am vorigen Freitag auf solche Gerüchte reagieren. Seit der Dollar in den letzten Wochen ins Wanken geraten ist, findet am Markt so gut wie alles Gehör, was schlecht für den Dollar ist. Auch die Schwierigkeiten der nicht sonderlich bedeutenden 71 Bausparkassen in Ohio und die Bankprobleme in Texas gehören in diese Kategorie von Nachrichten. Sie wurden zum Schreckgespenst einer amerikanischen Bankenkrise mit weltweiten Konsequenzen aufgeblasen.

Bis vor vier Wochen war der Markt nicht minder aufgeregt, nur unter umgekehrten Vorzeichen. Alles, was den Dollarkurs hochtreiben konnte, wurde am Markt besonders begierig aufgenommen; selbst Nachrichten und Entwicklungen, die eigentlich für eine Abschwächung der US-Währung sprachen, versuchte man positiv für den Dollar zu interpretieren.

Man mag sich fragen, wie so etwas möglich ist und warum sich der Dollarkurs in den letzten anderthalb Jahren überhaupt so weit von der tatsächlichen Kaufkraft entfernen konnte, die vielleicht irgendwo zwischen 2,20 und 2,40 Mark anzusiedeln ist. Die Erklärung ist ganz simpel. Für die Kursbildung des Dollar, der mit weitem Abstand wichtigsten Transaktions-, Anlage- und Reservewährung der Welt, spielen die Zahlungsströme im Warenverkehr eine inzwischen gegen Null tendierende Rolle.

Am Devisenmarkt, wo täglich einige hundert Milliarden Dollar rund um die Welt und rund um die Uhr umgesetzt werden, dominieren schon seit vielen Jahren mit immer größerem Gewicht die Geschäfte, die aus Kapitaltransaktionen, auch nur kurzfristigen, herrühren und aus dem, was man gemeinhin unter Spekulation subsummiert.

Der Trend wird von Erwartungen diktiert. Sind sie, wie bis vor vier Wochen, positiv für den Dollar, schwillt die Nachfrage so an, daß der Kurs alle für ökonomisch vernünftig gehaltenen Marken übersteigt. Diesen Zauber verstärken noch die sogenannten Chartisten, die aus von der bisherigen Kursentwicklung abgeleiteten Kurven den weiteren Trend glauben bestimmen zu können, was auch vorzüglich funktioniert, wenn sich nur genügend Marktteilnehmer nach dieser Kurventheorie richten. Werden bestimmte „Widerstandslinien" nach oben durchbrochen, leuchtet für die Chartisten und ihre Gläubigen ein Kaufsignal auf. So konnte die Aufwärtsbewegung des Dollar bis vor kurzem immer mehr Schwung gewinnen.

An einem so „überdrehten" Markt mußten die Mammutinterventionen der Zentralbanken einfach verpuffen. Die mehr als elf Milliarden Dollar, die sie, auf nur wenige Tage konzentriert, in den Markt warfen, wurden begierig als billiges „Geschenk des Himmels" aufgesogen. Sie sollten bei einem zum Steigen verurteilten Dollarkurs dicke Gewinne bringen. „The sky is the limit" hieß das geflügelte Wort, nach dem die Haussiers handelten.

Unter dem diffusen Begriff der Spekulation, die für Exzesse am Devisenmarkt mitverantwortlich gemacht wird, sollte man aber nicht nur Profis verstehen, die vom Devisengeschäft leben. Dazu gehören auch wagemutige Anleger, die sich von einer Dollar-Investition mehr Gewinn versprechen als von einer Anlage in Mark. Auch solide Außenhändler spekulieren.

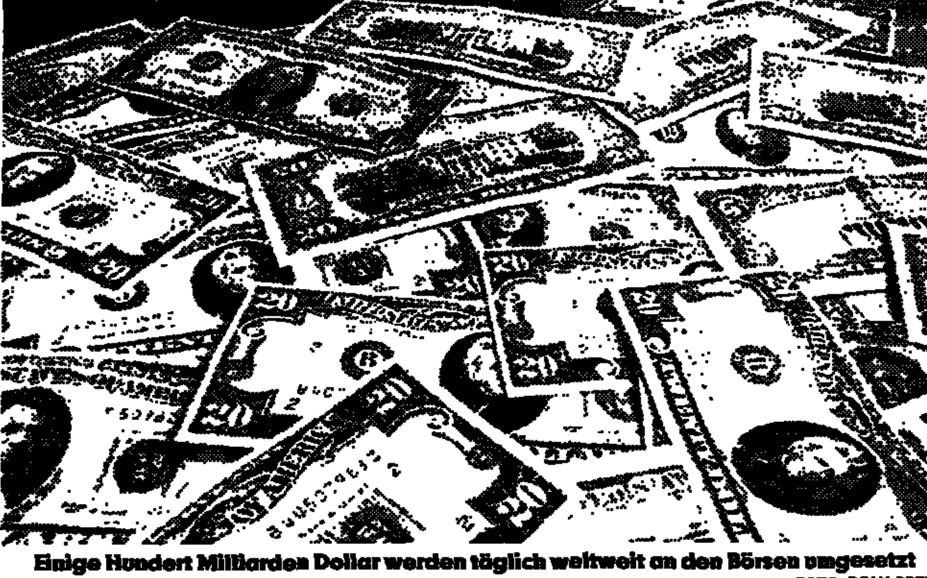
Folgendes Beispiel ist ganz typisch: Exporteur Schlaumeyer verkauft eine Maschine im Wert von 2,5 Millionen Mark in die USA. Er kalkuliert vorsichtig und verlangt von seinem Abnehmer eine Million Dollar. Weil der Dollar aber schon bei 2,80 Mark steht, verzichtet Schlaumeyer nicht nur auf eine Kurssicherung zum vereinbarten Zahlungstermin in drei Monaten; er läßt die Million Dollar nach Eingang sogar noch auf seinem Konto stehen, weil er mit einem weiteren Kursanstieg rechnet und an den hohen US-Zinsen verdienen will.

Der Effekt solchen Abwartens ist klar. Das Dollar-Angebot wird knapper, und das begünstigt den Kursanstieg. Spekulation? Gewiß, aber wer wollte sie besagtem deutschen Exporteur verdenken, wenn er wegen des gestiegenen Dollarkurses schon Luft in der Kalkulation hat und wenn er obendrein noch liquide ist?

Seit der Dollar vom Höhenflug in einen gelegentlichen Sturzflug übergegangen ist, drängt aus diesen Kreisen wie auch von anderen, die den Dollar eher auf vier Mark steigen als auf drei Mark fallen sahen, plötzlich Angebot auf den Markt. Gewinne sichern, ist zum Motto geworden. Und von den Chartisten kommen immer neue Verkaufssignale. Noch etwas kommt hinzu: Angebot aus der Ausführung von „stop loss orders", das sind Verkäufe, die zwecks Absicherung automatisch dann ausgelöst werden, wenn der Dollar-Kurs auf dem Weg nach unten eine bestimmte Marke erreicht. Dadurch hat die Abwärtsbewegung in den letzten beiden Wochen eine besondere Eigendynamik gewonnen, die dafür sorgte, daß der Rückgang in den letzten beiden Wochen noch stärker ausfiel als der Anstieg in der allerheißesten Phase.

Wundern könnte man sich vielleicht darüber, daß die Dollar-Wende, von der noch kaum jemand überzeugt ist, daß sie endgültiger Natur ist, erst jetzt eintrat. Denn alles, was fundamental gegen einen hohen Dollarkurs spricht, ist schon seit langem bekannt: Die an der Kaufkraft gemessene Überbewertung, die steigenden Defizite im Haushalt und in der Leistungsbilanz der USA und die Tatsache, daß ihre Auslandsschulden in diesem Jahr die Auslandsvermögen überschreiten, so daß das reichste Land der westlichen Welt zum Netto-Schuldner geworden ist und in zwei Jahren sogar zum größten Schuldner der Welt wird, wenn dieser Entwicklung nicht bald Einhalt geboten wird.

Aber manchmal dauert es eben an den Märkten eine gewisse Zeit, bis blindes Vertrauen von nüchternen Überlegungen oder gar Skepsis abgelöst werden. Das jetzt verblassende Dollar-Wunder war nur möglich, weil grenzenloses Vertrauen mehr Auslandsgeld ins Land zog als die USA brauchten, um ihr Leistungsbilanzdefizit zu finanzieren.



Einige Hundert Milliarden Dollar werden täglich weltweit an den Börsen umgesetzt FOTO: POLY-PRESS

Lebenslang für fast alle Terroristen der 70er Jahre

Klar und Mohnhaupt verurteilt / Revision angekündigt

dpa, **Stuttgart**

Mit dem Urteil gegen die Rädelsführer der Roten Armee Fraktion (RAF), Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt, sind jetzt fast alle Verfahren gegen die bekanntesten Terroristen aus den 70er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen. Alle müssen lebenslange Freiheitsstrafen verbüßen.

Der 5. Senat des Stuttgarter Oberlandesgerichts (OLG) hat gestern den 32jährigen Klar und die 35 Jahre alte Mohnhaupt wegen Beteiligung an der Ermordung des Generalbundesanwalts Siegfried Buback und des Bankiers Jürgen Ponto 1977 zu jeweils insgesamt fünfmal lebenslang und zusätzlich 15 Jahren Haft verurteilt.

Mit dem Strafmaß entsprach der Senat weitgehend den Anträgen der Bundesanwaltschaft, die achtmal lebenslang für Klar und sechsmal lebenslang für Frau Mohnhaupt beantragt hatte. Ihre „Vertrauensanwälte" hatten die Einstellung des Verfahrens gefordert. Sie kündigten noch am Dienstag Revision gegen das Urteil an.

Die bis zu dem jüngsten Urteil höchste Freiheitsstrafe verhängte das Stuttgarter Oberlandesgericht (OLG) vor knapp einem Jahr gegen den RAF-Aussteiger Peter-Jürgen Boock mit dreimal lebenslang und 15 Jahren. Mehrfach lebenslange Strafen sprach auch das Düsseldorfer Oberlandesgericht im März gegen Adelheid Schulz (dreimal lebenslang) und Rolf-Clemens Wagner (zweimal lebenslang) aus. Die fünf sollen maßgeblich an den Morden an Generalbundesanwalt Siegfried Buback und seinen beiden Begleitern, sowie dem Bankier Jürgen Ponto, dem Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer und seinen vier Begleitern beteiligt gewesen sein. Gegen Wagner, der am Ponto-Attentat nicht beteiligt war, hatte bereits ein Schweizer Gericht eine lebenslange Freiheitsstrafe verhängt.

Ein weiterer führender Terrorist der Roten Armee Fraktion, Rolf Heißler, wurde vom Oberlandesgericht Düsseldorf im November 1982 wegen zweier Morde an niederländischen Zöllnern zu zweimal lebenslang verurteilt. Der Buback-Attentäter Knut Folkerts erhielt im Juli 1980 in Stuttgart eine zweimal lebenslange Haftstrafe.

Gegen Angelika Speitel sprach das Düsseldorfer Oberlandesgericht im November 1979 wegen gemeinschaftlich vollendeten und versuchten Mordes eine zweimal lebenslange Haftstrafe aus. Im April 1974 wurde Günter Sonnenberg vom Stuttgarter Senat wegen gemeinschaftlichen Mordversuchs an zwei Polizisten zu einer zweimal lebenslangen Haftstrafe verurteilt.

Gegen die Attentäter auf die Deutsche Botschaft in Stockholm, Lutz Taufer, Bernhard Rössner, Karl-Heinz Dellwo und Hanna Krabbe, verhängte das Oberlandesgericht Düsseldorf jeweils zweimal lebenslange Haftstrafen.

In Haft warten auf ihren Prozeß noch Ingrid Jakobsmeier und Helmut Pohl. Auf der Flucht befinden sich nach Angaben der Bundesanwaltschaft Inge Viet, Henning Behr, Karl Grosser und der Mediziner Eckehard von Seckendorff-Gudent. Im Nahen Osten wird Susanne Albrecht vermutet, die 1977 den Attentätern Zutritt zum Hause Ponto verschaffte.

In Texas ein Schuß aus der Hüfte



Macht Wirbel: Jürgen Möllemann, Staatsminister im AA
FOTO: JUPP DARCHINGER

Von STEFAN HEYDECK

Jürgen W. Möllemann: Für ihn gehört es zum täglichen Geschäft, sich, seine Politik und die seiner Partei über Presse, Funk und Fernsehen möglichst vorteilhaft zu präsentieren. Er weiß, wie man Nachrichten macht." Mit diesen Worten warb der FDP-Politiker in einer Broschüre der im Januar 1981 von ihm mitgegründeten Münchner Firma PR + Text. Jetzt hat sich der agile 40jährige erneut in die Schlagzeilen gebracht. Das allerdings wieder einmal negativ: Sein jüngster Auftritt bei der „Atlantikbrücke" in Dallas führte zu einer solchen Verärgerung, daß vom Koalitionspartner sogar die Entlassung Möllemanns als Staatsminister gefordert wurde. Das Kabinettsmitglied hatte das wohl Einmalige geschafft, sich im Ausland gleich von zwei ebenfalls anwesenden Bundesministern öffentlich zu distanzieren.

Der Lehrer aus Münster machte eine steile Polit-Karriere. Dabei geriet er des öfteren ins Schußfeld öffentlicher Kritik, aber auch in das von CDU/CSU und SPD. CSU-Chef Strauß nannte ihn „Riesenstaatsmann Mümmelmann". Die SPD forderte wiederholt seine Entlassung.

Doch die meisten Klippen konnte er dank seines „Ziehvaters", des ehemaligen FDP-Chefs Hans-Dietrich Genscher, umschiffen. Er galt lange als dessen „Minensuchhund", der die Möglichkeiten der Umsetzung von geplanten politischen Vorhaben im Vorfeld besonders des Auswärtigen Amts mit oft überraschenden Vorstößen für Genscher sondieren sollte. Die Folge war eine jahrelange Papierflut des Abgeordneten, der prompt als „Alles-Erklärer" betitelt wurde.

Möllemann trat als 17jähriger in die CDU ein, um nach Bildung der sozial-liberalen Koalition 1970 zur FDP überzuwechseln. Bei ihr sorgte er 1972 das erste Mal für Aufsehen, als der Oberleutnant der Reserve im Wahlkampf spektakulär mit dem Fallschirm absprang. Seit seinem Einzug in den Bundestag sorgte er wiederholt durch unabgestimmte Alleingänge für Ärger in der Fraktion. So hatte er versucht, die FDP Anfang 1978 auf ein Ja zur Neutronenwaffe festzulegen. Auf Widerspruch stieß er auch mit seinen Forderungen, Bundeswehrsoldaten der UNO im Nahen Osten zu unterstellen und „Zivilschutz-Corps" für Kriegsdienstverweigerer zu bilden.

Erhebliche Kritik zog er sich auch wegen seiner Kontakte zu PLO-Chef Yassir Arafat und dem libyschen Staatschef Muammar el-Khadhafi zu. Das insbesondere im August 1979 bei einem Treffen mit Arafat in Beirut, bei dem er einen als wenig ausgegoren bezeichneten Acht-Punkte-Plan zur Lösung der Nahost-Krise verbreitete. Der Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft löste in Bonn auch dadurch Ärger aus, daß er einmal an die Adresse Israels gerichtet von „staatlichem Terrorismus" sprach und ein anderes Mal die Libanon-Politik des damaligen israelischen Regierungschefs Menachem Begin als den Weltfrieden gefährdend bezeichnete. Allerdings schaffte er es durch seine Beziehungen zu Khadhafi, 1983 die Freilassung von acht in Libyen festgehaltenen Deutschen zu erreichen.

Nach der „Wende" im Oktober 1982 hatte Möllemann sein vorläufiges „Klassenziel" erreicht: Genscher machte ihn zum Staatsminister im Auswärtigen Amt. Auf diesem Posten hatte er sich bis zu seinem „Schnellschuß" im texanischen Dallas mehr oder weniger auf „staatstragende Erklärungen" – nicht zuletzt auf Anregung seiner Mitarbeiter hin – beschränkt. Im Auswärtigen Amt arbeitete er für die Öffentlichkeit fast im Verborgenen.

Unabhängig davon wurde Möllemann als Parteipolitiker und Privatmann immer wieder ins Gerede gebracht. So warf ihm der „Spiegel" rechtzeitig vor den NRW-Kommunalwahlen 1984 vor, private wirtschaftliche Interessen mit Amtsgeschäften verknüpft zu haben. Dabei ging es um seine Beteiligung an einer Werbeagentur und einem Verlag. Möllemann zog vor Gericht.

Als dann die NRW-FDP, deren Führung er im April 1983 von dem ebenfalls nicht unumstrittenen Bonner Abgeordneten Burkhard Hirsch übernommen hatte, landesweit nur auf 4,8 Prozent kam, wurde er als Spitzenkandidat für die Landtagswahlen am 12. Mai gegen Achim Rohde ausgetauscht. Es hatte sogar Überlegungen gegeben, ihn als Landeschef abzulösen.

Schon frühzeitig machte sich der Genscher-Mann für den Wechsel zur CDU/CSU stark. Er trat vehement sowohl auf dem Berliner „Wende"-Parteitag im November 1982 als auch auf dem Münsteraner „Kampf"-Parteitag für den neuen Kurs und für Genscher ein. Trotzdem gehörte er nicht dem „harten Kern" der als „Genschers junge Garde" bezeichneten Landesvorsitzenden an, die nach dem Wechsel in die FDP-Spitze aufgerückt sind.

Auch im Flick-Ausschuß wurde Möllemann zum Thema: Nach Notizen hatte er von der Firma PCV 1978 insgesamt 60 000 Mark und einen Dienstwagen erhalten. Der ehemalige Flick-Manager Manfred Nemitz hatte dazu erklärt, Möllemann sei bei ihm „ein Jahr Direktionsassistent gewesen und wollte was lernen über Wirtschaft". Dazu gestern Joachim Poß (SPD): „Der teuerste Auszubildende der Nation."

Afrika-Spende: Hilfswerke nennen Zahlen

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Mit der Veröffentlichung detaillierter Listen über Einkünfte, Ausgaben und Projekte haben sowohl die „Deutsche Welthungerhilfe" wie das „Komitee Cap Anamur (Deutsche Not-Ärzte e.V.)" in Bonn auf die Vorwürfe reagiert, die im Rahmen einer ARD-Fernsehsendung am 28. März allgemein an der Spenden-Verwendungspraxis für Afrika erhoben worden waren.

In dem Film unter dem Titel „Gesucht wird eine 100-Millionen-Mark-Spende" waren die deutschen Hilfswerke gerügt worden, weil sie angeblich die rund 120 Millionen Mark, die an dem zum „Tag für Afrika" erklärten 23. Januar 1985 gesammelt worden waren, auf Banken horten und im wesentlichen bisher nur Zinsen dem Verwendungszweck zugeführt haben sollen.

Die „Deutsche Welthungerhilfe" weist nun nach, daß sie seit dem Empfang von 25 Millionen Mark aus diesem Spendenertrag 16 Millionen Mark für Afrika-Hungerbekämpfung eingesetzt habe. Bei einem erwarteten Spendenaufkommen für die Organisation in diesem Jahr in Höhe von 46 Millionen Mark sei schon mehr als die Hälfte dieses Geldes für einzelne Projekte bewilligt worden.

Sowohl bei der „Welthungerhilfe" wie bei den Notärzten wies man vor der Presse darauf hin, daß es absurd sei, auf der Spenderseite zu glauben, daß überwiesenes Geld auch sofort eingesetzt werden könne. Notärzte-Vorstand Rupert Neudeck sagte dazu: „Die Aussage, schnell und unbürokratisch zu helfen, kann eine große Lüge sein." Nach Addis Abeba zum Weitergang in Hungerlager gesandtes Personal sei dort drei Wochen von den Behörden „zur Prüfung" festgehalten worden, obwohl sich Krankenschwestern dabei befanden, die schon 1984 in Äthiopien gearbeitet hätten. Um unwegsames Gelände in Sudan-Hungergebieten zu überwinden, hat das Notärzte-Komitee jetzt dort 20 Kamele angeschafft, deren Tageshöchstgeschwindigkeit mit 260 Kilo Last bei 70 Kilometern liegt. Neudeck: „Wir haben uns in unserer Arbeit nie von Kritik oder Nichtbeachtung durch das Fernsehen beeindrucken lassen." Der einzige Vorwurf, den man angesichts der kritisierten Sendung machen müsse, sei der, daß man „in 65 Tagen nicht erfahren kann, wo die Millionen geblieben sind".

Das Notärzte-Komitee, das vom „Tag für Afrika" nur 300 000 Mark per Umlage aus den für 14 kleinere Hilfswerke abgezweigten 10 Millionen Mark bekam, hat Projekte in sechs afrikanischen Hungerländern. In einem neuen Zweijahresplan werden allein Äthiopien rund vier Millionen Mark zugesprochen. Neudeck unterstrich, daß nur gläserne Taschen der Hilfswerke den weiteren Spendenstrom garantieren könnten.

Neue Vorwürfe aus Polen

Glemp-Mitarbeiter: „Kirche von Vertriebenen beeinflußt"

JGG. **Köln**

Mit Kritik an der katholischen Kirche in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in der WDR-Sendung „Das geistliche Wort" der politische Berater des polnischen Primas Glemp, der Publizist Andrzej Micewski, zu Wort gemeldet. Er sei von der kirchlichen Resonanz auf die Primas-Predigt vom 15. August 1984 „enttäuscht und beunruhigt".

Glemp hatte sich vor Pilgern im Wallfahrtsort Tschenstochau gegen Forderungen aus der Bundesrepublik Deutschland „verwahrt", im polnischen Machtbereich lebenden Deutschen einen Minderheitenstatus einzuräumen. „Bitterkeit und Ressentimens" würden dadurch geschürt. Glemp wandte sich damals auch gegen das Verlangen, Gottesdienste in deutscher Sprache zuzulassen. Die Kirche in Polen, so der Einwand des Kardinals, könne nicht Gottesdienste in fremder Sprache für Leute halten, die diese Sprache nicht beherrschten.

„Der Inhalt der Predigt war die Wahrheit. Nichts mehr!", verteidigte Micewski jetzt die Ausführungen seines Primas. Er sei erstaunt gewesen, daß die Reaktion der deutschen katholischen Kirche „schärfer" ausgefallen sei als die des offiziellen Bonn. Das rühre daher, daß die Vertriebenen in der politischen Szene der Bundesrepublik lediglich eine Randrolle spielten. Hingegen werde die katholische Kirche in der Bundesrepublik Deutschland von den Vertriebenen, vornehmlich von den Schlesiern, beeinflußt und dominiert.

Mit dieser Darstellung steht Micewski in gewissem Gegensatz zur Meinung des offiziellen Polen, dessen Vertreter und Medien ständig behaupten, daß auch die Unionsparteien unter dem starken Einfluß der Vertriebenen stünden.

„Neueinstellungen haben Vorrang vor Überstunden"

dpa, **Köln**

Die Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland sollten jeden Spielraum zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nutzen und Neueinstellungen den Vorrang vor Überstunden geben. Dazu hat der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, alle Unternehmensleitungen und Betriebsräte aufgerufen. Esser ließ erkennen, daß das Problem der Arbeitslosigkeit noch nicht dieses oder nächstes Jahr gelöst werden könne. Die in den 70er Jahren entstandenen „Wachstums- und Beschäftigungsprobleme" seien nicht nur konjunkturell, sondern auch strukturell bedingt und ließen sich „nur im Laufe mehrer Jahre lösen". Die Haushalte der öffentlichen Hand müßten noch energischer zugunsten von Investitionen umgeschichtet werden.

IGFM erhält Konsultativstatus beim Europarat

dpa, **Frankfurt**

Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) hat den Konsultativstatus beim Europarat in Straßburg erhalten. Es wird der 1972 gegründeten Menschenrechtsorganisation, die ihren Sitz in Frankfurt hat, damit intensiver als bisher möglich sein, an den menschenrechtlichen Aktivitäten des Europarates und dessen Organen teilzuhaben. Im Europarat sind 21 westliche und blockfreie europäische Staaten zusammengeschlossen. Nach Mitteilungen der Gesellschaft sind ihre Bemühungen, bei den Vereinten Nationen in New York einen ähnlichen Status zu erhalten, vorerst an den Vetostimmen der Sowjetunion und Jugoslawiens im zuständigen Ausschuß mit insgesamt 19 Mitgliedern gescheitert. Eine Entscheidung wurde auf das Jahr 1987 vertagt.

Strauß verbindet Glückwunsch an Kohl mit Mahnung

dpa, **München**

Am „Rückhalt aus Bayern für eine gute Politik" wird es dem Bundeskanzler nach den Worten des CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß auch in der zweiten Halbzeit in der Bonner Koalition nicht fehlen. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung könne mehr als nur Augenblickserfolge verbuchen. Dies begründe „einen verhaltenen Optimismus im Hinblick auf den weiteren Weg". Auch die Wiederwahl Kohls zum CDU-Vorsitzenden sei zwar „ein erwartetes, aber deshalb nicht geringer zu achtendes Zeichen für Stabilität und Zuversicht". Strauß verband seine guten Wünsche zum heutigen 55. Geburtstag des Bundeskanzlers aber auch mit der Warnung, daß das Erreichte „nicht zur Selbstgefälligkeit verleiten" dürfe.

Erhöhung des Swing nicht ausgeschlossen

AP, **Saarbrücken**

Eine Erhöhung des zinslosen Überziehungskredites für die „DDR" („Swing") hat der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eduard Lintner, befürwortet. In einem Interview des Saarländischen Rundfunks sagte er, die Höhe des Kredits müsse „dem jeweiligen Handelsvolumen angepaßt" werden. Dieses Volumen habe sich 1984 auf 15 Milliarden Mark erhöht; deshalb sollte über eine Erhöhung diskutiert werden. Presseberichte, wonach an eine Ausweitung auf zwei Milliarden Mark gedacht sei, nannte Lintner aber „völlig unzutreffend". Eine solche Zahl sei wohl „nur aus spektakulären Gründen" erfunden worden. Zwischen einer Erhöhung des Kredits und Gegenleistungen der „DDR" gebe es zunächst keine Verbindung, sagte Lintner.

„Auch an die ungelöste deutsche Frage erinnern"

Mayer-Vorfelder verschickt Dokumentation an Schulen

XING-HU KUO, **Stuttgart**

In Zusammenhang mit dem 40. Jahrestag der deutschen Kapitulation am 8. Mai bekommen alle Schulen Baden-Württembergs eine „umfassende Dokumentation" über die zeitgeschichtlichen Vorgänge. Dies geht aus einer Stellungnahme von Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) hervor, die als Antwort zu einem entsprechenden Antrag der SPD-Landtagsfraktion in Stuttgart veröffentlicht wurde.

Nach Ansicht des Kultusministeriums sei der 8. Mai nicht nur ein „Tag des Gedenkens", er markiere darüber hinaus den „Beginn der deutschen Teilung und der Abtrennung der deutschen Ostgebiete". Der 8. Mai „mahnt an die ungelöste deutsche Frage", heißt es in der Stellungnahme der Kultusverwaltung weiter.

Gleichzeitig erinnert das Kultusministerium daran, daß die Behandlung der neuen Geschichte, insbesondere der Zeit des Nationalsozialismus im Rahmen der jetzt gültigen Lehrplanrevision „besonderes Gewicht" erhalten habe. Dies werde in den Lehrplänen für Geschichte, Gemeinschaftskunde und Deutsch deutlich.

So heißt es im Lehrplan Geschichte für die Realschule: „Die Schüler untersuchen Ziele und Formen nationalsozialistischer Herrschaft ... sie entwickeln dabei eine kritisch-engagierte Haltung gegenüber totalitären Denkansätzen".

„Zeitzeugen einladen"

Das Kultusministerium würde es „ausdrücklich begrüßen", wenn die Lehrer in Baden-Württemberg Zeitzeugen in den Unterricht einladen, heißt es in der Stellungnahme weiter. Eine solche Möglichkeit werde in der Verwaltungsvorschrift „Mitwirkung von Fachleuten aus der Praxis im Unterricht" aus dem Jahre 1982 eingeräumt.

Neben den bereits vorhandenen Materialien erstellt die Landeszentrale für politische Bildung für alle Schulen des Landes eine gesonderte Publikation, die aber auch für den außerschulischen Bereich angeboten werde.

In der gleichen Stellungnahme lehnt das Wissenschafts- und Kunstministerium in Stuttgart den Vorschlag der SPD-Fraktion ab, ein „Landeszentrum zur Erforschung der NS-Vergangenheit in Baden-Württemberg" zu gründen. Dies sei in Anbetracht der zahlreichen Aktivitäten im Bereich der Information und Dokumentation zu diesem Thema im Südwesten „derzeit nicht notwendig". Aus den gleichen Gründen sieht die Landesregierung auch keine Notwendigkeit für ein „Dokumentationszentrum zur wissenschaftlichen Behandlung und zur öffentlich zugänglichen Darstellung des Nationalsozialismus im deutschen Südwesten".

„Keine Vorschriften"

Das Kultusministerium verweist darauf, daß die Schulen des Landes „vielfältige Möglichkeiten" hätten, im „normalen Unterricht" auf den 8. Mai und sein historisches Umfeld einzugehen. Dazu zählen auch „Projekttage", die eigentlich am Ende eines Schuljahres angeboten würden, in diesem Jahr jedoch für Einzelaspekte des 40. Jahrestages der Kapitulation vorverlegt werden könnten. Im übrigen sieht das Stuttgarter Kultusministerium „keine Veranlassung, den Schulen ins Einzelne gehende Vorschriften zu machen, mit welcher Unterrichtsmethode sie die Ereignisse des 8. Mai" behandeln.

In dem SPD-Antrag an die Landesregierung wurde auf den neuesten Verfassungsschutzbericht des Stuttgarter Innenministeriums hingewiesen. Daraus zieht die SPD-Fraktion die Schlußfolgerung, daß dem „Rechtsradikalismus und der latenten Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt gerade auch in Kreisen junger Menschen verstärkt Aufmerksamkeit gewidmet werden muß".

Grüne fordern „faire Chance“

Neue Fraktionssprecherin Hönes: Mit Industrie und IG Chemie auseinandersetzen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Die Grünen im Bundestag wollen sich „nicht in Schubladen stecken“ oder Bündnisfragen „aufzwingen“ lassen. Selbstbewußt wandte sich gestern ihre neugewählte Fraktionssprecherin Hannegret Hönes auf ihrer ersten Pressekonferenz in Bonn gegen „viele Fehleinschätzungen und Vorurteile“ über den neuen Vorstand und bat die Medien „um eine faire Chance“. Für die Fraktion stelle sich die Bündnisfrage „frühestens 1987“.

Die jetzt paritätisch mit drei Frauen und drei Männern besetzte Fraktionsspitze will in erster Linie „grüne Politik und grüne Inhalte“ weiterentwickeln. Gleichzeitig kündigte sie für die nächste Zeit neue Gesetzesinitiativen und Aktivitäten an. Dabei soll weiter der Umweltschutz, die Sozialpolitik und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf alternative Art im Vordergrund stehen.

Sie wollen laut Hannegret Hönes nicht mehr dem „Gift des Monats“ nachjagen und einzelne Altlast-Skandale aufdecken, sondern in der chemischen Industrie „den Ausstieg aus unverantwortlichen Produktionsweisen und ein Umsteigen in umweltgerechte Produktion“ erreichen. Dabei wollen sie Auseinandersetzungen mit der Industrie und der IG Chemie nicht aus dem Weg gehen. Im Herbst soll nach Anhörungen eine „Aktionskonferenz“ stattfinden.

Der neue Parlamentarische Geschäftsführer Eberhard Bueb verlangte „Sofortmaßnahmen, damit die bittere Armut nicht ins Uferlose wächst“. Er will sieben Millionen Menschen ausgemacht haben, die monatliche Einkommen unter 750 Mark hätten. Deshalb müsse die Untergrenze bei den Renten und bei der Sozialhilfe auf 1000 Mark heraufgesetzt werden.

Auch um die Frauen wollen sich die Grünen weiter besonders kümmern. Hier rief Hannegret Hönes eigentümlicherweise ihre Geschlechtsgenossinnen bei der CDU auf, „mindestens die Hälfte des Kabinetts und des Parlaments, die Hälfte der Erwerbsarbeit und der Ausbildungsplätze, die Hälfte aller Löhne, Gehälter und Renten, aber höchstens die Hälfte der Hausarbeit“ zu verlangen.

Für den nächsten Monat planen sie wieder zwei spektakuläre Aktionen: Sie wollen die „dezentralen Organisationen“ und ein „Tribunal“ in Bonn aus Anlaß des Weltwirtschaftsgipfels unterstützen. Außerdem wollen 50 Mitglieder von Fraktion und Partei am 8. Mai, dem 40. Jahrestag des Kriegsendes, das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz besuchen. Bis dahin wollen sie eine Novelle des Bundesentschädigungsgesetzes für NS-Verfolgte im Bundestag einbringen. Für die Deutschen ist nach den Worten von Bueb der 8. Mai nur ein „Tag der halben Befreiung“. Denn die Zustimmung zur NATO und zur westlichen Wertegemeinschaft verlange die versteckte und offene Beteiligung „an der Ausbeutung und Unterdrükkung der Dritten Welt sowie die Unterstützung der USA“. Dies werde von den Grünen, die sich als „antifaschistische Kraft“ verstünden, „entschieden“ abgelehnt.

Verhandlungen mit China über Kernkraftwerke

dpa, München

Deutsche und chinesische Wirtschaftsfachleute verhandeln zur Zeit in München über die Lieferung von zwei Kernkraftwerken mit je 1000 Megawatt an China.

Federführend in der Delegation der deutschen Reaktorindustrie ist nach Angaben des bayerischen Wirtschaftsministeriums die Kraftwerk Union AG (KWU) Mühlheim/Ruhr. Die chinesische Delegation steht unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden der staatlichen Wirtschaftskommission, Lin Zongtang, sowie der Vizeminister für Elektrizitätswirtschaft, Peng Shilu, und für Kerntechnik, Zhao Hong.

Ziel der Verhandlungen ist, eine Vereinbarung zu erarbeiten, die im Juni beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang in Bonn unterzeichnet werden soll. In das Finanzierungskonzept könnten auch deutsche Bezüge von Uran und Buntmetallen aus China einbezogen werden.

„FDP-Vorschlag ist unseriös“

Berliner CDU: Deutsches Historisches Museum auf keinen Fall in den Reichstag

F. DIEDERICHS, Berlin

„Sachkundig machen und rumgukken“, lautet die simple Devise der Berliner FDP, wenn das umstrittene Projekt des „Deutschen Historischen Museums“ ins Gespräch kommt. Für die Berliner CDU ist jedoch – entgegen der Meinung des kleineren Koalitionspartners – keine große Suchexpedition mehr notwendig, geht es um den Standort des vom Bundeskabinett beschlossenen Geschenkes an Berlin. „Entweder ein Neubau im Tiergarten unweit des Reichstages oder ein Neubau nahe dem Martin-Gropius-Bau in Kreuzberg“, skizzierte der Berliner Senatssprecher den Entscheidungsstand im Rathaus Schöneberg.

Das von Bundeskanzler Helmut Kohl auch im Hinblick auf die 750-Jahrfeier Berlins im Jahr 1987 favorisierte Museum für Deutsche Geschichte bietet seit zwei Jahren Diskussionsstoff für die Berliner Landespolitiker. Zwar freut man sich an der Spree über das Geschenk vom Rhein, doch scheiden sich die Geister bei der Frage, ob der Neubau eines weiteren „Betonklotzes“, so die Kritiker, angesichts der ohnehin getätigten Bausünden der letzten Jahrzehnte noch sinnvoll sei. Die FDP glaubt, im Berliner Reichstagsgebäude noch genügend Platz für die erwarteten Exponate zu finden, über die es bislang noch kein Konzept gibt. „Wie so ein Museum von innen aussehen könnte, steht völlig in den Sternen“, stellte jetzt ein FDP-Sprecher fest, dem vor allem die den Berliner Haushalt treffenden Folgekosten eines von Bonn finanzierten Museumsneubaus zu denken geben.

Der Vorschlag der FDP hingegen, das künftige Museum unter dem Dach des Reichstags anzusiedeln, wird von der CDU als „nicht seriös“ bezeichnet. Der Wallot-Bau im Tiergarten steht nach Ansicht der Union schon allein deshalb nicht zur Verfügung, weil er ein „politisches Symbol“ sei, als Teil der Bundestagsverwaltung gilt und von den Abgeordneten des Bundestages zu Fraktionssitzungen genutzt wird. Die besondere Symbolik des Reichstages liegt darin begründet, daß an dieser Stelle Berlins eine Stätte offenstehen soll für den Tag, an dem hier ein gesamtdeutsches Parlament nach Überwindung der deutschen Teilung seine Arbeit aufnehmen könnte.

Da sich zwischen CDU und FDP bei der Standort-Frage bislang keine einhellige Meinung abzeichnete, hat sich mittlerweile eine Berliner Bürgerinitiative zu Wort gemeldet, die einen konkreten Standortvorschlag in die Diskussion brachte. Die in diesem Jahr gegründete Initiative mit ihrem Wortführer, dem Leiter der Volkshochschule Berlin-Steglitz, Karl-Heinz Rose, plädiert mit konkreten Entwürfen für einen historisch getreuen Wiederaufbau der sogenannten „Kroll-Oper“, ein älteren Berlinern noch als repräsentatives Ballhaus und Musik-Theater in Erinnerung gebliebenes Bauwerk.

Mit dem Wiederaufbau dieser Oper würde auch zum Jubiläumsjahr ein historisches Stück Berliner Geschichte neu entstehen, argumentiert die Bürgergruppe.

Elbgrenze: Skepsis der Union über „Gebietsaustausch“

dpa, Bonn

Mit Zurückhaltung hat die CDU/CSU-Fraktion auf den Vorschlag des Geschäftsführers der FDP-Bundestagsfraktion, Torsten Wolfgramm, den Streit mit der „DDR“ um die Elbgrenze durch Gebietstausch zu regeln, reagiert. Wolfgramm hatte die Auffassung vertreten, daß eine neue Festsetzung der Grenze nur dadurch geschehen könne, daß die „DDR“ sich bei Grenzregelungen in anderen Abschnitten entgegenkommend verhalte. Wie der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eduard Lintner (CSU), erklärte, sei Wolfgramms Anregung „sicher gut gemeint“. Es müsse aber beachtet werden, daß eine „konstitutive Grenzregelung“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ nicht zustande kommen könnte, weil Bonn und Ost-Berlin keine rein völkerrechtlichen Beziehungen hätten. Deshalb könnte dieser Weg verbaut sein.

Wenn Rechtspositionen auf den Kopf gestellt werden

BERND LAMPE, Kiel

In der Frage der Elbegrenze hat bereits im Mai 1975 die Regierung Schmidt ein umfangreiches Gutachten für den internen Gebrauch anfertigen lassen. Es sollte den Beweis erbringen, daß die Flußgrenze, wie von der „DDR“ gefordert, in der Mitte des Flusses gezogen werden müsse. Dieses Gutachten verschwand jedoch schnell wieder in der Schublade, da Staatsrechtler zu dem Ergebnis kamen, seine Beweiskette beruhe auf fragwürdigen Interpretationen von Absprachen und Verhalten der Alliierten im Zeitraum von 1945 bis 1950.

Der Auftrag der gemeinsamen Grenzkommission, die Grenze zwischen beiden deutschen Staaten festzustellen und zu markieren, fußt auf dem Londoner Protokoll und späteren Vereinbarungen der Alliierten. Da die Briten ihre Kontrollfunktion auf dem Fluß 1950 abgaben, ist nur das Geschehen bis zu diesem Zeitpunkt von Bedeutung.

Der Berliner Politologe Dieter Schröder, der jetzt für die SPD-Fraktionen des Bundestages des schleswig-holsteinischen und niedersächsischen Landtages sowie den schleswig-holsteinischen SPD-Landesvorstand ein Gutachten zur Frage der Elbegrenze verfaßt hat, kennzeichnet sein Papier als „Stellungnahme“. Darin stellt er fest, daß die Bundesregierung erstmals am 24. November 1984 erklärt habe, die Grenze verlaufe nicht in der Flußmitte. Schröder erwähnt allerdings nicht, daß alle Regierungen bis 1969 den Standpunkt vertreten haben, die Grenze verlaufe am Ostufer der Elbe. Auch die niedersächsischen SPD-Landesregierungen unter Kopf und Diederichs gingen immer von dieser Tatsache aus. Erst mit Bildung der SPD/FDP-Koalition stellte die niedersächsische SPD-Regierung Kubel die alte Rechtsauffassung in Frage.

Schröder schreibt, die „DDR“ habe zunächst behauptet, die Grenze verlaufe in der Mitte des Talweges, also der Fahrrinne. Nicht Ost-Berlin, sondern die Bonner Delegation in der gemeinsamen Grenzkommission habe im Oktober 1974 die Flußmitte in die Diskussion gebracht. Daraufhin habe die „DDR“ ihren Standpunkt modifiziert.

Die Karten zum Londoner Protokoll, in dem die Alliierten Deutschland in Zonen aufteilten, wertet

DIE ● ANALYSE

Schröder als „malerische Versuche“ ab. Wegen der geographischen Ungenauigkeit (Maßstab 1:1,6 Millionen) seien sie „juristisch wertlos“. Das Londoner Protokoll samt zugehörigen Karten ist jedoch bei den Vereinten Nationen hinterlegt.

Die Alliierten hatten als Vorlage der Besatzungszonen eine Karte der Verwaltungsbezirke des Deutschen Reiches aus dem Jahr 1941 benutzt, auf der die Grenzen zwischen den Provinzen Mecklenburg und Hannover am Ostufer des Flusses eingezeichnet sind, obwohl der Grenzverlauf in diesem Elbeabschnitt unbestritten streckenweise am einen, streckenweise am anderen Ufer oder auch in der Mitte verläuft. Obwohl die Besatzungszonen anhand dieser Karte eingeteilt wurden, gilt als sicher, daß die Alliierten die deutschen Verwaltungsgrenzen nicht bis ins Detail kannten.

Wie schon die Gutachter von 1975, stellt auch Schröder in Frage, daß die Grenze am 43,5 Kilometer langen Neuhauser Streifen am Ostufer verlaufe. Das Amt Neuhaus hatten die Briten 1945 an die Russen abgetreten, weil sie die jenseits der Elbe liegende, ehemals Hannoversche Enklave, die eigentlich zur britischen Zone gehörte, mangels Brücke nicht versorgen konnten. Die Bonner Gutachter meinen, die Formulierung des britischen Memorandums vom 25. Juli 1945 „east of the river“ beziehe sich nur auf das Gebiet, nicht jedoch auf die Grenze. Schröder meint sogar, dies Dokument sei lediglich ein Bericht, kein konstitutiver Akt. Träfe dies zu, müsse man die Frage stellen, ob es überhaupt rechtsverbindliche Regelungen im Elbeabschnitt gibt.

Schröder bezieht sich in seinem Gutachten weiter auf ein Schreiben der alliierten Kontrollkommission vom 5. Juli 1945 an die Wasserschutzpolizei, in dem die Patrouillen angewiesen werden, „sich streng auf der südlichen Seite von der Mitte des Flusses“ zu halten. Das Wort „Grenze“ jedoch kommt in dem Schreiben nicht vor. Die Briten selbst jedoch übten zu diesem Zeitpunkt von Schnakenburg stromabwärts auf ganzer Breite des Flusses Hoheitsakte aus und kontrollierten die Schiffahrt. Die Anweisung ist lediglich als Vorsichtsmaßnahme für die nach dem Krieg zunächst unbewaffnete, auf der Elbe patroullierende deutsche Polizei zu werten. Schröder stellt mit seinem Gutachten die bisherige Rechtsposition auf den Kopf.

Mitteldeutsche gegen politisches Wort der Kirche

epd, Bonn

Mit dem „Wort zum Frieden“, das die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ zum 40. Jahrestag des Kriegsendes veröffentlicht haben, ist nach Ansicht des Bundes der Mitteldeutschen die Grenze für politische Äußerungen der Kirche „wieder einmal deutlich überschritten“ worden. Wie der Präsident des Bundes, der evangelische Pfarrer Manfred Schmidt, im „Mitteldeutschen Kurier“, weiter erklärte, müsse die Kirche „klar sagen, ob sie sich weiterhin zu Gott als dem Herrn der Geschichte bekennen will oder ob sie selber die Rolle des unfehlbaren Propheten für den weiteren Geschichtsverlauf in Europa und anderswo auf der Welt übernehmen will“.

Die evangelischen Kirchen hatten gefordert, in der Frage der Ostgrenzen „nicht bitter zu werden und nicht eine Wiederherstellung früherer Verhältnisse zu verlangen, die nicht zu haben ist“.

Muß Japans Kaiser immer ein Mann sein?

FRED DE LA TROBE, Tokio

Japans Frauen pochen immer mehr auf ihre Rechte. Das jüngste Beispiel war jetzt eine Anfrage der sozialistischen Abgeordneten Manae Kubota im Parlament in Tokio: „Warum muß der Kaiser immer ein Mann sein?" wollte sie wissen.

Schließlich gebe es ja auch eine Königin in England. Ob es irgendeine Bestimmung gebe, wonach die Thronfolge immer auf die männliche Linie fallen müsse. Die japanische Dynastie ist die älteste der Welt, der 83jährige Tenno ist angeblich der 124. Nachkomme des ersten Kaisers Nippons.

Staatssekretär Yamamoto vom erzkonservativen Hofamt entgegnete, daß die Frage bei der Anfertigung der Nachkriegsverfassung Japans auch schon erörtert worden sei, daß es sich aber letztlich um eine alte Tradition handele.

Dagegen machte die Abgeordnete Kubota geltend, daß im Heiligen Schrein von Ise die Sonnengöttin Amaterasu, Japans Urmutter, verehrt wurde. Das sei auch eine Tradition, die aber erst seit der Meiji-Refom (die 1868 Japans moderne Zeit einleitete) bestehe. Außerdem habe es schon Kaiserinnen in der japanischen Geschichte gegeben.

Yamamoto räumte ein, daß es für kurze Perioden Regentinnen gegeben habe, sie seien aber nur für eine Übergangszeit eingesetzt gewesen, weil die männlichen Thronfolger damals noch zu jung gewesen seien. Im übrigen habe es in der männlichen Linie keinen Bruch gegeben.

Hinweis auf Gesetz

Manae Kuboto stieß nach: Ob die Beschränkung auf die männliche Linie bei der Thronfolge nicht das Abkommen über die Abschaffung der Frauendiskriminierung verletze, das das Parlament in Kürze ratifizieren werde. Außenminister Abe eilte dem bedrängten Staatssekretär zu Hilfe: Die Qualifikation zur Thronfolge berühre die Frage der Menschenrechte nicht, meinte er.

Die Abgeordnete Kubota verzichtete auf Zusatzfragen, doch sei die Angelegenheit „noch nicht erledigt". Vieles müsse noch grundsätzlich geklärt werden. (SAD)

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Auf die Kriegswirtschaft gut eingestellt

JÜRGEN LIMINSKI, Bagdad

Der irakische Außenminister Tarik Aziz ist neuerdings in vielen Ländern zu sehen. Während sein Präsident Saddam Hussein gemeinsam mit den Ministerkollegen das Volk zum Feiern des großen Sieges in den Huwaisa-Sümpfen an- und darüber hinaus die Iraner militärisch in Schach hält, kämpft Aziz angestrengt an der Front der Diplomatie. Bagdad will den Krieg beenden.

Zwar ist die Versorgungslage gut. Lebensmittel und Waren aller Art sind in reichlicher Auswahl zu haben. Das war nicht immer so. Der Irak hat sich auf die Kriegswirtschaft besser eingestellt, als man es vor einem Jahr noch erwarten konnte. Aber die anhaltende Starrköpfigkeit der persischen Mullahs verdunkelt jede Zukunftsperspektive – besonders die der politischen Hegemonie am Golf.

Der Irak ist nach Saudi-Arabien der größte Flächenstaat der östlichen arabischen Welt. Seine Bevölkerung (nach jüngsten Schätzungen rund 14 Millionen plus vier Millionen Gastarbeiter vorwiegend aus Ägypten) übertrifft an Zahl bei weitem


IRAK

das südliche Wüstenreich, und seine Ölreserven sollen so groß sein wie die der Saudis. Aber eine Milliarde Dollar kostet der Krieg pro Monat nach Schätzung internationaler Experten, die von irakischen Regierungsmitgliedern weder bestätigt noch bestritten werden. Diese verweisen lieber auf die in der Tat besseren wirtschaftlichen Aussichten ab September dieses Jahres, wenn eine neue Pipeline das tägliche Volumen des Ölexports auf nahezu 1,5 Millionen Barrel verdoppelt, und auf die noch besseren Aussichten im nächsten Jahr, wenn neben den Pipelines durch die Türkei und Saudi-Arabien eine dritte, ebenfalls durch die Türkei, die Exportmöglichkeiten auf den Stand vor Beginn des Krieges (2,4 Millionen Barrel) erhöht. Solche Aussichten stärken dem Regime trotz der sinkenden Preise für das Öl den Rücken.

Die Entscheidung fällt auf dem Schlachtfeld. Aber dort herrscht das Gleichgewicht der Ohnmacht auf beiden Seiten. Die Iraner haben mehr Soldaten, die Iraker das bessere Kriegsgerät. „Der letzte Kampf in den Sümpfen war gefährlich", räumt Informationsminister Latif Jassim in einem der immer seltener werdenden Pressegespräche ein. Aber die Verteidigungslinie stehe wieder. Das gilt gewiß für die Front am Schatt el Arab, nicht für den terroristischen Krieg, den Teheran mit Raketen oder Bombenattentaten selbst bis nach Bagdad führt. Jassim kündigt kategorisch die Maßstäbe der Vergeltung an: „Für eine Rakete bombardieren wir vier Städte, für eine zweite acht Städte, für eine dritte zwanzig. Krieg ist Krieg. Wir sind in der Lage, einige Städte Irans dem Erdboden gleichzumachen. Wir tun es nicht, um Teheran noch eine Chance zum Einlenken zu geben."

Ungewiß ist, ob die Vergeltungsflüge der irakischen Bomber auch die ehemalige amerikanische Botschaft in Teheran im Visier haben. Dort sollen die Revolutionswächter und der iranische Geheimdienst ihre Zentrale eingerichtet haben, weil sie davon ausgehen, daß dieser Gebäudekomplex unbehelligt bleibt, trotz der umfangreichen und technologisch hochwertigen Kommunikationsmöglichkeiten, die die Amerikaner dort installiert hatten und die das Regime der Mullahs nun für seinen Repressionsapparat benutzt.

Bagdads Ziel ist es, die iranische Bevölkerung gegen die Mullahs aufzubringen, um diese so zu einer Beendigung des Krieges zu zwingen. Man glaubt nicht mehr daran, mit kleinen Schritten oder partiellen Waffenstillstandsvereinbarungen dem Frieden näherzukommen. Bagdad will eine Gesamtregelung des Konflikts, möglichst mit internationaler Garantie und Beteiligung. Jassim macht in diesem Zusammenhang auch ein kleines Geständnis: „Wir wollen nicht ihr Öl, noch ihr Territorium und auch nicht die Ideologie der Baath-Partei exportieren." Das bestätigt auch der Staatssekretär Dschaber al Howeidi im Außenministerium: „Wir haben keine territorialen Ansprüche. Wir wollen zurück zu den Regelungen des Grenzvertrages von 1975." Dieser Vertrag definiert die Talweg-Linie im Schatt el Arab als Grenze zum Iran. Iraks Haltung war vor Beginn des Krieges nicht so klar.

Bagdad ist heute sichtlich bemüht, als blockfrei und eher prowestlich eingestuft zu werden. Das läßt sich nicht nur an den Reiserouten des Außenministers ablesen. Das Baath-Regime hat seine internationalen Beziehungen in der Tat diversifiziert. Die Handelsmission der USA zählt mittlerweile an die hundert Mitarbeiter. Diplomaten aus aller Welt drücken sich in Bagdad vermittelnd die Klinke in die Hand. Pragmatisch sein, das gehört in der Regierung Saddam Husseins heute zu den beliebtesten Eigenschaften.

Kopenhagen trotz Streik gelassen

Im Transportbereich geht der Ausstand weiter / Geringe Gehaltszulage kritisiert

R. GATERMANN, London

Die Mitte-Rechts-Regierung in Kopenhagen geht davon aus, daß sich die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt spätestens nach den Osterfeiertagen normalisiert.

Nach dem Erlaß eines Tarifgesetzes am Wochenende, womit der einwöchige Ausstand von etwa 300 000 Beschäftigten der Privatwirtschaft offiziell beendet wurde, kam es am Montag noch zu verschiedenen wilden Streiks, an denen je etwa 75 000 Mitarbeiter des privaten und öffentlichen Sektors beteiligt waren. Gestern kehrten zwar etliche tausend Arbeiter in die Betriebe zurück, im Transportbereich kam es aber weiterhin zu erheblichen Behinderungen.

Das Tarifgesetz sieht sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor für die kommenden beiden Jahre Lohn- und Gehaltserhöhungen von je zwei Prozent, ab 1987 eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 39 Wochenstunden, Zwangssparen für höhere Einkommen und für Unternehmen eine Erhöhung der Körperschaftssteuer von 40 auf 50 Prozent vor.

Nach der Verabschiedung dieses Gesetzes beginnt für die Tarifparteien die Friedenspflicht. Dieser Schritt ist in Dänemark nicht ungewöhnlich. Die meisten Arbeitskonflikte der vergangenen zehn Jahre wurden durch Eingriffe des Gesetzgebers beigelegt. Dies wird auch vom Gewerkschaftsbund und der sozialdemokratischen Opposition akzeptiert, die zwar noch am vergangenen Freitag zur Massendemonstration aufgerufen hatten – als der Arbeitskampf noch legal war –, bei den Kundgebungen am Montag jedoch nicht mehr in Erscheinung trat. Kritisiert wird die Regierung vor allem wegen der geringen Lohn- und Gehaltszulage, die ein weiteres Schrumpfen des Realeinkommens zur Folge hat.

Das Kabinett unter dem konservativen Ministerpräsidenten Poul Schlüter will unter allen Umständen die Wettbewerbsfähigkeit der dänischen Wirtschaft verbessern, der nach seiner Ansicht einzige Weg, um das Defizit im Staatsbudget und die Auslandsverschuldung abzubauen. Wirtschaft und Börse ließen sich von den Demonstrationen dieser Woche nicht beeinflussen. Die Kurse stiegen, und es kam zu einem lebhaften Wertpapierhandel.

Gestern wurden vor allem noch die öffentlichen Verkehrsmittel in den Städten und die Flugplätze bestreikt, während Eisenbahn- und Fernverkehr weitgehend normal liefen. Darüber hinaus gab es keine Post, und die Müllabfuhr war eingestellt. Der dänische Rundfunk hatte seine drei Radioprogramme zu einem zusammengelegt, versicherte jedoch, daß die Nachrichtensendungen nicht in den Konflikt einbezogen würden.

Da der Ausstand nunmehr gesetzwidrig ist, können die Arbeitgeber nach dem ersten Tag von ihren streikenden Mitarbeitern einen Schadenersatz von umgerechnet etwa 10,70 Mark pro Stunde fordern. In Dänemark ist bereits der Gründonnerstag Feiertag. In Kopenhagen geht man deshalb davon aus, daß zahlreiche Arbeitnehmer nicht vor Dienstag nächster Woche in die Betriebe zurückkehren.

Bei den Demonstrationen am Montag, an denen im ganzen Land etwa 200 000 Personen teilnahmen, wurden 30 Personen vorläufig festgenommen. Drei Polizisten erlitten leichte Verletzungen. Zu den schwersten Zusammenstößen kam es in Odense, der drittgrößten Stadt Dänemarks, wo sich die Polizei vor rund 3000 Demonstranten unter Zurücklassung ihrer Dienstfahrzeuge zurückziehen mußte.

In Beirut wird immer öfter entführt

Amerikaner und Franzosen von schiitischen Terroristen verschleppt / Priester ermordet

PETER M. RANKE, Athen

Mit auf den Rücken gefesselten Händen ist die Leiche des holländischen Priesters Nicolas Kluiters in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene gefunden worden. Der Leichnam wies Spuren von schweren Mißhandlungen auf. Vater Nicolas, der seit 20 Jahren eine katholische Hilfsorganisation in Libanon leitete, war Mitte März von der schiitischen Terror-Organisation „Islamischer Heiliger Krieg" entführt worden.

Die Ermordung eines Priesters, nur weil er Christ war, geht eindeutig zu Lasten der schiitischen Fanatiker, die ihre Stützpunkte in der syrisch besetzten Bekaa-Ebene haben. Große Sorgen machen sich Kirchenkreise daher um den amerikanischen Priester Martin Jenco, der Anfang Januar in West-Beirut vom „Islamischen Heiligen Krieg" entführt worden ist. Zur Zeit befinden sich noch sechs entführte Amerikaner, unter ihnen der AP-Korrespondent Terry Anderson, in Gefangenschaft des „Islamischen Heiligen Krieges" – wenn sie überhaupt noch leben.

Seit Mitte März sind im moslemischen West-Beirut weitere neun Ausländer und vier libanesische Juden gekidnappt worden. Zwei Briten und die Französin Danielle Perez wurden inzwischen freigelassen. Als Entführer bekannten sich in den meisten Fällen der „Islamische Heilige Krieg", aber auch die linksradikale „Revolutionäre Organisation Sozialistischer Moslems" und die „Bewaffnete Libanesische Revolutions-Fraktion", die Kontakte zu internationalen Terror-Kommandos wie den „Roten Brigaden" und der RAF unterhält.

Unter den vier verschleppten libanesischen Juden befindet sich der Gemeindevorsitzende Izhak Sasson. Ihnen droht das gleiche Schicksal wie Kluiters, nur weil sie Juden sind. Auch sie wurden vor wenigen Tagen in West-Beirut vom „Islamischen Heiligen Krieg" entführt. Hallak holte man aus seiner Wohnung, Elie Srour und Chaim Cohen wurden aus ihren Autos gezerrt und weggefahren. Der Vernichtungskampf gegen Juden und Israel ist wichtiger Programmpunkt der schiitischen Terrorgruppen; rücksichtslos gehen sie in Libanon aber auch gegen Amerikaner und Franzosen vor. Über die drei verschleppten Franzosen gibt es keine genauen Nachrichten.

Auffallend für westliche Diplomaten ist, daß neben Schiiten auch wieder Palästinenser bei Terror-Aktionen in Libanon aktiv sind. So verlangen die „Sozialistischen Moslems" für die Freilassung des Engländers Alec Collett, der vorige Woche entführt wurde, die Entlassung der drei Palästinenser aus englischen Gefängnissen, die 1982 den israelischen Botschafter Argov in London niedergeschossen hatten.

Selbst der „Schwarze September", der die Morde bei den Olympischen Spielen in München 1972 auf dem Gewissen hat, ist durch Sprengstoffanschläge gegen die jordanische Fluglinie „Alia" in Athen, Rom und Nikosia erneut hervorgetreten. Die Zielrichtung Jordanien läßt allerdings vermuten, daß der Terror-Gruppe jetzt die von Damaskus gesteuerten Palästinenser angehören.

Gegen die Entführungen und Mordaktionen durch Schiiten oder Palästinenser erweisen sich libanesische Polizei und Regierung als machtlos. Entführungen gehören im moslemischen West-Beirut mittlerweile fast zum Alltag. Allerdings sind westliche Diplomaten davon überzeugt, daß die syrischen Besatzungstruppen in Ost-Libanon genau wissen, wo und bei welcher Terrorgruppe sich entführte Ausländer befinden. Denn die Terror-Kommandos sind auf Nachschub oder stille Mithilfe der Syrer angewiesen. (SAD)

Duarte wertet Wahlsieg als Vertrauensbeweis

rtr, San Salvador

Als Niederlage für die linken Rebellen und die rechtsgerichtete Opposition hat der salvadorianische Präsident Duarte den Ausgang der Parlaments- und Gemeindewahlen bezeichnet. Nach ersten inoffiziellen Ergebnissen, die gestern vom Nationalen Wahlrat bekanntgegeben wurden, konnten Duartes Christdemokraten sowohl bei den Parlaments- als auch bei den Gemeindewahlen Stimmengewinne verbuchen. Schätzungen der Christdemokraten, daß sie bei den Wahlen 33 der 60 Parlamentssitze gewinnen könnten, scheinen sich nach den ersten Hochrechnungen bestätigt zu haben.

Duarte interpretierte das Wahlergebnis als „einen Vertrauensbeweis des Volkes", das seine „Bemühungen um Frieden und wirtschaftliche Wiederbelebung gewürdigt" habe.

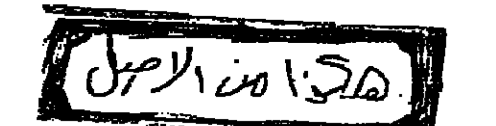
Nach seiner Regierungsübernahme vor zehn Monaten sind viele von Duartes Reformen im Parlament gescheitert, weil die rechtsgerichteten Parteien über die Mehrheit verfügten. Nach Ansicht westlicher Diplomaten würde eine Mehrheit der Christdemokraten im Parlament und in den Gemeinderäten Duarte die Möglichkeit geben, seine Pläne, die auf eine friedliche Beilegung der Kämpfe zwischen Regierungstruppen und linksgerichteten Widerstandskämpfern zielen, durchsetzen.

Shultz mahnt die Regierung in Pretoria

AP, Washington

US-Außenminister George Shultz hat die weiße Regierung Südafrikas aufgerufen, in Verhandlungen mit der schwarzen Bevölkerungsmehrheit einzutreten und die Rassentrennung aufzugeben. Bei einer Konferenz von 300 farbigen Mitarbeitern amerikanischer Colleges sagte Shultz gestern in Washington: „Die Apartheid muß ein Ende haben. Südafrika braucht Frieden, nicht Gewalt, und Dialog, nicht Konfrontation und Unterdrückung." Der Minister erklärte, die US-Regierung verurteile das Vorgehen der südafrikanischen Behörden, durch das in den letzten Wochen zahlreiche Farbige zu Tode kamen. Er forderte, die südafrikanische Regierung müsse durch Eröffnung von Verhandlungen auf die Forderungen der Schwarzen eingehen.

Shultz verteidigte die amerikanische Politik des „konstruktiven Engagements" in Südafrika. Er meinte, durch den Einfluß amerikanischer Diplomaten, Unternehmen und Hilfsprogramme zugunsten der Farbigen könne ein Beitrag zu einer positiven Veränderung geleistet werden.



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Die Schattenwirtschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

es vergeht kein Tag, an dem nicht von Politikern, von der Regierung, von Verbänden, von der Gewerkschaft und von den Medien geklagt wird, über die Auswirkung der sogenannten „Schattenwirtschaft". Ich beziehe mich dabei auch auf die Ausführungen von Peter Jentsch in der WELT vom 23.3.1985.

Die Gewerkschaften rechnen hoch, wieviel Hunderttausende Arbeitslose zusätzlich eingestellt werden könnten, wenn es die „Schattenwirtschaft" nicht gäbe.

Der Finanzminister rechnet hoch, wieviel Milliarden Steuereinnahmen ihm entgehen. Die Sozialversicherung rechnet für sich ähnliche Ausfälle aus. Die Arbeitgeberverbände schließen sich diesen Klagen regelmäßig an.

Ich bin der Ansicht, daß diese Hochrechnungen „Milchmädchenrechnungen" sind.

Die Steuerlast des einzelnen ist so untragbar hoch geworden, daß viele Staatsbürger es sich einfach nicht mehr leisten können, für eine Handwerkerstunde 50 Mark und mehr ausgeben zu müssen, wenn sie ihre Bau-, Renovierungs- und Reparaturaufträge normal vergeben. Allenfalls können sie noch 15 Mark für eine Schwarzarbeiterstunde erübrigen.

Wenn es die Schwarzarbeit nicht gäbe, würde der allergrößte Teil der in die „Schattenwirtschaft" abgedrängten Arbeiten überhaupt nicht gemacht werden, es würden also keine Arbeitslosen neu eingestellt werden können, Fiskus und Sozialversicherung hätten keine höheren Einnahmen usw.

Unser ganzes Wirtschaftssystem mit der „Normalwirtschaft" und der parallel laufenden „Schattenwirtschaft" krankt eben daran, daß die staatlichen Abzüge (nicht nur direkte Steuern und Sozialabgaben, auch Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer usw.) zu unerträglich hoch sind und die normale Arbeitsstunde dadurch viel zu teuer wird.

Man sollte der „Schattenwirtschaft" in diesem Zusammenhang auch eine positve Seite abgewinnen: Viel Volksvermögen, was sonst verkommen oder gar nicht neu entstehen würde, wird nur durch die „Schattenwirtschaft" im Wert erhalten, bzw. neu geschaffen.

Mit freundlichen Grüßen
J. Schümann,
Hamburg 1

Zwang zur Subvention

„Wir nehmen, was die öffentlichen Hände verstreuen"; WELT vom 5. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

wenn die Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer (ASU) mit Vehemenz für die Abschaffung von Subventionen kämpft, so tut sie das, weil sie sowohl von deren Ineffizienz als auch von ihrer Verfälschungswirkung überzeugt ist.

Solange allerdings Subventionsangebote als Bestandteil der marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen existieren, ist der Unternehmer ein Tor, der – etwa aus gesellschaftlichem Altruismus – auf das Stellen entsprechender Anträge verzichtet. Gewinne muß er nämlich machen, der Unternehmer. Er muß das im Unternehmen arbeitende haftende Kapital verzinsen, er muß eine Reihe ertragsunabhängiger Steuern bezahlen, er muß das überkompensieren, was ihm bei den Abschreibungen auf nur die Anschaffungskosten während der Lebensdauer der Investition durch Geldentwertung verlorengeht.

Schließlich betätigt er sich als Mittelständler bei Übernahme des vollen Risikos und ungeschützt dem Wettbewerb ausgesetzt auf den Märkten. Soll er seine bekanntermaßen unproduktiven Umweltschutz-Investitionen, die Sanierung alter Bausubstanz usw. ohne „Mitnahme" der jedermann angebotenen Förderung finanzieren, seine Kostenstruktur entsprechend belasten, während der Wettbewerb allein an den öffentlichen Brüsten saugt?

Erst Fortfall der Subventionsangebote schafft gleiche, wenn auch zugegebenermaßen strapaziösere Rahmenbedingungen des Wirtschaftens für alle; schafft aber zugleich für alle auch die Notwendigkeit, unvermeidbare Kosten auf die Produktpreise abzuwälzen und somit auf den Märkten regulierende Kräfte auszulösen.

Nur weiter, ASU, mit dem Kampf gegen Subventionen! Bis dahin allerdings auch weiter, mittlere Unternehmer, mit dem Stellen von Anträgen für Gelder, die die öffentlichen Hände verstreuen. Marktwirtschaft bedeutet wirtschaftliche Betätigung unter gegebenen Rahmenbedingungen. Wo letztere falsch sind, sollte die Politik sich endlich korregieren und nicht in Tränen ausbrechen über die Unmoral derer, die entsprechend der Vorprogrammierung handeln (müssen)!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. P. Barth,
Neuwied

Großer Mime

„Beim Burgtheater flog er raus": WELT vom 22. März

Sehr geehrte Redaktion,

es ist ein Verdienst, einen der größten Schauspieler unseres Jahrhunderts und dazu noch einen so lauteren und warmherzigen Menschen wie Alexander Moissi in Erinnerung zu rufen.

Mein Vater, Felix Hollaender, war jahrzehntelang Max Reinhardts „talent spotter", Dramaturg, Regisseur und schließlich Generaldirektor aller seiner Berliner Bühnen. Reinhardt ging Schwierigkeiten gern aus dem Wege, während mein Vater, von Gerhart Hauptmann „Genie der Freundschaft" genannt, für seine kämpferische Loyalität bekannt war. So war er es, der gegen alle Widerstände und gegen einen eher unwilligen Reinhardt den des Deutschen mangelhaft mächtigen genialen Freund durchsetzte.

Moissi und seine hinreißende Frau Johanna Terwin (eigentlich Winter) blieben meiner Mutter und mir über den Tod meines Vaters hinaus engstens verbunden. Moissi lud mich, 1931 Unterprimaner in Berlin, zur leider verunglückten Premiere seines Stücks „Napoleon auf St. Helena" (mit Albert Bassermann) nach Hamburg ein, als „Kollegen", da ich gerade an meiner Schule Shaws „Heilige Johanna" inszenierte.

Über die Terwin in Lugano hielt ich während des Krieges von England aus Kontakt mit meiner Mutter aus Berlin.

Michael Thomas,
vormals Ulrich Hollaender,
Hamburg 60

Wort des Tages

» Der Sinn der Klugheit ist der, daß die sachliche Erkenntnis der Wirklichkeit für unser Tun maßgebend wird. Beides gehört also zur Klugheit: Das Erkennen und Kennen der Wirklichkeit und das Tun und Wollen. Bloßes Wissen ist wertlos, wenn es nicht zur Tat führt. «

Josef Stimpfle; dt. Theologe (geb. 1916)

Vorbild Adenauer

Sehr geehrte Damen und Herren,

man ist fast geneigt, mit unseren Politikern zu weinen, wenn sie von unseren drei Millionen Arbeitslosen sprechen, nicht zuletzt während des letzten CDU-Parteitages (drei Millionen, nachdem sich mehr als eine halbe Million Arbeitsloser gar nicht haben registrieren lassen im Hinblick auf die völlige Aussichtslosigkeit).

Dabei gibt es natürlich Möglichkeiten, überzeugend darzulegen, daß man wirklich etwas tun will. Als im Jahr 1931 die Arbeitslosen-Zahl auf nahezu fünf Millionen gestiegen war, verbot der damalige Oberbürgermeister von Köln am 12. Mai 1931 allen Beamten jegliche Nebentätigkeit und deren Frauen jeden Erwerb, um Arbeitsplätze für Arbeitslose zu schaffen.

Heute weiß natürlich kein Mensch mehr, wer dieser merkwürdige Oberbürgermeister war. Er hieß Dr. Konrad Adenauer. Kennt den noch jemand in der CDU?

Was sagte Heiner Geißler am Ende des letzten Parteitages der CDU? „Laßt uns Konrad Adenauer nacheifern!" Na, denn man los!

Mit freundlichen Grüßen
E. Neufert,
Lüneburg

Altersgrenze

„Blüm fordert Opfer"; WELT vom 28. März

„Neben einer beschränkten Zulassungssperre zur kassenärztlichen Versorgung sei auch die Einführung einer Altersgrenze für Ärzte zulässig."

Das ist abzulehnen. So mancher Arzt jenseits der Pensionsgrenze hält dem Vergleich mit jüngeren Kollegen in Kondition und Arbeitspensum durchaus stand. Überlegen ist er sicher in der Berufserfahrung.

Bestes Beispiel ist der amerikanische Kardiochirurg DeBakey, der mit 76 Jahren noch täglich 15 bis 20 Bypass-Operationen durchführte. Eine Tagesarbeitszeit von über zwölf Stunden.

Selbst ein publizitätssüchtiger deutscher Chirurg, der vollmutig jeden Chirurgen verbrecherisch nannte, sollte er nach 60 Jahren noch das Skalpell führen, hält sich selbst nicht an die Altersgrenze, sondern operiert weiter.

Soll denn die reiche Berufserfahrung älterer Ärzte nur den Privatpatienten zukommen? Wie hält man es mit den Politikern? Jedenfalls war die Aera des alten Adenauer ein Segen für die Deutschen.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Norbert Zylka, Chirurg,
Siegburg

Teure Arbeit

Endlich hat es einmal einer gesagt, einer, der etwas davon versteht: Graf Lambsdorff vor dem märkischen Arbeitgeberverband (WELT vom 23. März): Die Starrheit und die Höhe der Löhne sind der Hauptverursacher der Arbeitslosigkeit.

Zweieinhalb Millionen Deutsche bieten ihre Arbeitsleistungen an, aber keiner kann diese Arbeitsleistungen kaufen, weil sie – Tarifautonomie – zu teuer sind.

Nicht der anbietende Arbeiter darf (wie jeder sonstige Anbieter) den Preis seiner angebotenen Arbeitsleistung bestimmen, sondern Gewerkschaftsfunktionäre bestimmen das; und diese Preise sind zu hoch.

Nicht die Regierung, sondern die Gewerkschaften sind gefordert, mit einer der Leistungsfähigkeit des Marktes angepaßten Lohnpolitik die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Dr. G. Boehm,
Hamburg 76

Stadt Memel

„Kohl befürwortet ‚Russenfähre'": WELT vom 19. März

Sehr geehrte Herren,

ich bin überrascht über Ihre Entdeckung der „sowjetischen Sprache".

Klaipeda ist der Name dieses Hafens in litauischer Sprache. Litauisch gehört zum baltischen Sprachstamm, also nicht zum „sowjetischen".

Litauen ist, genau wie andere baltische Staaten, mit Herrn Hitlers gütiger Erlaubnis von Herrn Stalin besetzt worden.

Da in der Sowjetunion das herrschende Volk, die Russen, zu bequem ist, alle Städte, Orte usw. ins Russische umzubenennen, bedient es sich, im Gegensatz zu den Deutschen, der Bezeichnungen in den Sprachen der unterjochten Völker.

Hochachtungsvoll
J. Leititis,
Mönchengladbach 1

*

Leser Leititis hat vergessen, den ursprünglichen Namen von Klaipeda zu erwähnen: Memel. Die Redaktion.

Personalien

GEBURTSTAGE

Bundeskanzler **Helmut Kohl** und Bundesaußenminister **Hans-Dietrich Genscher** haben am Dienstag **Jean Sauvagnargues**, dem früheren französischen Außenminister und ehemaligen Botschafter in Bonn zum 70. Geburtstag gratuliert. Der Kanzler würdigte in seinem Schreiben, daß sich Sauvagnargues stets für eine enge Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt hat. „Deutschland fühlt sich Ihnen deswegen immer verbunden".

Sauvagnargues war von 1970 bis 1974 Botschafter in Bonn. Damals gehörte er zu den drei westlichen Diplomaten, die an der Ausarbeitung des Berlin-Abkommens der vier Großmächte beteiligt waren. Zu der großen Leistung von Sauvagnargues gehörte damals, penibel darauf zu achten, die Vorrechte der Alliierten als Garanten des Berlin-Status zu sichern.

Jean Sauvagnargues, in Paris als Sohn eines Lehrers geboren, hatte zunächst Germanistik studiert. Studienjahre führten ihn 1938 auch nach Berlin. Im französischen Außenministerium übernahm der Diplomat nach dem Zweiten Weltkrieg als Chef den politischen Dienst im Kommissariat für deutsche Angelegenheiten und erwarb sich in dieser Tätigkeit bis 1949 eine intime Kenntnis der deutschen Nachkriegsprobleme.

Auch in den Jahren danach bis 1954 als Subdirektor der Abteilung Zentraleuropa war er weiterhin eng mit den Problemen Deutschlands verbunden. 1956 übernahm er im Auftrage seiner Regierung die Leitung der Verhandlungen über die Zukunft des Saarlandes. Der frühere Präsident Giscard d'Estaing berief Jean Sauvagnargues 1974 zum neuen französischen Außenminister. Sauvagnargues lebt heute in Paris.

*

Bundeskanzler **Helmut Kohl** gehörte gestern auch zu den vielen Gratulanten, die Quizmaster **Hans Rosenthal** zum 60. Geburtstag ihre Glückwünsche aussprachen. In einer Glückwunsch-Adresse würdigt Kohl, daß Hans Rosenthal, obwohl er als Jude in der nationalsozialistischen Zeit besondere Verfolgung erlitten hat, nach dem Krieg am Wiederaufbau der Republik in seiner Weise mitarbeitete. Rosenthal hat „ja gesagt zum neuen Deutschland". Zu danken sei ihm „für seine Leistung als Journalist, für eine große Leistung als deutscher Jude und für sein besonderes Engagement für Berlin".

ERNENNUNGEN

Kapitän zur See **Klaus Schwabe** hat gestern im britischen Marinestützpunkt Portsmouth das Kommando über den NATO-Verband „Stanavforlant" an den britischen Commodore **A.B. Richardson** übergeben. Schwabe war der erste deutsche Seeoffizier, der seit Bestehen des aus Zerstörern und Fregatten zusammengestellten multinationalen Verbandes dessen Kommando führte. Schiffe aus Kanada, der Bundesrepublik Deutschland, den Niederlanden, Großbritanniens und den USA sind jeweils für ein halbes Jahr in der „Stanavforlant" beisammen und absolvieren in nordatlantischen Gewässern zwischen dem Golf von Mexiko und der Norwegensee ihre Trainingsprogramme. An der Zeremonie des Kommandowechsels in Portsmouth nahmen der britische Staatsminister für die Streitkräfte **John Stanley**, der US-Admiral **Wesley L. McDonald**, unter dessen Kommando der NATO-Schiffsverband opereriert, sowie der Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, der niederländische General **C. de Jager** teil.

*

Günter Döding, erster Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-, Genuß-, Gaststätten, wurde in Genf zum Präsidenten der Internationalen Union der Lebens- und Genußmittelarbeiter-Gewerkschaften wiedergewählt. Die Präsidentschaft hatte Döding 1981 zum ersten Mal übernommen. Der internationalen Union gehören weltweit 212 Verbände mit mehr als zwei Millionen Mitgliedern an. Döding ist auch Vizepräsident des Europäischen Ausschußes der Lebens-, Genußmittel- und Gastgewerbe-Gewerkschaften.

JUBILÄUM

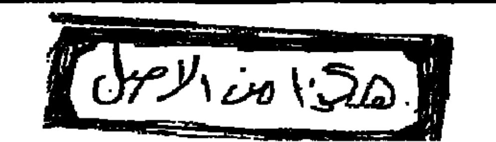
Ein nicht so häufig vorkommendes Dienstjubiläum feierte Direktor **Wilhelm Klein**, Leiter der Filiale der Deutschen Bank in Bad Godesberg. Wilhelm Klein gehört dieser Bank jetzt 50 Jahre an. In Satzvey Kreis Euskirchen geboren, war Klein im April 1935 in die Godesberger Bankfiliale eingetreten. Nach Krieg und Kriegsgefangenschaft nahm er dort im Oktober 1945 seine Tätigkeit wieder auf. 1955 erhielt er in der Bank Handlungsvollmacht, 1962 Prokura, 1979 wurde er Direktor.

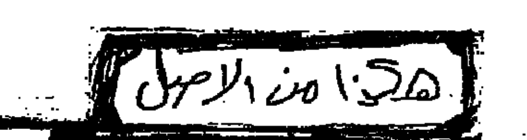
Grüß Gott, Salzburg.

Neu. Seit 30. März fliegt Lufthansa von Frankfurt nach Salzburg. Täglich außer Samstag mit Boeing 737.

Lufthansa

Buchung und Beratung in Ihrem Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.





SPORT-NACHRICHTEN

Sieg und Niederlage

Göteborg (sid) – Sieg und Niederlage gab es für die deutschen Mannschaften bei den Tischtennis-Weltmeisterschaften in Göteborg zum Abschluß der Mannschafts-Wettbewerbe. Die Männer, die mit einem 5:4-Sieg über die UdSSR den Aufstieg in die A-Klasse erreicht hatten, belegten nach einem 5:4-Erfolg über Taiwan Platz 17. Die Damen, die erstklassig blieben (3:2 über Jugoslawien) kamen nach einer 1:3-Niederlage gegen Hongkong auf Platz 14.

Inter Mailand zahlt

Mailand (sid) – Inter Mailand erhebt keinen Einspruch gegen die Rekordstrafe in Höhe von umgerechnet 220 000 Mark, die die Europäische Fußball-Verband ausgesprochen hat. Die Mailänder wurden bestraft, weil in ihrem Stadion während der UEFA-Cup-Spiele zum wiederholten Mal Rauchbomben geworfen wurden.

Nur ein Boxsieg

Usti (sid) – Vier Amateurboxer aus der Bundesrepublik sind beim Turnier in Usti (CSSR) bereits in der ersten Runde ausgeschieden. Einziger Sieger war der Berliner Michael Gusnik über den Polen Mielewczyk. Es verloren: Roegels gegen den Kubaner Rodrguez (Abbruch), Tencer gegen den Kubaner Torriente (0:5), Borczuch gegen den Nordkoreaner Con Ki Tok (K.o. erste Runde) und Junger gegen Kondratkow aus der „DDR" (0:5).

Heidi Wiesler vorne

Villars (dpa) – Heidi Wiesler aus Staufen gewann gemeinsam mit der Schweizerin Beatrice Gafner den FIS-Slalom in Villars (Schweiz). Beide erreichten nach zwei Läufen 1:22,91 Minuten.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Monte Carlo, zweite Runde: Westphal (Deutschland) – Wilkison (USA) 6:1, 7:6. – Grand Prix in Marakesch, erste Runde: Elter (Deutschland) – Boileau (Belgien) 6:2, 6:4.

VOLLEYBALL

Spring-Cup, Männer, Gruppe A: Israel – Luxemburg 3:0, Gruppe B: Deutschland – Spanien 3:1, Finnland – England 3:0.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: unbesetzt, 2: 300 062,40, 3: 14 466,40, 4:181,60, 5: 11,50. – **Toto,** Elferwette: 1: 8415,90, 2: 332,30, 3: 33,80. – 6 aus 45: 1: unbesetzt, Jackpot 1 428 340,40, 2: unbesetzt, Jackpot 89 368,20, 3: 4964,90, 4: 113,40, 5: 8,70. – **Rennquintett,** Rennen A: 1: 842,70, 2: 204,10. – Rennen B: 1: 98,90, 2: 58,10. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot 493 318,00. (ohne Gewähr)

EISHOCKEY / Knappe Niederlage gegen Schweden

Junge Spieler keß und mutig

sid/dpa, Frankfurt

Eishockey-Bundestrainer Xaver Unsinn spricht vom „schwierigsten Turnier meiner Laufbahn" und meint die Weltmeisterschaft in Prag vom 17. April bis 3. Mai. Doch wenn seine Mannschaft hält, was das erste Vorbereitungsspiel versprach, braucht niemandem bange zu sein. Das deutsche Team unterlag in Frankfurt Schweden lediglich mit 4:5 (0:1, 1:0, 3:4). Schweden, zum ersten Mal seit 15 Jahren zu Freundschaftsspielen in Deutschland, weil die Begegnungen beider Nationalmannschaften sehr oft zu Rüpelein und Ausschreitungen führten, war bei der letzten Weltmeisterschaft immerhin Vierter.

Die positiven Aspekte in der dezimierten deutschen Mannschaft (es fehlen die verletzten Stammspieler Meitinger, Truntschka, Schiller, Steiger) überwogen. Der Kölner Helmut de Raaf erwies sich im Tor als glänzender Vertreter für Karl Friesen, der für das zweite Spiel (heute in Berlin) geschont wurde. Keine Scheu vor großen Namen hatte der junge Rosenheimer Sturm mit Manfred Ahne (23), Markus Berwanger (21) und Axel Kammerer (20). Sie spielten ebenso keß und unbekümmert auf wie der 20 Jahre alte Georg Franz an der Seite seiner erfahrenen Klubkollegen Ernst Höfner und Franz Reindl. Unsinns Idee, Blöcke mit eingespielten Vereinsformationen zu bilden, erwies sich als sinnvoll. Schwächen, vor allem läuferische, waren allerdings bei den meisten Abwehrspielern zu beobachten.

„Auch die Schweden sind zu besiegen", sagte Udo Kießling. Eine Einschätzung deutscher Nationalspieler, die nicht neu ist. In 54 Länderspielen gelangen aber nur vier Siege über die Skandinavier. Allerdings zeigen die letzten Ergebnisse, daß das deutsche Eishockey offensichtlich aufgeholt hat: 2:4 im Canada-Cup, 1:2 im Istwestija-Pokal, 1:1 bei den Olympischen Spielen in Sarajewo und jetzt das 4:5. Kaufbeurens Verteidiger Dieter Medicus sucht die Gründe für diese knappen Ergebnisse im psychologischen Bereich: „Im Unterbewußtsein erstarren wir immer noch ein wenig in Ehrfurcht, und deshalb schießen die Schweden ein Tor mehr."

FUSSBALL / Heute kompletter Spieltag der Bundesliga. Gerät der HSV immer tiefer in die Krise?

Manager Günter Netzer: „Keine Frage, einige Spieler sind einfach zu selbstzufrieden geworden"

BERND WEBER, Bonn

Der 26. Spieltag der Fußball-Bundesliga bringt heute wichtige Vorentscheidungen im Kampf um die Meisterschaft und gegen den Abstieg. Bayern München und Werder Bremen, die an der Spitze der Tabelle liegen, stehen vor schweren Auswärtsspielen. Ein Schlüsselspiel für die Situation am Tabellenende ist die Begegnung Karlsruhe gegen Dortmund. Außerdem spielen: Hamburg – Bremen, Frankfurt – München, Mannheim – Stuttgart, Leverkusen – Kaiserslautern, Mönchengladbach – Bielefeld, Bochum – Braunschweig, Schalke – Uerdingen, Düsseldorf – Köln. Bayern München konnte in Frankfurt seit 15 Jahren nicht mehr gewinnen. Und Bremen ist seit seinem Wiederaufstieg in Hamburg ohne Sieg (0:5, 1:1, 0:4). Kann der Hamburger SV gegen die Spitzenmannschaft einen Weg aus seiner Krise finden. Die WELT sprach mit Manager Günter Netzer.

WELT: Der „Kicker" zitiert Sie nach dem 1:4 in Bielefeld so: „Was wir hier geboten haben, ist fast schon vereinsschädigendes Verhalten". Mit anderen Worten: Beim HSV hängt der Haussegen schief ...

Netzer: Diese Folgerung ist absoluter Quatsch, weil der Ansatz nicht stimmt. Von vereinsschädigendem Verhalten habe ich nicht gesprochen.

WELT: Daß Ihre Mannschaft in dieser Saison nicht so recht aus der Krise heraus kommt, werden Sie aber wohl kaum bestreiten können.

Netzer: Richtig daran ist, daß wir leistungsmäßig nicht an die vergangenen sechs Jahre anknüpfen können, in denen wir die erfolgreichste Mannschaft waren, in denen wir dreimal deutscher Meister und einmal Europapokalsieger wurden.

WELT: Ist der HSV eine sterbende Mannschaft?

Netzer: Ja, ja, das Schwarzmalen ist vieler Leute Hobby. Ich definiere unsere derzeitige Situation so: Die Mannschaft steht vor einem dringend notwendigen Umbruch und der ist wohl, dieser Schluß ist berechtigt, ohne Einbrüche nicht zu vollziehen.

WELT: Sind Sie enttäuscht über die bisherige Saisonausbeute?

Netzer: Ich bin viel zu lange im Fußballgeschäft, um mich über mögliche Enttäuschungen auszuweinen. Außerdem bin ich derzeit viel zu beschäftigt, um mich mit solchen Fragen aufzuhalten. Wir basteln an einem neuen HSV, dem wir seine alte Attraktivität verschaffen wollen.

WELT: Gleichwohl, Zukunftsplanung ist ja ohne Vergangenheitsbewältigung kaum möglich – haben Sie Fehler gemacht?

Netzer: Wir haben vielleicht den richtigen Zeitpunkt für einen Strukturwandel verpaßt. Ich selbst habe die Gefahr eines Leistungseinbruchs nach so großen Erfolgen unterschätzt. Keine Frage, einige Spieler sind im Laufe der Jahre einfach zu selbstzufrieden geworden. Ich hatte geglaubt, dies sei zu verhindern. Aber da habe ich mich wohl getäuscht.

WELT: Im Klartext, sind speziell die alten Leistungsträger Felix Magath, Dietmar Jakobs und Manfred Kaltz zu einer Belastung geworden?

Netzer: Magath und Jakobs auf gar keinen Fall, sie sind engagiert wie immer. Daß Kaltz Sorgen gemacht hat, kann ich nicht abstreiten.

WELT: Kaltz hat aber einen Vertrag bis 1987. Haben Sie sich da über den Tisch ziehen lassen?

Netzer: Ich hatte darauf gesetzt, daß er seinen Standard halten kann. Wie gesagt, es scheint ein allzu menschliches Problem zu sein, daß man nach einer langen Erfolgsphase in gewisser Weise abschlafft. Das habe ich dazulernen müssen.

WELT: Sie haben von Selbstzufriedenheit gesprochen, trifft das auch für Sie zu?

Netzer: Ich bin motiviert bis in die Haarspitzen. Jedermann weiß, daß ich den HSV nach der nächsten Saison verlassen werde. Und bis dahin will ich mithelfen eine Mannschaft aufzubauen, die wieder hohen Ansprüchen gerecht werden kann.

WELT: Sind dazu überhaupt die finanziellen Mittel vorhanden? Es muß Ihnen doch große Sorgen machen, daß der kalkulierte Zuschauerschnitt von 27 000 bisher bei weitem nicht erreicht wurde. Er liegt derzeit bei etwa 19 000.

Netzer: Wir müssen davon ausgehen, daß nach dieser Saison die Ausgaben zum erstenmal nach langer Zeit wieder höher sein werden als die Einnahmen. Andererseits müssen wir, um uns zu verstärken, investieren. Das heißt, der Verein wird auf Risiko spielen. Ich betone Risiko – und nicht Vabanque.

WELT: Den Offenbacher Balzis haben Sie fest verpflichtet. Er aber ist ein eher unbekannter Mann. Dazu haben sie den Frankfurter Thomas Kroth einigermaßen sicher an der Angel – reicht das aus?

Netzer: Unsere Planungen sind noch nicht abgeschlossen. Wer kommt, wer geht, das alles wird noch einige Zeit in Fluß bleiben.

WELT: Sie haben immer betont, Ihr Trainer Ernst Happel sei der beste Einkauf, den Sie je getätigt hätten. Daß er Großes geleistet hat, steht außer Frage. Aber ist er nicht auch ein wenig müder geworden?

Netzer: Darüber laß ich überhaupt nicht mit mir verhandeln. Happel ist ein Supermann. Der leistet mehr als hundertprozentige Arbeit und ist in jeder Beziehung unangreifbar.

WELT: Würde das auch für den jetzt keineswegs mehr ganz unausgeschlossenen Fall zutreffen, daß der HSV sich nicht für einen UEFA-Cup-Platz qualifizieren könnte?

Netzer: Diese Qualifikation ist das Muß. Wir werden sie schaffen.

WELT: Ein Sieg heute gegen Werder Bremen wäre dann wohl auch Pflicht. Aber wie soll das gehen ohne Uli Stein, ohne Michael Schröder?

Netzer: Ich setze darauf, daß sich alle in der Mannschaft am Namen des Gegners motivieren.

VFB STUTTGART

Jugoslawe Baric Nachfolger von Helmut Benthaus

sid/dpa, Stuttgart

Als Nachfolger für Helmut Benthaus, der zum FC Basel heimkehrt, verpflichtete der deutsche Fußball-Meister VfB Stuttgart den Jugoslawen Otto Baric, der noch mit großem Erfolg beim österreichischen Pokalsieger Rapid Wien tätig ist. Otto Baric wird heute in Stuttgart zur Vertragsunterzeichnung und offiziellen Vorstellung erwartet.

Der 51jährige Baric hat in den siebziger Jahren Wacker Innsbruck zweimal zum Titel geführt, dann LASK Linz trainiert und Sturm Graz innerhalb eines halben Jahres vom letzten auf den dritten Tabellenplatz gebracht. Schließlich ist er in den letzten drei Jahren mit Rapid Wien zweimal Pokalsieger und einmal Meister geworden. Baric hat Rapid Wien auch zum Höhepunkt der Vereinsgeschichte geführt – in das Halbfinale des Europapokal-Wettbewerbs der Pokalsieger, in dem Dynamo Moskau der Gegner ist. Viermal wurde Baric mit dem „Oscar" für den besten Trainer des Landes ausgezeichnet.

„Herr Baric ist ein interessanter Mann und hat einen guten Eindruck hinterlassen", hatte Schäfer vor Wochenfrist nach dem ersten Gespräch mit Baric gesagt. Der Jugoslawe hatte das „Verständnis dieser seriösen Vorstandschaft" für den Fußball allgemein und die Lage des VfB Stuttgart im besonderen gelobt. Der frühere Spieler von Dinamo Zagreb, der die Lizenz des DFB besitzt, war auch in Deutschland tätig – 1968 und 1970 bei Opel Rüsselsheim und beim SV Wiesbaden.

STAND ● PUNKT / *Moderne Fünfkämpfer und ihre traurige Vergangenheit*

Kann Vergangenheit per Absolution bewältigt werden?

Die WELT erreichte folgender Brief: „Die unterzeichnenden Aktiven aus dem Bereich des Deutschen Verbandes für Modernen Fünfkampf haben erfahren, daß der Vorstand des Verbandes endgültig beschlossen hat, gegen die bei den Deutschen Meisterschaften 1984 in Ruhpolding des Dopings überführten Athleten keine Sanktionen zu verhängen. Als Begründung für die Unterlassung der im Regelwerk für Doping-Fälle vorgesehenen Maßnahmen gibt der Vorstand formalistische Gründe an. Von diesem Beschluß möchten sich die Aktiven eindeutig distanzieren, weil durch das positive Ergebnis der A- und B-Analyse des Institutes für Biochemie von Prof. Dr. M. Donike der Tatbestand des Dopings als erwiesen anzusehen ist. Wir hoffen, daß der Verband diesen Beschluß noch einmal überdenkt, seinen Beschluß revidiert und so eine Lösung im Interesse der Chancengleichheit und der Fairness findet. Dies ist um so mehr notwendig, als andernfalls das Vertrauen der Athleten in eine korrekte Verbandsführung untergraben wird."

Es folgen 27 Unterschriften, die Mathias Rummel, der Aktivensprecher des Verbandes (DVMF), so erklärt: „Die meisten Kaderathleten (Leistungsträger) des DVMF haben unterschrieben; d. h., eigentlich alle Athleten, außer den unmittelbar Betroffenen".

Der neue Präsident, der Darmstädter Klaus Schormann, will dem nicht folgen. Schormann zur WELT: „Zur Situation Ruhpolding: Wir geben dem alten Vorstand Absolution, nicht aber den Athleten – das wäre zweierlei Recht." Im übrigen habe das Bundesministerium des Innern die früheren Vorgänge bei den Fünfkämpfern sorgfältig untersucht, ebenso ein neutraler Rechtsanwalt. Fazit: „Absolution für alle. Wir haben vom Bundesinnenministerium die Sportförderungsfähigkeit und die Mittel erhalten" (Schormann).

Eine Situation, mit der sich offenbar die Athleten nicht abfinden wollen. Was hilft ihnen eine Absolution, wenn sie auf Schritt und Tritt von ihrer (Doping)Vergangenheit eingeholt werden, weil sie Gegenwart bleibt? Nehmen wir den Fall des Berliners Christian Sandow, des einstigen Stars der deutschen Nationalmannschaft: „Wenn sie ihn jetzt trokkenlegen, ist das sehr schwierig. Früher hat der Verbandsarzt mit ihm trainiert, jetzt der Trainer – das ist eine Umstellung. Er wird sich aber beim Schießen wieder stabilisieren", sagt Schormann. „Trockenlegen" – das ist wie Entziehungskur.

Oder: „Beim letzten internationalen Wettkampf in Paris waren die Jungens beim Schießen wieder voll. Nur die Deutschen nicht", berichtet Schormann. Er habe deshalb vor Ort den Franzosen Emile Jarrot, den Vizepräsidenten des internationalen Verbandes, gefragt, warum es keine Dopingkontrollen gebe. Jarrot habe ihm geantwortet: Erstens seien solche Kontrollen zu teuer, zweitens ließen sich damit die neuen Dopingmittel ohnehin nicht feststellen und drittens beschränke man sich bei Dopingkontrollen auf Weltmeisterschaften und Olympische Spiele.

Klaus Schormann will darüber dem Bundesausschuß für Leistungssport und dem Innenministerium berichten und auch darüber, daß die nichtgedopten Deutschen nur den siebten Platz belegt haben.

Was wird die Konsequenz daraus sein? Dopen für Deutschland, so, wie bereits gehabt? Das einem nichts widerfahren kann, weiß man ja. Die Sache geht schließlich zu den Akten – per Absolution. KLAUS BLUME

SED-Organ für „breite Koalition der Vernunft“

UR. Bonn

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ hat in einem Kommentar aus Anlaß des 40. Jahrestages der Beendigung des Zweiten Weltkrieges am 8. Mai 1945 erneut die Bedeutung der Genfer Abrüstungsverhandlungen unterstrichen. Die Aufnahme der Abrüstungsgespräche bedeute einen „hoffnungsvollen Schritt“ zur Begründung eines „großen Bündnisses aller Kräfte des Friedens“. Das historische Vorbild eines solchen Bündnisses sei die Anti-Hitler-Koalition gewesen. Die neue „Koalition der Vernunft“ sollte sich die Verhinderung eines Atomkrieges zum Ziel setzen“, fordert der ND-Kommentator.

Er greift damit in seiner Rhetorik den positiven Tenor der Berichterstattung über das Treffen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker am Rande der Beisetzung Konstantin Tschernenkos auf. Dort hatten sich die beiden Regierungschefs auf eine gemeinsame Erklärung geeinigt, nach der durch „die Wiederaufnahme des Rüstungskontrolldialogs zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eine neue Phase in den Ost-West-Beziehungen eingeleitet werden“ könne.

Es fällt auf, daß das ND in seinem jüngsten Kommentar erneut auf die sonst üblichen polemischen Töne gegen Washington und die NATO verzichtet.

Attentat auf Richter. Mafia?

F.M. Rom

Kaum fünf Tage nach der Ermordung des Gewerkschaftsberaters Ezio Tarantelli durch die Roten Brigaden hat ein neues schweres Attentat die italienische Öffentlichkeit erschüttert. Im sizilianischen Trapani wurde ein Sprengstoffanschlag auf den landesweit bekannten Richter Carlo Palermo verübt. Der Richter selbst wurde bei dem Attentat, das deutlich die Merkmale einer Mafia-Aktion trägt, zwar nur leicht am Bein verletzt, drei Passanten fanden jedoch den Tod und vier Polizisten der richterlichen Eskorte erlitten schwere Verletzungen. Palermo hatte sich in den vergangenen fünf Jahren als Untersuchungsrichter im norditalienischen Trient einen Namen gemacht, indem er die unterirdischen Verbindungen zwischen der Mafia und dem internationalen Waffen-Drogen-Handel aufdeckte.

Im Verlauf seiner Untersuchungen war der Richter auch auf Indizien gestoßen, die Kontakte der illegalen Waffenhändler zur Industrie, zur Geheimloge P 2 und sogar zur Politik vermuten ließen.

In Rom und Palermo sieht man in dem Attentat nicht nur eine Antwort der Mafia auf die Verhaftung des Staatsanwalts Costa – ihm wird die Zusammenarbeit mit der Mafia vorgeworfen – durch einen zu keinerlei Kompromiß bereiten Ankläger, sondern auch den Versuch, einen Mann für immer zum Schweigen zu bringen, der allzuviel über die internationalen Mafia-Verbindungen weiß und immer wieder auf Spuren stieß, die in Richtung der sizilianischen Mafia-Zentrale weisen.

Kirche hält Pastoren „Verführung“ vor

● Fortsetzung von Seite 1

verschickt. Die Bischöfe Karlheinz Stoll, Ulrich Wilckens und Peter Krusche hatten dies Papier scharf zurückgewiesen. Erst vor zwei Wochen warnten sie in einem Fastenbrief zu Ostern vor einer Aushöhlung des Rechtsstaates durch Aktionen zivilen Ungehorsams. Der neue Aufruf zur Wehrdienstverweigerung ist – mit drei Ausnahmen – von einer anderen Pastoren-Gruppe als im November unterzeichnet worden. Auch bei den Verfassern des berüchtigten „Luther-Schwanks“ handelte es sich wieder um eine andere Gruppierung.

Die als Verfasser des „Luther-Schwanks“ angeklagten fünf Theologen waren übrigens mit außerordentlich milden Urteilen davongekommen: Die Amtszuchtkammer Kiel verhängte lediglich zweimal einen Verweis und dreimal eine Verwarnung. Die Kirchenleitung prüft gegenwärtig noch, ob sie Berufung einlegen soll.

Während die Kritiker der Polarisierungsbestrebungen und Staatshetze vieler Pastoren nach einer ergebnislosen Aussprache mit den drei Bischöfen Ende April einen neuen Anlauf zu einem Konsens mit der Kirchenleitung unternehmen wollen, sind die nächsten Spannungen vorprogrammiert: Das Frauenwerk der Nordelbischen Kirche will vom 25. bis 28. April in Büsum eine „Norddeutsche Werkstatt“ über „Feministische Theologie“ veranstalten, bei der Christen, die dieser Interpretation der Verkündigung kritisch gegenüberstehen, der Zugang von vornherein verwehrt wird. Abgewehrt wurde inzwischen durch die örtliche Gemeinde und den zuständigen Propst ein „Abendmahl-Gottesdienst“ am Karfreitag in Kellinghusen bei Itzehoe.

Wörner optimistisch aus den USA zurück

Weinberger nennt Diskussion um Ultimatum „lächerlich“

F. WIRTH, Washington

Verteidigungsminister Manfred Wörner glaubt nicht, daß der amerikanische Senator Nunn aus Georgia in diesem Jahr wieder einen Antrag im Senat einbringen wird, der amerikanische Truppenreduzierungen aus Europa androht, wenn die europäischen Regierungen nicht ihre eigenen Verteidigungsleistungen erhöhen. „Ich bin in meinen Gesprächen mit amerikanischen Senatoren auf ein deutlich gewachsenes Verständnis über die deutschen Verteidigungsleistungen gestoßen. Man hat sich befriedigt gezeigt über das, was wir bisher auf diesem Gebiet getan haben und noch planen, so daß ich glaube, daß ein neuer Nunn-Antrag im Senat wenig Chancen hätte“, erklärte Wörner. Im übrigen habe Nunn selbst sich von den deutschen Planungen beeindruckt gezeigt.

Wörner schloß jedoch nicht aus, daß Nunn zu einem späteren Zeitpunkt seine Kritik und seine Initiative mit einem neuen Amendment wiederholt. Er habe zu verstehen gegeben, daß er sich in dieser Hinsicht alle Optionen offenhalten werde.

Wörner führte in Washington Gespräche mit Vizepräsident George Bush, Verteidigungsminister Weinberger und dem Direktor des SDI-Programms, Generalleutnant James Abrahamson. Die Genfer Abrüstungsgespräche und die Strategische Verteidigungsinitiative der Reagan-Administration waren die Hauptthemen seiner Gespräche.

Wörner hatte sich in Washington mit Äußerungen von Staatsminister Möllemann auseinanderzusetzen, wonach er sich enger an die SDI-Position der USA anlehne als der Bundeskanzler und Außenminister Genscher. Wörner weigerte sich, in Washington darüber öffentlich zu sprechen. Der Ärger in seiner Umgebung war jedoch unüberhörbar.

Wörner selbst nannte als Voraussetzung für eine deutsche Teilnahme am SDI-Programm eine faire Partnerschaft mit den USA und einen intensiven Informationsaustausch nicht nur im technologischen, sondern auch im strategisch-politischen Bereich. Er erklärte, daß zusätzliche Informationen erforderlich seien, bevor deutsche Unternehmen entscheiden könnten, was sie zum SDI-Forschungsprogramm beitragen könnten.

Die Bedeutung der von Verteidigungsminister Weinberger kürzlich gesetzten Frist von 60 Tagen für eine Teilnahme-Entscheidung spielte Wörner herunter. Weinberger hatte seinem Bonner Amtskollegen versichert, daß Washington den Verbündeten im Zusammenhang mit SDI keinerlei Ultimatum gestellt habe und „zu jeder Zeit jeden Vorschlag“ zur Mitarbeit prüfen werde.

Das Gespräch Wörners mit Vizepräsident Bush konzentrierte sich im wesentlichen auf die Genfer Abrüstungsverhandlungen. „Ich habe den Eindruck gewonnen, daß die USA die Genfer Gespräche sehr ernst nehmen und daß auch die Sowjets diese Verhandlungen nicht nur als eine Propagandaschlacht verstehen“, erklärte Wörner. Das vorrangige Ziel der USA in Genf seien einschneidende Reduzierungen der offensiven Nuklearwaffen. Wörner zeigte sich beeindruckt von der Flexibilität der amerikanischen Verhandlungsposition. Sie unterstreiche die Entschlossenheit der Reagan-Administration, in Genf einen Erfolg anzustreben.

Pentagon-Bericht spricht von vier Phasen bei SDI

■ Fortsetzung von Seite 1

durch neue, in Silos stationierte Typen mit der Fähigkeit zu extremer Beschleunigung ersetzt.

Auch über die Zukunft eines möglichen Raketenabwehrsystems im Weltraum (SDI) gibt die Studie Auskunft. Sie spricht erstmals von vier Zeitphasen auf dem Weg bis zu einer möglichen Indienststellung. Ohne nähere Erläuterungen heißt es in dem Pentagon-Bericht, daß sich die USA und die Sowjetunion schließlich in der dritten Phase treffen würden. Die einzelnen Phasen werden so beschrieben:

– Die „Forschungsphase“ begann mit der Rede von US-Präsident Reagan am 23. März 1983. Sie endet in den frühen neunziger Jahren, wenn der dann amtierende Präsident und der Kongreß entscheiden, in die Entwicklungsphase einzutreten.

– Die „Entwicklungsphase“ soll dann mit dem Entwurf, dem Bau und den Tests von Prototypen von SDI-Komponenten folgen.

– Die „Übergangsphase“ würde sich mit der langsam ansteigenden, teilweisen Stationierung von Defensivsystemen anschließen. Nach Meinung des Pentagon würde mit jeder weiteren Komponente – noch in Verbindung mit wirksamen Angriffswaffen – die Abschreckung verbessert und das Risiko eines Nuklearkrieges verringert. In dieser Phase, in der sowohl die USA als auch die Sowjetunion solche Systeme installieren würden, könnten einschneidende Reduzierungen von Angriffsraketen ausgehandelt und verwirklicht werden.

– In der „Endphase“ schließlich würde das SDI-Verteidigungssystem vollständig stationiert werden und die Zahl der Angriffsraketen ein Minimum erreichen.

Paris legt den Akzent auf Abschreckung

Hernu unterstreicht die Unabhängigkeit Frankreichs

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreich hat auf der „Ile Longue“, der Basis der strategischen Seestreitkräfte in der Bucht von Brest, in aller Stille sein sechstes Atom-U-Boot in Dienst gestellt. Es heißt „L'Inflexible“ (der Unbeugsame) und verdoppelt Frankreichs Atomschlagkapazität. Denn in seinem „Bauch“ trägt es 16 Raketen des neuen Typs „M 4“, die mehr als 4000 Kilometer weit fliegen und tiefer in feindliche Abwehrsysteme eindringen können als der Vorgänger „M 20“, mit dem die fünf ersten U-Boote ausgerüstet waren. Die neuen Raketen tragen sechs Sprengköpfe im 100-Kilo-Tonnen-Bereich, die sechs Ziele auf einmal ansteuern können. Von jetzt an werden vier statt drei solcher Boote jeweils hundert Tage lang „Patrouille fahren“. Die älteren Typen sollen nach und nach auf die „M 4“ umgerüstet werden. Die Umrüstung ist nicht nur ein qualitativer Sprung von beachtlicher Bedeutung für Frankreichs Position als Atommacht. Es ist die Antwort, die Paris auf die atlantische Debatte um Präsident Reagans strategische Verteidigungsinitiative gibt. Sie lautet: Solange es keine konkreten Defensivsysteme im Weltraum gibt, muß die „Abschreckung“ durch Offensivwaffen erhalten bleiben.

Verteidigungsminister Hernu hat diese Antwort seinem amerikanischen Kollegen Caspar Weinberger übermittelt, als dieser vorige Woche auf dem Rückweg von Luxemburg in Paris Station machte, um die Einladung zum Eintritt in den SDI-Club abzugeben. Hernu machte deutlich, nachdem er seinem amerikanischen Kollegen auf dem Hochplateau von Albion die dort verbunkerten französischen Raketen gezeigt hatte, daß Paris seine seit 1960 gültige Abschreckungsdoktrin trotz der amerikanischen Weltraumpläne bis auf weiteres aufrechterhalten will. Zwischen Abschreckung durch Offensivwaffen und Friedensbewahrung durch Defensivwaffen darf keine Lücke entstehen, denn diese wäre tödlich für den Frieden, sagte Hernu. Er hat Weinberger damit auch auf die am wenigsten bekannte Funktion der „Force de Frappe“ hingewiesen: die Amerikaner im Falle eines Angriffs auf Westeuropa am atomaren Portepee zu fassen. Denn der Verdacht, daß sich die USA mit ihrer neuen Weltraumstrategie aus der atomaren Verkoppelung mit Europa lösen könnten, ist trotz gegenteiliger amerikanischer Beteuerung nicht ganz aus französischen Überlegungen geschwunden.

Das also war Hernus vielleicht nicht ganz feine Art, auf die Einladung in den SDI-Club zu antworten. Der Franzose tat es mit umso größerer Genugtuung, als er seit Tagen einem merkwürdigen Veitstanz des wichtigsten europäischen Partners beiwohnt. In Paris hat man nicht ohne Kopfschütteln vermerkt, daß die Bundesregierung offenbar noch keine klare Einstellung zum SDI-Problem finden kann. Dabei sollte die europäische Haltung dazu nach Ansicht der Franzosen sonnenklar sein.

Daß Frankreich auch in Zukunft eigene Wege gehen wolle, machte Hernu deutlich, als er darauf hinwies, daß Paris sich auch schon geweigert hatte, mit den Amerikanern beim Bau der Raumfähre zusammenzuarbeiten und sich statt dessen für ein eigenes europäisches Programm entschieden hatte.

Kairo: Libysche Verschwörung aufgedeckt

AP/DW. Kairo

Der ägyptische Geheimdienst hat nach Angaben der Kairoer Nachrichtenagentur Mena eine von Libyen gesteuerte Verschwörung aufgedeckt und eine nicht genannte Anzahl der Beteiligten festgenommen. Wie die Agentur unter Berufung auf einen hohen Regierungsbeamten schrieb, standen die Verschwörer vom libyschen Geheimdienst „unter der persönlichen Leitung“ des libyschen Staatschefs Muammar el-Khadhafi. Sie hätten versucht, „Jugendliche und andere Ägypter“ zu rekrutieren, damit sie in Ägypten terroristische Anschläge verüben. Libysche Agenten in nicht näher bezeichneten europäischen Ländern hätten die Angeworbenen im Gebrauch von Feuerwaffen und Sprengstoffen ausbilden sollen. Das Organ der in Ägypten regierenden Nationaldemokratischen Partei, die Wochenschrift „Mayo“, schrieb in ihrer Montagsausgabe, sechs Personen seien in Ägypten festgenommen worden, weil sie Aufruhr geplant hätten.

Von zuverlässiger Seite in Kairo hieß es, es sei bereits bekannt gewesen, daß der libysche Geheimdienst mit Hilfe fanatischer ägyptischer und sudanesischer Regimefeinde „Selbstmordattentate“ auf Ägyptens Staatschef Mubarak sowie seinen sudanesischen Amtskollegen Numeri plane. Parallel dazu sollten Anschläge auf lebenswichtige Einrichtungen in den beiden als prowestlich geltenden Nilländern unternommen werden.

Eine Gruppe von Verschwörern soll, wie es weiter hieß, zur Zeit in von der Außenwelt abgeschirmten Kasernen in Libyen sowie einem Guerrilla-Lager in Libanon ausgebildet werden. Das Camp in Libanon befinde sich im von syrischen Truppen kontrollierten Gebiet um die Stadt Baalbek. Auch der syrische Nachrichtendienst habe bereits Kenntnis vom Trainingsprogramm für die radikalen Ägypter und Sudanesen.

Ergänzend zu diesem Ausbildungsprogramm und zu seiner Unterstützung der südsudanesischen Rebellengruppen versuche Libyens Staatschef Khadhafi seit Monaten, mit finanziellen Versprechungen Sudans Präsidenten Numeri zu einem Bruch mit Ägypten zu bewegen. Geheimgespräche zwischen Vertretern beider Regierungen fanden zuletzt Anfang Februar in Paris statt. Beobachter glauben jedoch nicht, daß eine Einigung zwischen dem Regime Khadhafis und dem vorsichtig lavierenden Numeri möglich ist.

„Disziplinlosigkeit in Roter Armee“

AFP, Moskau

Die „Nachsicht“ gewisser Offiziere der Roten Armee gegenüber „Disziplinlosigkeit und Verantwortungslosigkeit“ in den Rängen ihrer Untergebenen hat gestern ein Leitartikel des sowjetischen Armeeorgans „Roter Stern“ gerügt. Dabei ging die Tageszeitung besonders auf den Fall eines in der „DDR“ stationierten Truppenteils ein. Militärübungen in jüngster Zeit hätten ein „niedriges methodisches Niveau“ und „Elemente einer Desorganisierung“ in dem von „Hauptmann Nikitin befehligten Batallion und mehreren Einheiten des motorisierten Infanterie-Regimentes der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland“ unter Beweis gestellt. Die Kritik an dem „niedrigen Niveau“ der Ausbildung der sowjetischen Truppen in der „DDR“ folgt nur zehn Tage auf die Erschießung des amerikanischen Verbindungsoffiziers, Major Arthur Nicholson, durch einen sowjetischen Wachposten in der „DDR“.

Strauß: Möllemann schuf Verwirrung

dpa, München

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat Bundeskanzler Kohl aufgefordert, aus dem Vorfall um den Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), Konsequenzen zu ziehen. Kohl müsse die „wachsenden Irritationen in den USA“ mit klaren Entscheidungen aus der Welt schaffen. Möllemanns Ausführungen in Dallas (Texas) über eine „abwartende Haltung der Bundesregierung“ zu dem amerikanischen SDI-Forschungsprogramm hatten zu Differenzen mit Verteidigungsminister Manfred Wörner geführt. Strauß erklärte, die europäischen Bundesgenossen und der amerikanische Bündnispartner müßten endlich wissen, woran sie seien. Möllemann habe zweifellos am falschen Ort und vor falschem Publikum das gesagt, was auch die Meinung seines Ministers Hans-Dietrich Genscher sei, der wiederum keine Zweifel an seiner Abneigung gegen das Projekt zulasse. Der Bürger aber wisse nicht mehr, woran er sei, „weil er jeden Tag eine andere Überschrift in den Zeitungen liest“. Mit dem „Verwirrspiel um die Beteiligung der Bundesrepublik“ an dem SDI-Programm müsse ein Ende gemacht werden.

Mittwoch, 3. April 1985
Nr. 79

WELT DER WIRTSCHAFT

Dollingers Projektionen

Mk. – Der Bundesverkehrswegeplan gehört nicht zu den Projektionen, die wieder in der Schublade verschwinden, wenn sie einmal aufgestellt sind. Zwar läßt sich nicht alles so realisieren, wie es zu Papier gebracht wird. Dafür lassen sich die Imponderabilien für die Zeit bis zur Jahrhundertwende gar nicht vorhersehen. Aber er ist eine Meßlatte für das, was im Verkehrsbereich in den nächsten Jahren in Angriff genommen werden soll. Und auf diesen Bereich entfallen immerhin rund die Hälfte aller Investitionen des Bundes.

Der Vorwurf, die Planung könne nicht objektiv sein, weil zum Beispiel sich der Beitrag einer neuen Straße zur Verkehrssicherheit nur schwer in Mark und Pfennig ausdrücken läßt, sollte nicht überbewertet werden. Ohne einheitliche Kriterien ließe sich keine Prioritätenliste aufstellen. Diese ist sicherlich auch politisch, was sich nicht nur an der stärkeren Berücksichtigung des Umweltschutzes zeigt, sondern auch an der Berücksichtigung regionalpolitischer Belange.

Die Auseinandersetzung über das, was Dollinger aufgelistet hat, beginnt jetzt erst. Die Interessenten werden sich melden und mehr fordern. Der Verkehrsminister will mit sich reden lassen. Allerdings hat er klargestellt, wenn ein Land andere Wünsche hat, dann muß es auf andere Projekte verzichten. Eine Änderung der Länderquoten wäre auch kaum durchsetzbar. Und noch etwas zeigt sich: Der Zuwachs der Investitionsmittel ist nicht so, daß davon Konjunkturimpulse ausgehen. Wichtiger ist aber auch hier ein hohes Maß an Stetigkeit.

Wer wird Wirt?

Bm. – Die Zeiten sind vorbei, da noch der Slogan galt, wonach jemand Wirt wird, wenn er sonst nichts werden kann. Der Dienstleistungsberuf Gastronom hat einen recht guten Klang bekommen. Da wundert es nicht, wenn die IHK Bochum mitteilt, daß sie 1984 insgesamt 618 angehende Gastwirte in Lebensmittelrecht und Hygiene unterrichtete und daß nur jene die Erlaubnis zur Führung eines gastronomischen Betriebes erhalten, die diese Kurse mit Erfolg absolviert haben. Die Kammern führen damit eine Arbeit fort, die seit langem bei den Brauereien als Nummer eins auf der Dringlichkeitsliste steht: Heranbildung von Wirten. Denn gute Wirte haben Seltenheitswert, und taugt der Wirt nicht, so läuft auch das Bier nicht. Da sei die Frage erlaubt, warum nicht alle Interessenten sich dieser Aufgabe annehmen, der Brauerbund, der Hotel- und Gaststättenverband und die Kammern. Die Antwort ist bekannt: Der elitäre Gaststättenverband mauert. Angesichts des Heeres von Arbeitslosen dürfte man erwarten, daß dieser Verband seinen Widerstand endlich aufgibt.

BUNDESVERKEHRSWEGEPLAN 1985 / Bayern hat schon positiv reagiert

Weniger Ausgaben für Straßenbau, mehr Investitionen für Schienennetz

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Steigende Investitionen in das Schienennetz, weniger Ausgaben für den Straßenbau – so sieht die Leitlinie der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans für die Jahre 1986 bis 1995 aus, verglichen mit der Dekade zuvor. Aus dem Vorschlag von Verkehrsminister Werner Dollinger ergibt sich ein wachsender Ersatzbedarf, was die Möglichkeiten für Neubaumaßnahmen einengt. Stärker als früher sollen die Belange des Umweltschutzes berücksichtigt werden. Bayern, das mehr Mittel für den Straßenbau erhält, hat bereits positiv reagiert.

Die Ausarbeitung „Bundesverkehrswegeplan 1985", den jetzt Dollinger den Ländern zur Abstimmung übersendet hat, enthält die wichtigsten Ergebnisse der nach bundeseinheitlichen Kriterien durchgeführten gesamtwirtschaftlichen, regionalpolitischen und ökologischen Projektbewertung. Der Bedarfsplan für den Ausbau der Bundesstraßen bis 1990, der in die Fortschreibung eingebettet ist, wird als Gesetz verabschiedet.

Das Anlagevermögen der Bundesverkehrswege beträgt rund 320 Milliarden Mark. Der „Modernitätsgrad" nimmt ab, weil die Substanzerhaltung immer mehr Mittel erfordert. Beliefen sich die Ersatzinvestitionen 1983 auf 4,5, so werden es 1990 bereits 6,2 Milliarden Mark sein. Für den Zeitraum 1986 bis 1995 summieren sich die Ersatzinvestitionen auf 61,9 Milliarden. Disponibel ist für die Zeit nach 1985 auch nicht der „Überhang", also die Vollendung bereits begonnener Vorhaben. Er beläuft sich insgesamt auf 33,1 Milliarden. Neue Vorhaben wurden aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse bewertet.

Auf der Grundlage der Finanzplanung bis 1988 und unter der Annahme eines von 1989 an konstanten Investitionsniveaus stehen für Verkehrsinvestitionen des Bundes zwischen 1986 und 1995 insgesamt 123,7 Milliarden zur Verfügung. In der Dekade zuvor waren es 116,1 Milliarden. Dabei steigen die Investitionszuschüsse des Bundes für das Schienennetz in den nächsten zehn Jahren von 27,9 auf 34 Milliarden Mark. Ihr Anteil an den Verkehrsinvestitionen des Bundes klettert weiter. Lag er zwischen 1976 und 1980 noch bei 21,4 und zwischen 1981 und 1985 bei 26,5 Prozent, so werden es in der nächsten Dekade 27,5 Prozent.

Für die Bundesfernstraßen sinken die Investitionsmittel im Vergleich der beiden Dekaden von 53,3 auf 48,6 Milliarden Mark. Ihr Anteil rutscht auf 39,2 Prozent gegenüber 48,9 Prozent 1976 bis 1980. Noch kräftiger fällt dabei der Rückgang bei der Modernisierung und dem Neubau von Autobahnen und von Bundesstraßen aus. Hierfür sind in den nächsten zehn Jahren noch 25,2 Milliarden vorgesehen, zehn Milliarden weniger als zwischen 1976 und 1985. Die Investitionen in die Wasserstraßen steigen von 6,7 auf 8,1 Milliarden Mark.

Selbst wenn nur solche Vorhaben in Angriff genommen werden, bei denen das Kosten-Nutzen-Verhältnis größer als drei ist, dann liegt der Bedarf erheblich über den Finanzierungsmöglichkeiten. Daher wurde für das Investitionsprogramm eine Unterscheidung vorgenommen. Der „Vordringliche Bedarf" besteht aus dem Überhang und neuen Vorhaben, wobei das Finanzvolumen bis 1995 und eine Planungsreserve von fünf Jahren berücksichtigt wurde. Dafür werden Linienfestlegung, Detailplanung, Planfeststellung und Bauvorbereitung weitergeführt oder eingeleitet. Unter die Rubrik „Planungen" fallen alle Maßnahmen nach dem Jahr 2000.

Der „Vordringliche Bedarf" für die Bahn summiert sich bei einem Preisstand von 1983 auf 29,9 Milliarden Mark, davon entfallen 16,6 Milliarden auf den Überhang und 13,3 auf neue Vorhaben. Bis Ende dieses Jahres sollen 7,3 Milliarden realisiert sein. 22,6 Milliarden bleiben für die Zeit danach. In die „Planungen" wurden 4,3 Milliarden aufgenommen.

Der „Vordringliche Bedarf" im Bundesfernstraßennetz wird mit 83,6 Milliarden angegeben. Davon belaufen sich der Überhang auf 65,2 und die neuen Maßnahmen auf 18,4 Milliarden. Der „Vordringliche Bedarf" für die Bundeswasserstraßen liegt bei 8,1 Milliarden.

KAUTSCHUKINDUSTRIE

Auf dem europäischen Markt herrscht harter Wettbewerb

INGE ADHAM, Frankfurt

Rund die Hälfte der Produkte, die die deutsche Kautschukindustrie heute anbietet, gab es vor vier Jahren noch gar nicht. Diese Innovationskraft der – sieht man von den großen Reifenherstellern ab – überwiegend mittelständisch strukturierten Branche mit rund 79 000 Beschäftigten trägt Früchte. Denn trotz der Verluste durch den Metallerstreik im vergangenen Jahr steigerte die Branche ihren Umsatz 1984 um 2,5 Prozent auf knapp 11,4 Milliarden Mark, davon entfallen gut sechs Milliarden auf Reifen (plus 2,2 Prozent) und 5,4 Milliarden (plus 2,8 Prozent) auf Technische Gummiwaren, von denen dem Gewicht nach knapp zwei Prozent weniger verkauft wurden. Die Diskrepanz zeigt deutlich, wie stark die Produktpalette zu höherwertigen Erzeugnissen hin verbessert wurde.

Vor diesem Hintergrund ist die Branche trotz der Schwäche in einigen Abnehmerindustrien (wie der Baubranche) für die weitere Entwicklung in diesem Jahr positiv gestimmt. Denn für die Spezialitäten zeigt sich auch das Exportventil weit geöffnet; der Exportumsatz mit technischen Gummierzeugnissen nahm im vergangenen Jahr um 7,6 Prozent auf gut eine Milliarde Mark zu.

Noch deutlich stärker um 10,9 Prozent auf knapp 1,9 Milliarden Mark stiegen die Exporte der Reifenhersteller. Dahinter stehen forcierte Exportbemühungen, nachdem das Reifengeschäft im Inland lahmte (Umsatz minus 1,4 Prozent). Die Sorgen um die Weiterentwicklung der Automobilkonjunktur sind bei den Reifenproduzenten noch nicht spürbar. Derzeit laufe die Produktion auf vollen Touren, erklärte Helmut Werner (Continental AG) bei der Vorlage des Jahresberichts des Wirtschaftsverbandes der deutschen Kautschukindustrie (WdK).

Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung veranschlagt er auf rund 84 Prozent, bei den Reifen allein hat sie 92 Prozent erreicht. Dies gilt nicht für alle Reifenhersteller in Westeuropa, wo in den fünf Jahren 1978 bis 1983 rund zehn Prozent der Kapazität (oder etwa 108 000 Reifen Tageskapazität) abgebaut wurden (zum Vergleich: Conti fertigt pro Tag 105 000 Reifen). Der Wettbewerb am europäischen Markt ist, so betont der WdK, ausgesprochen hart, tendenziell bestünden noch zehn bis 15 Prozent Überkapazität.

Nachdem die Reifenhersteller im Gefolge der durch den Streik hohen Bestände im Ersatzgeschäft im vergangenen Jahr etwa ein bis 1,5 Prozent Preissenkungen verkraften mußten, sind Anfang März die Preise im Ersatzgeschäft um durchschnittlich vier Prozent angehoben worden, „die erste Preiserhöhung seit langer Zeit, die gegriffen hat" (Werner). Weitere könnten möglich sein, derzeit sieht sich die Kautschukindustrie mit stark steigenden Rohwarenpreisen konfrontiert. Für das laufende Jahr ist der Verband optimistisch.

Rock und Pop in Moll

Von JAN BRECH

Aus der deutschen Musikbranche dringen seit etwa drei Jahren Molltöne. Auf dem Programm der Unterhaltungsmacher steht das ernste Thema: Welche Chancen hat die Industrie als reiner Tonträgerhersteller noch in Zukunft.

Die bewegten Klagen der Branche sind vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Musikwirtschaft ziemlich unvorbereitet in das Tal geraten ist. Jahrelang drehte sich der Plattenteller mit zweistelligen Wachstumsraten und schöpfte die Branche finanziell aus dem Vollen. Bei den Unternehmern spielten die „Kreativen" die erste Geige, nüchtern rechnende Kaufleute galten als „Negativ-Typen".

Inzwischen hat sich das Blatt gewendet, gefragt sind nun auch „Sanierer". Die Wende am Tonträgermarkt hat viele Gründe und ihr Anfang reicht weit zurück. Ein neues Datum setzten bereits Mitte der sechziger Jahre die Musikcassetten und Cassettenrekorder. Heute spielt die Leercassette unbestritten eine überragende Rolle am Musikmarkt. Jeder Besitzer eines Cassettenrekorders ist zum eigenen Musikproduzenten avanciert. Die Industrie schätzt, daß jährlich rund 122 Millionen Stunden Musik mitgeschnitten werden.

Diese Entwicklung, die den Absatz von Platten vor allem im dominierenden Schlagergeschäft negativ beeinflußt, wird noch potenziert durch die verschlechterte wirtschaftliche Lage und die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit. Vor allem die Jugendarbeitslosigkeit trifft die Musikhersteller hart, da gerade Jugendliche ihre wichtigsten Kunden sind. Mit der Altersgruppe der 10 bis 25jährigen macht die Branche fast 48 Prozent ihrer Umsätze. Die Tatsache, daß diese Altersschicht in den kommenden Jahren drastisch abnimmt, stimmt die Branche nicht glücklich.

Für die Kaufschwäche bei den Jugendlichen findet die Branche zudem keinen Ausgleich bei den älteren Käuferschichten. Es rächt sich nun, daß sie in ihrer Repertoirepolitik auf Rock und Pop fixiert ist und das breite Angebot von klassischer und Unterhaltungsmusik vernachläßigt hat.

Den Absatzverlusten, die sich seit 1980 auf gut 16 Prozent summiert haben, stehen noch stärkere Umsatzrückgänge gegenüber. Da der Erfolg am Musikmarkt von Hits abhängt, liefern sich die Hersteller nicht nur bei der Repertoirebeschaffung einen harten Wettbewerb, sondern stehen sie auch unter permanentem Preisdruck seitens des Handels. Ihr von Rabatten durchsetztes Vertriebssystem, das in erster Linie Umsatzgröße honoriert, hat die Konzentrationsbewegungen im Handel beschleunigt, mit der Folge, daß heute Discounter und Vollsortimenter die Konditionen bestimmen.

Unter den verschlechterten Marktbedingungen ist das wirtschaftliche Fundament der Plattenhersteller ohne Zweifel ins Rutschen geraten. Schwarze Zahlen sind heute nicht mehr die Regel. Dies hat immerhin den Lernprozeß gefördert, daß auch Unterhaltung nicht im betriebswirtschaftlich freien Raum produziert werden kann. Die Branche hat an der Kostenschraube gedreht, den Personalstand durchforstet, das Repertoire verdünnt. Ansonsten besinnt sie sich auf das, was in Not geratenen Branchen üblicherweise einfällt. Einmal das Zusammenrücken zu größeren Einheiten, zum anderen der Ruf nach dem Gesetzgeber. Er soll das gravierende Problem der privaten Mitschnitte durch eine neue Vergütungsordnung für Rechtsinhaber von Musikaufnahmen entschärfen.

Die Forderung nach eine Novellierung des Urheberrechts ist Teil einer Neuorientierung der gesamten Branche, die sie unter das Motto stellt: nicht mehr nur Produktion von Tonträgern, sondern Schaffung ganzer Programme und umfassende Auswertung aller dadurch erworbener Rechte. Die Musikwirtschaft will nicht länger Nutzungsrechte an Rundfunk und Fernsehen „verschenken" in der vagen Hoffnung, daß deren Promotion den Absatz von Platten fördert. Daß die Durchsetzung angemessener Vergütungen für privatwirtschaftlich hergestellte Programmteile zur wichtigsten Zukunftsaufgabe erklärt wird, kann nicht überraschen. Der Rundfunk bestreitet fast die Hälfte seiner Sendezeit mit dem Repertoire der Musikindustrie und das Fernsehen istdabei, das Angebot der Industrie durch den Einsatz sogenannter „Videoclips" verstärkt in Anspruch zu nehmen.

Es mag der Branche eine neue Perspektive geben den „Akt der Selbstzerstörung" zu beenden, den sie in der kostenlosen Hergabe von Nutzungsrechten sieht. Ihre Zukunft wird jedoch unverändert von ihrem Spürsinn abhängen, wo und welche Musik in der Luft liegt und ob sie in der Lage ist, diese Musik zu wirtschaftlich vernünftigen Bedingungen zu produzieren.

AUF EIN WORT



» Wir haben lange diskutiert, ob wir den Japanern unsere Spitzentechnologie in der Kernkraft überlassen sollen. Unser Ergebnis: Wir können unsere Technologie nicht in einen schwarzen Kasten sperren, sondern uns nur bemühen, die Nase auch künftig immer vorn zu haben. «

Dr. Klaus Barthelt, Vorsitzender des Vorstandes der Kraftwerk Union AG, Offenbach. FOTO: W. P. PRANGE

7 000 Aussteller in Hannover

dpa/VWD, Hannover

Mit einer Beteiligung von mehr als 7 000 Firmen aus 56 Ländern erwartet die Hannover-Messe '85 (17. bis 24. April) einen neuen Ausstellerrekord in ihrer 38jährigen Geschichte. Ein Drittel kommt wiederum aus dem Ausland. Die Ausstellungsfläche in 24 Hallen und im Freigelände ist mit knapp 489 000 Quadratmetern rund 14 Prozent größer als vor einem Jahr und restlos ausgebucht. Größte ausländische Ausstellernation ist Frankreich mit 235 Firmen, gefolgt von Italien mit 204 und der Schweiz mit 184 Unternehmen. Die größte Industrie-Austellung der Welt wird am Abend des 16. April von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) eröffnet.

WIRTSCHAFTSLAGE

Strenger Winter lähmt die Produktion auch im Februar

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der strenge Winter hat die Industrieproduktion in der Bundesrepublik erheblich gelähmt. Dies zeigt die vorläufige Berechnung des Statistischen Bundesamtes. Danach ging die Ausbringung im Produzierenden Gewerbe im Februar saisonbereinigt noch einmal um 0,5 Prozent unter den Stand vom Januar zurück.

Dabei verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe im Februar nur einen leichten Rückgang seiner Ausbringung um 0,5 Prozent. Im Bergbau wurde die Förderung um vier Prozent zurückgefahren. Die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft meldet gegenüber dem außerordentlich hohen Januar-Ergebnis ein Minus von vier Prozent. Dagegen nahm im Bauhauptgewerbe die Produktion um 1,5 Prozent zu.

Auch der Zweimonatsvergleich – Januar/Februar gegenüber November/Dezember – ist durch das extreme Winterwetter erheblich verzerrt. Danach sank die Industrieproduktion sogar um zwei Prozent. Erwartungsgemäß fiel der Rückgang beim Bauhauptgewerbe am stärksten aus; hier sank das Produktionsniveau um mehr als ein Fünftel. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Erzeugung umein Prozent ab, wobei die Hersteller von Grundstoffen ein Minus von zwei, die von Nahrungs- und Genußmitteln von einem und von Investitionsgütern von 0,5 Prozent meldeten. Dagegen kam es bei den Herstellern von Verbrauchsgütern zu einem leichten Anstieg der Produktion um 0,5 Prozent.

Den Vorjahresstand konnte das Produzierende Gewerbe im Januar/Februar insgesamt um 0,5 Prozent übertreffen. Die höchsten Zuwächse verzeichneten dabei die Elektrizitäts- und Gasversorgung mit 8,5, die Hersteller von Investitionsgütern mit sieben und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe mit 5,5 Prozent. Das Bauhauptgewerbe meldet ein Minus von 36,5 Prozent.

DEUTSCHE BÖRSE

Röller erwartet 1985 höhere Aktien- und Rentenkurse

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Gute Börsenchancen in diesem Jahr sieht Wolfgang Röller, Vorstandssprecher der Dresdner Bank. Für eine positive Kursentwicklung am Aktienmarkt spreche die nach seiner Einschätzung in der zweiten Jahreshälfte wieder zunehmende konjunkturelle Dynamik und die Erwartung, daß die Zinsen in der Bundesrepublik wieder sinken. Röller bezeichnet die Marktbewertung bei einem weiteren Anstieg der Unternehmensgewinne um durchschnittlich 15 Prozent als vergleichsweise niedrig. Nach Berechnungen der Dresdner Bank werden 130 ausgewählte börsennotierte Gesellschaften mit dem 9,2fachen der für 1985 erwarteten Gewinne bewertet und die 30 bedeutendsten sogar nur mit dem Achtfachen.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung sei allerdings mit dem Risiko einer Normalisierung des Dollarkurses belastet, von dessen hohem Niveau der deutsche Export profitiert. Aber auch unabhängig vom Dollarkurs sieht Röller gute Exportchancen, weil sich weltweit eine neue Investitionsbelebung anbahne. Er rechnet übrigens nicht mit einem freien Fall des Dollars, sondern erwartet ein Einpendeln des Kurses bei drei Mark.

Den Zinsanstieg am Kapitalmarkt, den die Bundesbank ausgelöst habe, betrachtet der Bankier nicht als nachhaltig. Die Konjunktur, der absehbare Kapitalbedarf, die ruhige Preissituation, der positive Trend der Leistungsbilanz, der weitere Rückgang der US-Zinsen und die beachtlichen Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ließen „auf Sicht" wieder eine abwärts gerichtete Zinstendenz erwarten. Der Dollar, obwohl allmählich anfällig, werde den Rückgang aber vorerst noch bremsen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Neue EG-Agrarpreise nicht vor Mai

Luxemburg (dpa/VWD) – Die neuen EG-Agrarpreise für 1985/86 werden frühestens Mitte Mai feststehen. Nachdem auch ein zweiter Anlauf für eine Einigung über die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Preise gestern in Luxemburg ohne jede Chance auf Erfolg geblieben war, setzte der Ratspräsident, Italiens Landwirtschaftsminister Filippo Pandolfi, seine bilateralen Gespräche über eine weitere Verlängerung des Wirtschaftsjahres für Milch, Rind- und Schaffleisch sowie Trockenfutter fort, das bereits Ende März ausgelaufen ist. Pandolfi will versuchen, bis zum 13. Mai ein Kompromißpapier vorzulegen.

Hypotheken billiger

Frankfurt (cd.) – Nach dem jüngsten, von der Dollarabschwächung unterstützten Zinsrückgang am Kapitalmarkt sinken auch die Hypothekenzinsen. So hat zum Beispiel die Rheinische Hypothekenbank ihre Auszahlungskurse bei fünfjähriger Zinsbindung um 0,75 Prozentpunkte und bei zehnjähriger Bindung um 1,75 Prozentpunkte erhöht, die Deutsche Pfandbriefanstalt legte 1,5 bzw. zwei Prozentpunkte zu. Bei hundertprozentiger Auszahlung und fünfjähriger Zinsbindung entspricht das einem Rückgang des Nominalzinses von 8,55 auf 8,20 Prozent bei der Pfandbriefanstalt und von 8,35 auf 8,15 Prozent bei der Rheinhyp. Bei zehnjähriger Zinsbindung nahm die Pfandbriefanstalt den Zins von 8,65 auf 8,35 Prozent zurück und die Rheinhyp von 8,60 auf 8,25 Prozent.

Zuwachs auf der Schiene

Wiesbaden (AP) – Die Deutsche Bundesbahn und die 110 Unternehmen der nichtbundeseigenen Eisenbahnen verzeichneten nach Jahren sinkendender Transportnachfrage im Jahr 1984 zusammen erstmals wieder ein steigendes Güteraufkommen. Das teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Im Jahr 1984 wurden den Angaben zufolge insgesamt 330 Millionen Tonnen Güter im Schienenverkehr befördert, 6,3 Prozent mehr als im Vorjahr.

Dollar weiter erholt

Frankfurt (cd.) – Der Dollar hat sich gestern weiter erholt. Sein Kurs kletterte zeitweilig auf 3,1650 Mark, nachdem er bereits am Montag von 3,0370 Mark auf 3,1050 Mark in Frankfurt und später auf 3,1350 Mark in New York gestiegen war. Der amtliche Kurs wurde gestern mit 3,1408 nach 3,0910 am Montag notiert. Im Handel wertete man den Wiederanstieg als eine Korrektur der vorangegangenen übertriebenen Abwärtsbewegung.

Deutsche an der Spitze

New York (dpa) – Wenn es ans Biertrinken geht, dann sind die Deutschen – ob in West oder Ost – weltweit Spitze. Nach einer jetzt von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) veröffentlichten Statistik führen die Bundesdeutschen mit 147 Litern je Einwohner im Berichtsjahr 1981 die Weltrangliste im Bierkonsum an. Den zweiten Platz nehmen mit 141,4 Litern die „DDR"-Bewohner ein, die auch bei den harten Getränken mithalten können. Nach den Südkoreanern, deren Verbrauch auf 5,4 Liter reinen Alkohol umgerechnet wurde, halten sie mit 4,8 Litern auch in dieser Sparte den zweiten Platz. Die Bundesdeutschen verkonsumierten nur 2,9 Liter Alkohol in Form von Hochprozentigem.

Portex '85 in Hamburg

Hamburg (dpa/VWD) – Die internationale Hafenfachmesse Portex '85, die vom 7. bis 10. Mai in Hamburg stattfindet, kann mit einer Rekordbeteiligung rechnen. Nach Angaben der Messeleitung haben sich bereits jetzt fast 300 Aussteller aus 26 Ländern fest angemeldet, die in fünf Hallen eine Fläche von 17 000 Quadratmetern belegen. Die Hälfte der Aussteller kommt aus dem Ausland.

Stahl-Streit schwelt weiter

Brüssel (dpa/VWD) – Die EG-Kommission hat wegen der überraschenden Entscheidung Washingtons, der europäischen Stahlrohrindustrie über ein Mengenbeschränkungsabkommen hinausgehende Lieferungen zu verweigern, Konsultationen mit den USA beantragt. Dies hat EG-Kommissar Willy De Clercq bei einem Krisengespräch mit Vertretern der EG-Rohrindustrie in Brüssel mitgeteilt. Wie aus Kommissionskreisen ferner verlautete, will sich Brüssel das Recht vorbehalten, einen unabhängigen Experten zur Schlichtung des Streits einzuschalten.

ÖSTERREICH / Konjunkturforscher sind optimistisch

Hohe Zuwächse im Export

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Der mäßige aber doch kontinuierliche Konjunkturaufschwung setzt sich in Österreich schon das dritte Jahr hindurch fort. Nach 2,2 Prozent Wachstum 1984 rechnen die Prognostiker 1985 mit drei Prozent.

Zu Jahresbeginn hat sich die gute Exportkonjunktur des Vorjahres mit nominellen Zuwachsraten von 20 Prozent weiterhin bestätigt. Nach Ansicht der Wirtschaftsforscher in Wien sollte die österreichische Exportwirtschaft in diesem Jahr real 7,5 Prozent mehr verkaufen, was mit Marktanteilsgewinnen infolge der höheren preislichen Wettbewerbsfähigkeit, insbesondere im Dollar-Raum, verbunden sein dürfte. Österreich scheint insofern begünstigt, als sich die internationale Nachfrage vom pazifischen mehr zum europäischen Raum verschiebt, wo Österreich traditionell stärker als in Übersee ist. Nachteilig wird sich jedoch die Produktionsstruktur auswirken mit einem hohen Anteil der Grundstoff- und relativ geringen Anteil der Investitionsgüterindustrie.

Als zusätzliche Konjunkturstütze erwarten die Experten wieder eine verstärkte private Konsumtätigkeit, die im Vorjahr um ein Prozent gesunken war. Positiv sollte sich dabei ein Zuwachs der realen persönlich verfügbaren Einkommen um zwei Prozent auswirken. Allerdings müßte gleichzeitig die Sparquote der privaten Haushalte abnehmen.

Ebenfalls positiv auf die Gesamtkonjunktur wirkt sich eine Belebung im Tourismus aus. Der Winterfremdenverkehr in den Alpen entwickelte sich nach einer Anfangsschwäche im Dezember bisher überraschend gut; im Februar gab es in den österreichischen Wintersportorten zweistellige Zuwächse bei den Übernachtungen. Auch im Sommerhalbjahr sollten die Österreicher an der Belebung des internationalen Tourismus partizipieren.

Die günstige konjunkturelle Entwicklung bringt zwar auch in Österreich noch keinen Abbau der Arbeitslosigkeit, aber immerhin gleichbleibende Raten bei steigender Beschäftigung. Übers Jahr ist mit einer nunmehr bereits seit 1983 praktisch unveränderten Arbeitslosenrate von 4,6 Prozent zu rechnen.

Geringer, als durch den Höhenflug des Dollar zu erwarten, wird in Österreich der Preisauftrieb ausfallen: Nach 5,6 Prozent 1984 werden nurmehr vier Prozent erwartet. In der Leistungsbilanz ist mit einem Minus von sechs, in der Handelsbilanz nahezu unverändert von 77 Milliarden Schilling zu rechnen.

FRANKREICH / Banken erhalten direkten Zugang zu Terminmärkten für Finanztitel

Börsenmakler verlieren ihr Monopol

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Zum ersten Mal erhalten in Frankreich die Banken direkten Zugang zur Wertpapierbörse. Nach einem jetzt von ihrem Verband mit der Börsenmaklerkammer unterzeichneten Grundsatzabkommen dürfen sie sich nach einer gewissen Übergangsfrist am Terminhandel mit Obligationen sowie an dem zum Jahresende nach dem Vorbild der Londoner „Financial Future Exchange" zu schaffenden neuen Terminmarkt für Finanzpapiere beteiligen. Die bisherige Monopolstellung der Makler wird dadurch eingeschränkt.

Dem Abkommen sind fünfmonatige zähe Verhandlungen vorangegangen. Aber die inzwischen fast ausnahmslos verstaatlichten Banken konnten sich mit Rückendeckung der Regierung schließlich durchsetzen. Denn während die Banken in ihren Finanzgeschäften zunehmende Verluste verbuchen, stiegen die Gewinne der Börsenmakler von 98 Mill. Franc 1979 auf 264 Mill. Franc 1983. Mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen, aber wohl auch aus anti-kapitalistischen Überlegungen will die Regierung das ändern.

Die Börsenmakler, die in Frankreich ähnlich den Notaren einen halböffentlichen Status einnehmen, dafür aber gesamtschuldnerisch haften, werden vom Finanzministerium auch von den Gebühren her in die Zange genommen. Insbesondere die für Transaktionen in Obligationen sind zusammengestrichen worden. Das schlägt zu Buch, wenn man bedenkt, daß die Umsätze am französischen Rentenmarkt von 235 Mill. Franc 1983 auf rund 400 Mill. Franc 1984 gestiegen sind.

An dem neuen Terminmarkt, der bis zum 1. September mit einem Kostenaufwand von zehn Mill. Franc erstellt werden soll, dürfen zunächst nur langfristige Anleihen mit einem Mindestkontraktwert von 500 000 Franc und Fälligkeitsfristen von ein bis neun Monaten gehandelt werden. Nach einer Übergangszeit von einem Jahr beteiligen sich die Banken an solchen Geschäften unbegrenzt.

Der Anfang nächsten Jahres einzurichtende Terminmarkt für kurzfristige Finanzpapiere steht den Banken sofort offen. Seine näheren Bedingungen sind noch nicht definiert. Beide Märkte bieten eine Risikoabsicherung gegenüber Zinsschwankungen. Das entspricht vor allem dem Bedürfnis der institutionellen Anleger, die sich bisher in nur unbefriedigender Weise durch „wilde" Termingeschäfte außerhalb der Börse zu schützen versuchten.

Mit dieser Börsenreform und verschiedenen Modernisierungsmaßnahmen will die Regierung schließlich den Pariser Finanzplatz international aufwerten. Tatsächlich hat sich das ausländische Interesse für Kapital- und Geldanlagen in Frankreich verstärkt. Mit Plätzen wie etwa London kann es Paris allerdings schon wegen der immer noch sehr weitgehenden französischen Devisenkontrollen nicht aufnehmen.

SCHIFFBAU / Deutsche Industrie weltweit behauptet

Bei Aufträgen auf Rang drei

W. WESSENDORF, Bremen

Die deutsche Schiffbauindustrie hat 1984 bei den Auftragseingängen weltweit ihren dritten Platz behauptet. „Sie bügelte dabei ihren Einbruch von 1983 wieder aus", sagte der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Schiffbauindustrie, Michael Budczies. Die Bundesrepublik lag 1984 mit einem Anteil von 5,7 (1983: 3,7) Prozent hinter Japan, das 51,5 (49,8) Prozent der Aufträge auf sich zog, und Südkorea mit 10,9 (14,5) Prozent. „Wenn der Schiffbau sich trotz großer Nachteile relativ gut behauptet hat, so zeugt das von seiner Leistungsfähigkeit", meinte Budczies. Er verdiene es deshalb, gegen unfaire Konkurrenz durch den internationalen Subventionswettbewerb in Schutz genommen zu werden.

Ohne diesen Schutz wäre der Schiffbau nach Ansicht des Vorsitzenden nicht lebensfähig, zusammen betragen die finanziellen Hilfen in diesem Jahr 485 Millionen Mark für Förderungsmaßnahmen, Zinszuschüsse und das Küstenprogramm. Der Umsatz von Handelsschiffbau, Marine und Reparaturbetrieben betrug 1984 rund sechs Milliarden Mark, doch gingen die Fertigungsstunden im Handelsschiffbau von Ende 1982 bis Ende 1984 von 29 Millionen auf 20 Millionen zurück. Im gleichen Zeitraum verringerte sich die Zahl der Arbeitsplätze auf den 140 Schiffbaubetrieben von 54 000 auf 45 000.

Der Verband fordert deshalb eine Fortsetzung der jetzigen Hilfsmaßnahmen von Bund und Ländern in unveränderter Höhe, er drängt außerdem darauf, die Steuergesetze zu ändern, damit das erforderliche Eigenkapital schon bei Beginn der Bauzeit eingeworben werden kann. Budczies: „Der Fiskus würde so das Liquiditätsrisiko der Werften verringern, ohne daß dadurch ein endgültiger Steuerausfall eintrete." Zudem fordert der Verband die Fortsetzung des Exporthilfeprogramms der Länder.

KAFFEE / Verbraucherländer halten internationales Abkommen für überflüssig

Deutscher Verband ist für Quotenfreigabe

dpa/VWD, Hamburg

Das Internationale Kaffee-Abkommen wird in den Verbraucherländern zunehmend kritisiert. Die meisten halten es nach den bisher gemachten Erfahrungen sogar für überflüssig. Anläßlich der bevorstehenden Ratstagung der Internationalen Kaffee-Organisation (ICO) vom 15. bis 19. April in London weisen der Deutsche Kaffee-Verband, Hamburg, und der Kaffee-Verein Bremen in einem Brief an Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) nachdrücklich auf die angespannte Situation auf dem Kaffee-Weltmarkt hin. Die bisherige Praxis des Abkommens gefährde nicht nur das Kaffeeangebot in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen europäischen Ländern. Hauptziel der deutschen Kaffeewirtschaft sei es, die im Abkommen festgelegte Quotenreglementierung vollkommen aufzuheben.

Sollte das zunächst nicht möglich sein, müßten wenigstens die Quoten für das laufende Kaffeejahr 1984/85 (30. September) ab sofort freigegeben und für die Zukunft eine Umverteilung vorgesehen werden. Damit möchte die Kaffeewirtschaft die Rohkaffeepreise einem Niveau annähern, heißt es in dem Schreiben, das in Deutschland zu akzeptablen Endverbraucherpreise führt.

Nach Ansicht der deutschen Kaffeewirtschaft verhindert das Abkommen durch seine starre Reglementierung die Versorgung der Konsumländer mit den gewünschten Qualitäten und behindere damit die Marktentwicklung. Die Chance, diesen Zustand zu ändern, sei jetzt besonders gut, weil das tatsächliche Angebot fast exakt der Nachfrage entspreche und damit eine Reglementierung überflüssig sei.

Die ICO behaupte jedoch, es werde zuviel Kaffee produziert. Darauf stütze sie offenbar ihren Anspruch, weiterhin mit komplizierten Regeln eine freie Marktentfaltung zu verhindern. So werde ein Qualitätswettbewerb unter den Erzeugerländern und in den Verbraucherländern vereitelt und der Kaffeepreis künstlich hoch gehalten.

FINANCIAL CORP. OF AMERICA / Hoher Verlust

Aufsicht muß einspringen

VWD, Irvine

Die Financial Corp. of America (FCOA) steht vor neuen Problemen. Die Buchprüfer haben der Holding der größten Savings and Loan Association der USA gegenüber erklärt, sie zögen aufgrund des Stands ihrer Untersuchungen inzwischen die Zukunft von FCOA als funktionsfähiges Unternehmen in Zweifel. Hinzu kommt, daß die US-Wertpapier- und Börsenkommission (SEC) die bisherigen Praktiken bei der Bildung von Kreditverlustreserven überprüfen will. Der Ausweis für das vierte Quartal 1984 erbrachte bei dem Unternehmen einen Verlust von 512,1, Mill. Dollar und für das Gesamtjahr 1984 von 590,5 Mill. Dollar und damit den bisher größten Verlust eines US-Finanzkonzerns. Für 1983 war noch ein Reingewinn von 172,5 Mill. Dollar ausgewiesen worden.

Die Reserven für Kreditverluste wurden im Berichtsquartal auf 472,5 Mill. Dollar aufgestockt nach rund 90,5 Mill. Dollar Ende des dritten Quartals 1984. Die neue Buchprüfungsgesellschaft von FCOA, Peat, Marwick, Mitchell + Co, stellt fest, daß Überleben von FCOA ist nicht nur davon abhängig, ob es ihr gelingt, in ihren Geschäftsbereichen wieder profitables Niveau zu erreichen, sondern auch davon, ob ihr weiterhin die Unterstützung der aufsichtsführenden Stellen des Staates Kalifornien und des Bundes zuteil wird.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bad Iburg: Andreas Strey GmbH i. Gründung, Landschafts-, Garten-, Sportplatz- u. Kabelbau, Hagen a. TW; **Braunschweig:** A-B Bau Altmann Bau GmbH; **Celle:** Nachl. d. Udo Pottberg, Celle-Garßen; **Detmold:** BATEX-Badetextilien u. Oberbekleidung GmbH, Kalletal 4; Schirmer Tiefbau GmbH, Lemgo; **Dortmund:** Nachl. d. Norbert Lücke, Werne; **Duisburg:** DEWA-System-Decken- u. Wandelemente Friedrich Horbert GmbH; **Euskirchen:** Nachl. d. Gertrud Winter, Meckenheim; **Frankfurt/M.:** Profina, Finanzierungs- u. Immobilienvermittlungsges. mbH i. L., Eschborn; **Gummersbach:** Franz-Josef Maibüchen, Einzelhandel m. Textilien, Wipperfürth; **Hannover:** Karl-Heinz Förster, Gastwirt; **Herford:** Hauenschild Verwaltungs-GmbH, Löhne 4; **Kaiserslautern:** R. Gross & Co. GmbH, Glan-Münchweiler; **Lübbecke:** Coors-Möbelhandelsges. mbH, Hüllhorst; **Uelzen:** Christine Bathe, Parfümerie; **Wolfratshausen:** K W M Handels GmbH, Handel m. Elektro- u. Druckluftwerkzeugen, Holzkirchen; **Wuppertal:** WAJO-Wärmetechnik GmbH, Haan 1; IM – Ges. f. Industrie-Montagen mbH, Erkrath 1.

Vergleich eröffnet: Hechingen: Adolf Kromer OHG, Sanitäre Anlagen – Heizungsbau.

SPOTHANDEL / Beim Rohöl hat London die führende Position in Europa inne

Präziser Gradmesser der Marktlage

WILHELM FURLER, London

An den Spotölmärkten werden die Mengen an Rohöl oder Ölprodukten gehandelt, die über die direkt zwischen Produzenten und Abnehmern vertraglich ausgehandelten Lieferungen hinausgehen. Spotölmärkte geben insofern sehr präzise die Verfassung von Angebot und Nachfrage bei Rohöl und Ölprodukten wieder. Bei starker Nachfrage wird der Spotmarktpreis möglicherweise über den offiziellen Kontraktpreisen des Opec-Kartells und anderer Ölproduzenten liegen, bei schwacher Nachfrage entsprechend darunter.

Der Laie denkt, wenn er den Begriff Spotölmarkt hört, sofort an Rotterdam. Dies ist verständlich, denn Rotterdam ist das europäische Zentrum für den Spothandel mit den für Verbraucher wichtigen Ölprodukten wie Heizöl oder Benzin. Hier werden deren Preise ausgehandelt, und zwar zu Mengen von jeweils Flußkähnen, hier befinden sich große Tanklager-Farmen, um die gehandelten Produkte aufzunehmen, und von hier gehen sie schließlich den Rhein hinauf zu den Verbraucherzentren.

Doch geht es um den Spothandel mit Rohöl, dann spielt für Europa London die führende Rolle. In London wird Rohöl zu ganzen Tanker-Ladungen von jeweils 600 000 Barrel (ein Barrel = 159 Liter) gehandelt. Ist der Spothandel in Rohöl vergleichsweise ruhig, werden hier bis zu fünf Tankerladungen (cargoes) gehandelt. Der Durchschnitt dürfte, wie Robert Mabro vom Institut für Energiestudien an der Universität Oxford gegenüber der WELT erklärte, bei zehn bis 20 Cargoes liegen. 30 Cargoes oder immerhin 18 Millionen Barrel wären schon eine ungewöhnlich große Menge.

Der Londoner Spotmarkt ist kein Markt im herkömmlichen Sinn. Es ist eine Art fiktiver Markt, eher ein Club angesehener Händler, die am Telefon Rohöl-Tankerladungen abnehmen und wieder unterbringen. So hat auch London im Gegensatz zu Rotterdam keine Tanklager-Kapazitäten. Während die Tanker noch auf den Weltmeeren schwimmen, müssen die Ladungen gehandelt werden und verkauft sein, bevor sie schließlich beim Abnehmer angelandet werden.

Oder am Beispiel Nordseeöl: Nicht vertraglich gebundene Ölmengen etwa aus dem britischen Ölfeld Brent, dessen Ölqualität als Maßstab für Nordseeöl gilt und dessen Ölpreis entsprechend als führender Indikator dient, müssen im Londoner Spothandel per Telefon praktisch schon dann verkauft sein, wenn sie noch gar nicht aus dem Meeresboden hochgepumpt wurden. Der größte Teil des in London gehandelten Rohöls aus dem Brent-Feld geht übrigens nach Deutschland.

In erster Linie werden am Spotmarkt LondonÖlladungen aus der Nordsee, aus Westafrika sowie aus Arabien gehandelt. Mit dem zunehmenden Trend in einigen Ölländern, das Öl praktisch an Ort und Stelle in eigenen Raffinerien zu verarbeiten, hat allerdings auch Londons Rolle als Spotmarkt für Tankerladungen von Ölprodukten erheblich an Bedeutung gewonnen.

Die hier gehandelten Ladungen von Rohöl und Ölprodukten gehen verständlicherweise in erster Linie an Abnehmer im nordwesteuropäischen Raum, mit Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Skandinavien als Hauptabnehmern, aber durchaus auch in die USA. Doch bei weitem nicht alle Rohöl- oder Produktenladungen werden für unmittelbare Ablieferung gehandelt. Eine große Rolle spielt der Terminhandel für Ablieferungen zu einem späteren Zeitpunkt, zum Beispiel Kauf/Verkauf heute für Ablieferung Mai, Juni oder Juli. Damit besteht die Möglichkeit, sich gegen Ölpreisschwankungen abzusichern oder auf Ölpreisschwankungen zu spekulieren.

Im Frühjahr 1981 wurde in London zudem der Terminhandel an der International Petroleum Exchange (IPE) aufgenommen. Der Handel an dieser Heizöl-Terminbörse in der Londoner City hat seither einen erheblichen Aufschwung genommen. Bis Anfang 1983 stieg der Handel mit „gas oil"-Terminkontrakten zu Standardgrößen von je 100 Tonnen auf rund 5000 Kontrakte pro Tag. Inzwischen ist das Geschäft aufgrund der Situation an den Ölmärkten wieder ruhiger geworden. Gehandelt werden heute zwischen 2000 und 3000 Kontrakte pro Tag, gegenwärtig zu Preisen von jeweils zwischen 22 000 und 25 000 US-Dollar.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klàre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

VEW / Umsatz im letzten Jahr um 22 Prozent gesteigert

Finanzanlagen aufgestockt

HANS BAUMANN, Essen

Die konjunkturelle Belebung und die im Jahresdurchschnitt kühlere Witterung sowie der Zugang neuer Kunden führten im Geschäftsjahr 1984 bei der Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen AG (VEW), Dortmund, in allen Geschäftssparten zu hohen Zuwachsraten. Wie die VEW in einem Aktionärsbrief mitteilen, stieg der Umsatz im Berichtsjahr um 22 Prozent auf über 6,6 Mrd. DM. Die Gesamtleistung kam um 5,6 Prozent auf 6,0 Mrd. DM voran, da für Rohstoffe 8,2 Prozent (4,1 Mrd. DM) mehr aufgewendet werden mußte.

Der HV am 27. Juni will die Verwaltung „neben der Ausschüttung einer angemessenen Dividende eine Zuweisung zu den Rücklagen in der Größenordnung des Vorjahres" vorschlagen. Für 1983 wurden 12 Prozent Dividende bezahlt und den Rücklagen 20 Mill. DM zugewiesen.

Der Schwerpunkt der Sachinvestitionen von 348 Mill. DM lag mit 86 Prozent im Ausbau der Energie-Transporte und Verteilungsanlagen. In Finanzanlagen flossen 284 Mill. DM. Zur Zeit werden alle Neubauten von Tochtergesellschaften ausgeführt. Mit dem Baufortschritt wurden daher Aufstockungen des Eigenkapitals der Töchter notwendig. Weitere Mittel waren erforderlich für die Kapitalausstattung der BEB Beteiligungs-Gesellschaft für Energieunterhhmen mhH, über die VEW 22 Prozent des Ruhrkohle-Kapitals erworben hat.

Die Landesversorgung mit Strom erhöhte sich um 5,6 Prozent auf fast 24 Mrd. kWh. Bei Gas stieg sie um 7,1 Prozent auf fast 24,5 Mrd. kWh. Da die Sonderlieferungen stark eingeschränkt wurden, verminderte sich der Gasabsatz insgesamt um 1,8 Prozent auf 32,7 Mrd. kWh. Die Fernwärme kam um 6,7 Prozent auf 1,8 Mrd. kWh voran.

VÖGELE / Die Altaktionäre verzichten auf Dividende

Belegschaft wurde abgebaut

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die schwierige Marktsituation im Tief- und Straßenbau in der Bundesrepublik schlägt auch auf die Geschäftslage der Joseph Vögele AG, Mannheim, deutlich durch. Dieses zu den führenden Herstellern von Straßenbaumaschinen zählende Unternehmen hatte 1984 einen Umsatzrückgang um rund 16 Prozent auf 78 (1983: 93,5) Mill. DM zu verkraften. Überdies sei das Exportgeschäft von einer starken Kaufzurückhaltung der ölfördernden Länder geprägt. Der Ausfuhranteil am Vögele-Umsatz verminderte sich auf 56 (63) Prozent. Als Folge von Überkapazitäten und Insolvenzen sei am Markt ein erheblicher Preisdruck eingetreten.

Vögele habe im Baumaschinensektor seinen Marktanteil gehalten. Dem Preisdruck begegne man mit Neuentwicklungen und Maßnahmen zur Rationalisierung. Der Auftragseingang sank 1984 auf 83 (96) Mill. DM. Die Belegschaft, die zeitweise kurzarbeitete, wurde auf 930 (1020) Mitarbeiter abgebaut. Steuerrückerstattungen und eine Verdoppelung der neutralen Erträge bewirkten, daß dennoch ein Jahresüberschuß von 0,23 (1,06) Mill. ausgewiesen werden konnte.

Der am 21. 5. stattfindenden HV wird vorgeschlagen, nur an die seit der Börsenzulassung Mitte 1983 gewonnenen freien Aktionäre eine Dividende auszuschütten. Ihre 2,4 Mill. DM Stammaktien sollen mit einer Dividende von 5 DM nach 3 DM für das 1983 zur Hälfte gewinnberechtigte Kapital bedient werden. Die Altaktionäre (im wesentlichen die Familie Vögele), die 6,85 Mill. DM Stammaktien und 0,71 Mill. DM Vorzugsaktien halten, verzichten auf eine Ausschüttung. Im laufenden Geschäftsjahr, das keine günstigeren Perspektiven biete, seien weitere Maßnahmen zur Anpassung an das gesunkene Marktvolumen unvermeidlich.

FLEUROP / Aufträge haben 1984 weiter zugenommen

Ab Mai auch Musikversand

PETER WEERTZ, Berlin

Eine neue „exklusive Geschenkidee" hat sich das Floristen-Forum Fleurop einfallen lassen. Innerhalb der Bundesrepublik werden von Mai an nicht mehr nur Blumensträuße von Haus zu Haus und von Stadt zu Stadt geschickt, sondern darüber hinaus auch Schallplatten und Musikkassetten für die Kunden der Fleurop-Floristen. Die Floristen bieten hierzu ein einheitliches Musikprogramm an, das die Floraton Musik GmbH, Hamburg, zusammenstellt. Zwischen der Fleurop GmbH, Berlin, der zentralen Abrechnungsstelle der deutschen Floristen, und der Floraton wurde ein Kooperationsvertrag vereinbart.

Weltweit bieten derzeit, wie Fleurop-Präsident Arthur Kuhn mitteilte, 50 000 Fleurop-Floristen in 126 Länder des Erdballs ihren Service für die Blumengrüße an. In der Bundesrepublik sind der Fleurop GmbH rund 9900 Blumenhändler (Floristen) und in der „DDR" etwa 500 Geschäfte angeschlossen, die allerdings weitgehend in staatlicher Hand sind.

Für Kuhn sind die Blumengrüße über Fleurop noch immer ein Stimmungsbarometer, vielleicht sogar ein Konjunktursignal. Als erfreulich bezeichnete er es daher, daß die Aufträge 1984 weiter um 0,5 Prozent auf 4,11 Mill. DM gewachsen sind. Gleichzeitig nahm der Umsatz der deutschen Fleurop-Zentrale um 1,2 Prozent auf 121 Mill. DM zu. Im Vergleich zum Vorjahr gaben die Kunden für den Blumengruß in alle Welt durchschnittlich 29,35 DM aus. Das sind 25 Pfennig mehr als 1983.

Einen regen Austausch von Blumengrüßen gab es außerdem zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" via Fleurop: Insgesamt gingen 30 197 Blumengrüße von der Bundesrepublik in die „DDR". Umgekehrt waren es sogar 63 686 Sträuße. In der Bundesrepublik liegt Berlin mit 85 Aufträgen je tausend Einwohner vorn, gefolgt von Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen.

DRESDNER BANK / Auf ausgeprägteres Wachstum umgeschaltet – Gewinn leicht gesunken – Kapitalerhöhung

Vorsorge für Länderrisiken weiter erhöht

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach Jahren verhaltenen Wachstums, die von einer Stärkung der Eigenmittel und dem Aufbau eines Risikopolsters geprägt waren, hat die Dresdner Bank in der AG und im Konzern 1984 erstmals wieder einen deutlicheren Expansionskurs gesteuert, ohne dabei die Konsolidierungserfolge auf's Spiel zu setzen, wozu freilich auch die jüngste Kapitalerhöhung beitrug. Der gegenüber dem Vorjahr gut verdreifachte Bilanzsummenzuwachs, in dem sich allerdings auch die Höherbewertung des Dollars spiegelt, wurde von einer Ausweitung des, wie Vorstandssprecher Wolfgang Röller sagte, ertragsorientierten Kundenkreditgeschäfts getragen.

Mit dem Wachstum, das die jahresdurchschnittliche Zunahme des Geschäftsvolumens um 6,6 Prozent widergibt, hielt allerdings, wie überhaupt bei den Filialbanken, der Ertrag nicht Schritt. Trotz einer Steigerung der Eigenhandelsgewinne um mehr als 20 Prozent auf einen neuen Rekordbetrag von etwa 550 Mill. DM blieb das Gesamtbetriebsergebnis mit schätzungsweise 1,35 Mrd. DM um ungefähr 4,5 Prozent hinter dem bisher höchsten des Vorjahres zurück. Denn das Teilbetriebsergebnis (795 Mill. DM) erreichte nicht wieder das 84er Spitzenresultat, weil der Rückgang der Zinsmarge von 2,9 auf 2,6 Prozent den Zinsüberschuß geringfügig um 0,9 Prozent auf knapp 2,4 Mrd. DM sinken ließ und die Zunahme des Provisionsüberschusses um 7,9 Prozent nicht ausreichte, um den Anstieg des Verwaltungsaufwands zu decken. Plastisch ausgedrückt: Der mit 100 DM Verwaltungsaufwand erwirtschaftete Zins- und Provisionsüberschuß ging von 135,80 auf 132,40 DM zurück. Rechnet man die Eigenhandelsgewinne zu, so blieb diese aufschlußreiche Rentabilitätskennzahl bei unverändert knapp 154 DM.

Dennoch erhalten die Aktionäre, wie berichtet, eine von 6 auf 7,50 DM erhöhte Dividende, mit der ihnen die Kapitalerhöhung schmackhaft gemacht werden sollte, und die offenen Rücklagen werden wieder mit 110 Mill. DM dotiert. Bei der Gewinnverwendung stand abermals die Risikovorsorge im Vordergrund, vor allem für Länderrisiken, auf die in der AG der größte Teil der auf eine Größenordnung von abermals mehr als 800 Mill. DM geschätzten Wertberichtigungen entfiel, wofür neben dem Gewinn auch ein nicht unerheblicher Betrag an aufgelösten Wertberichtigungen zur Verfügung stand.

Der Konzern, dessen Bilanzsumme um 8,6 Prozent auf fast 175 Mrd. DM noch stärker wuchs als die der AG, hat aus einem Gesamtbetriebsergebnis, das mit abermals gut 2 Mrd. DM um weniger als ein Prozent hinter dem besondes guten des Vorjahres zurückblieb, einen nochmals um etwa ein Viertel aufgestockten Betrag in der Größenordnung von schätzungsweise 1,4 Mrd. DM für die Risikovorsorge abgezweigt, davon über eine Milliarde und damit mehr als doppelt so viel wie 1983 für Länderrisiken.

Die Risiken in den von 5,2 auf etwa 6,3 Mrd. DM gestiegenen Engagements in Umschuldungsländern konzentrieren sich auf die Luxemburger Tochter sowie auf die in Lateinamerika besonders aktive Deutsch-Südamerikanische Bank, die trotz guten Ertrags auf 350 Mill. DM Hilfe von der Konzernmutter angewiesen war.

Zur nochmals erhöhten Vorsorge hat sich der Vorstand nicht wegen einer verschlechterten Einschätzung der Risiken entschlossen, sondern weil er es für richtig hielt, den Spielraum, den der Rückgang für Wertberichtigungen im Inlandsgeschäft schuf, für eine noch bessere Absicherung der internationalen Risiken zu nutzen.

Nach der Kapitalerhöhung bei der AG und der Dotierung der Konzernrücklagen um 184 Mill. DM aus dem Jahresergebnis sieht Röller keine Schwierigkeiten, die „Überbelegung" des Eigenkapitals mit Kreditgeschäften bis Ende 1990 vom derzeit 18- bis 19fachen auf das im novellierten KGW vorgesehene 18fache zu reduzieren, auch wenn das Geschäft jetzt wächst. Die von der Hauptversammlung zu beschließende Schaffung genehmigten und bedingten Kapitals zur Begebung von Wandel- und Optionsanleihen oder Genußscheinen eröffnet dafür ausreichenden Spielraum.

Ihre Bilanzstruktur hat die Dresdner Bank durch eine 8,2prozentige Ausweitung der Kundenforderungen auf 50 Prozent der Bilanzsumme weiter verbessert; die Kredite an die Privatkundschaft wuchsen um 10,5 Prozent auf fast 19 Mrd. DM deutlich stärker als die Firmenkredite (um 4,9 Prozent auf knapp 31 Mrd. DM). Auf der Passivseite waren die Kundengelder Wachstumsträger, die stärker (um 5,7 Mrd. DM) zunahmen als die Bilanzsumme (plus 5,6 Mrd. DM).

Dem Jahr 1985 blickt der Vorstand zuversichtlich entgegen, nachdem sich der Ertrag bisher positiv entwickelt und der Eigenhandel überdurchschnittliche Erträge abgeworfen hat. Allerdings rechnet man mit einer Verengung der Zinsspanne.

Dresdner Bank AG	1984	±%
Bilanzsumme (Mill.DM)	90 870	+ 6,6
Eigenkapital	3 711	+ 7,2
in % d. Bilanzsumme	4,1	(4,1)
Gelder von Banken	22 522	+ 2,4
Gelder von Kunden	53 695	+ 11,9
Eigene Schuldverschr.	6 988	- 13,8
Forderungen an Banken	22 665	+ 6,5
Festverzinsl. Papiere	8 636	+ 11,9
Kundenkredite	49 398	+ 6,9
Teilbetr.-Ergebnis	795	- 5,9
a.o. Ergebnis[2])	- 231	(- 387)
Gewinn v. EEV-Steuern	564	- 23,1
EEV-Steuern	308	+ 33,6
Jahresüberschuß	258	+ 12,9

[1]) Zins- u. Provisionsüberschuß abzügl. Personal- u. Sachaufwand sowie Normalabschreibungen auf Sachanlagen. [2]) Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Kredite und Wertpapiere sowie sonstige Aufwendungen abzügl. Saldo aus sonstigen a.o. Erträgen, darunter Eigenhandelsgewinne und aufgelöste Rückstellungen.

iii-Vermögen über Milliarden-Grenze

DANKWARD SEITZ, München

Selbst in wirtschaftlich schwierigen Phasen bieten Immobilien in ersten Lagen aussichtsreiche Preis- und Ertragschancen oder Investitionsmöglichkeiten. Von dieser Erfahrung hat sich die Internationales Immobilien-Institut AG (iii), München, auch 1984 leiten lassen und ihren Immobilienbestand durch Grundstückskäufe und den Bau von Renditeobjekten vornehmlich auf die Ballungszentren München, Frankfurt, Düsseldorf und Hamburg weiter konzentriert. Hier wird die Nachfrage, wie der Vorstand erläuterte, vor allem von institutionellen Anlegern getragen.

Ausgezahlt hat sich diese Geschäftspolitik bei fast vollständiger Vermietung der Immobilien (97 bis 99 Prozent) der beiden iii-Fonds Nr. 1 und Nr. 2 in den besseren Erträgen der Liegenschaften. Die „Anlageergebnisse" (Wertzuwachs plus Ausschüttung) stiegen auf 7,0 (6,6) Prozent sowie auf 7,1 (6,6) Prozent. Ausgeschüttet werden wie im Vorjahr 4,50 DM je Anteil beim Fonds Nr. 1 und drei DM beim Fonds Nr. 2.

Insgesamt überschritt das Fondsvermögen der beiden Fonds im Geschäftsjahr 1984 erstmals die Milliardengrenze mit 1,06 (0,98) Mrd. DM. Auf den Fonds Nr. 1 entfielen davon 693,2 (621,1) Mill. DM und 365,9 (355,7) Mill. DM auf den Fonds Nr. 2. Das jeweilige Immobilienvermögen wird mit 445,3 (394,1) Mill. und 242,8 (255,8) Mill. DM angegeben. Auf ein erfolgreiches Abschneiden deuten auch die liquiden Mittel hin, die sich beim ersten Fonds auf 242,0 (222,4) Mill. DM und beim Fonds Nr. 2 auf 120,0 (96,7) Mill. DM erhöhten.

Wechsel in der Geschäftsführung

J. BRECH, Hamburg

Bei der Hamburger Jungheinrich-Gruppe, die mit einem Gesamtumsatz von rund 740 Mill. DM zu den in Europa führenden Herstellern von gleislosen Flurförderzeugen gehört, gibt es einen Wechsel in der Geschäftsführung. Wie das Unternehmen ohne Begründung und völlig überraschend mitteilt, sind die bislang als persönlich haftende Gesellschafter fungierenden Klaus Rosenkranz und Walter Gnauert mit Wirkung zum 1. April dieses Jahres aus der Geschäftsleitung der Jungheinrich Unternehmensverwaltung KG ausgeschieden.

Die Geschäftsführung werde zeitlich begrenzt durch ein Gremium wahrgenommen, zu dem auf Wunsch der Eigentümer-Familien als Sonderbeauftragte Rainer Bartram und Heinrich Döring gehören sowie als Generalbevollmächtigte Eckart Kottkamp, Karin Martin und Wolfgang Kiel.

Ziel des Gremiums ist, wie weiter mitgeteilt wird, die Aktivitäten der Jungheinrich Unternehmensverwaltung auf reine Holding-Funktionen zurückzuführen und andere Aktivitäten stärker in den operativen Bereich der Gruppe einzubinden. Die gute Finanzkraft, die durch eine Eigenkapitalquote von 40,3 Prozent in der konsolidierten Weltbilanz gekennzeichnet sei, soll weiter verstärkt werden.

Rosenkranz hatte 1975 den Vorsitz in der Geschäftsleitung übernommen. Sein Vorgänger war bereits damals Rainer Bartram. Gnauert ist im Juli 1982 als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Cassella erhöht auf 15 DM

Frankfurt (VWD) – Eine um 5 auf 15 DM erhöhte Dividende je 100-DM-Aktie schlägt die Verwaltung der Cassella AG, Frankfurt, der Hauptversammlung am 3. Juni für das Geschäftsjahr 1984 vor. Der Nettoumsatz der AG stieg, wie das Unternehmen mitteilt, um 8 Prozent auf 498 (460) Mill. DM. Während der Inlandsumsatz um knapp 7 Prozent ausgeweitet werden konnte, nahmen die Exporte um 10 Prozent zu. Der Auslandsanteil lag unverändert bei 42 Prozent. Alle Gesellschaften der Gruppe steigerten ihren Umsatz, so daß der konsolidierte Gruppenumsatz auf 909 (835) Mill. DM zunahm.

Besitzer gewechselt

Karlsruhe (VWD) – Die Ritter AG, Karlsruhe, Hersteller von Einrichtungen und Geräten für Zahnarztpraxen und Dental Labors, ist in neue Hände übergegangen. Wie der Vorstand bestätigte, hat die bisherige US-Muttergesellschaft, Sybron Corp. Rochester, die Aktienmehrheit am Grundkapital von 25,07 Mill. DM an eine nicht näher bezeichnete Gruppe deutscher Industrieller verkauft. Sybron, seit Gründung des Unternehmens (1921) Alleinaktionär, ist an Ritter den Angaben zufolge noch mit weniger als 25 Prozent beteiligt.

Aus für Saar-Raffinerie

Saarbrücken (dpa/VWD) – Die Saarland-Raffinerie in Völklingen wird wegen zu geringer Auslastung bis spätestens 30. Juni dieses Jahres geschlossen. Das gaben die Saarbergwerke als 50prozentiger Anteilseigner an der Raffinerie in Saarbrücken bekannt. Die übrigen Gesellschafter, die französischen Mineralölgesellschaften Total und Elf (jeweils 20 Prozent) sowie die CdF-Chimie (10 Prozent) haben der vorgesehenen Schließung bereits zugestimmt. Die etwa 100 Beschäftigten sollen nach Möglichkeit im Saarbergkonzern einen anderen beitsplatz erhalten. Die 1967 in Betrieb gegangene Saarland-Raffinerie, die Mitte der 70er Jahre auf eine Jahreskapazität von 3,6 Mill. Tonnen erweitert worden war, war nach Angaben von Saarberg 1984 nur noch zu 25 Prozent (Bundesdurchschnitt 65 Prozent) ausgelastet.

Moenus ohne Dividende

Frankfurt (VWD) – Über eine Steigerung des konsolidierten Umsatzes um 15 Prozent auf 46,4 Mill. DM im Geschäftsjahr 1984 berichtet die Moenus AG, Frankfurt. Nach Vorstandsangaben hat sich die Auftragslage der im Maschinenbau für die Schuh- und Lederindustrie tätigen Moenus-Gruppe deutlich verbessert. Der Auftragsbestand lag Ende 1984 mit 17,2 Mill. DM um 50 Prozent über dem Vorjahresniveau. Damit seien die Voraussetzungen für einen positiven Geschäftsverlauf 1985 gegeben. Bei der wichtigsten Tochter, Maschinenfabrik Moenus-Turner GmbH, ist 1984 ebenso wie im Gesamtkonzern erstmals seit 1981 ein positives Ergebnis erwirtschaftet worden, nachdem die Konzernrechnung 1983 noch einen Jahresverlust von 1,6 Mill. DM aufwies. An die Verteilung einer Dividende kann, so die Verwaltung, aber noch nicht gedacht werden. Zunächst müßten die aus den Vorjahren bestehenden Verlustvorträge ausgeglichen werden.

BAYERISCHE BÖRSE

Lebhaftes Rentengeschäft

DANKWARD SEITZ, München

Eine recht erfreuliche Entwicklung verzeichnete die Bayerische Börse in München im Jahr 1984. Ihr Gesamtumsatz stieg gegenüber 1983 um 8,7 Prozent auf 16,56 Mrd. DM. Davon entfielen nach Angaben von Rudolf Bayer, Vorsitzender des Börsenpräsidiums, 11,38 Mrd. DM (minus 4,8 Prozent) auf den Aktienhandel, während der Umsatz in Renten auf 5,18 Mrd. DM (plus 58,3 Prozent) zunahm. Im amtlichen Handel und im geregelten Freiverkehr wurden insgesamt 4318 (4218) Werte gehandelt, darunter 187 (172) ausländische Papiere. Weiter ausgebaut werden konnte die Stellung im ungeregelten Freiverkehr mit ausländischen Aktien. Umgesetzt wurden von den 81 (59) zugelassenen Werten 92,5 Mill. Stücke im Gesamtwert von 2,06 (2,03) Mrd. DM.

Die Bayerische Börse dürfte damit hinter Frankfurt und Düsseldorf den dritten Platz unter den deutschen Wertpapierbörsen einnehmen. Gemessen an der gesamten Börsenumsatzsteuer liegt nämlich Bayern mit 53,3 (46,2) Mrd. DM und einem Anteil von 15,6 (15,1) Prozent hinter Hessen (120,7 Mrd. DM; Anteil: 35,4 Prozent) und Nordrhein-Westfalen (74,8 Mrd. DM; 21,9 Prozent). Eine genauere Wertung ist, so der Vorsitzende des Börsenpräsidums, insofern schwierig, da Hamburg (30,0 Mrd. DM; 8,5 Prozent) als einzige deutsche Börse statt konkreter Jahresumsätze nur Prozentzahlen veröffentlicht.

Der Dollar trieb die Kurse

Exportaktien auch aus dem Ausland gesucht

DW. – Die kräftige Kurserholung des Dollar schlug sich bei den Aktien in einer wiedererwachten bemerkenswert lebhaften Kaufbereitschaft nieder. Im Vordergrund standen Siemens und die Papiere der Großchemie, die durch die bevorstehende Veröffentlichung ihrer 1984er Ergebnisse angeregt werden. An den Käufen waren wieder Ausländer beteiligt, aber auch inländische institutionelle Anleger begleitet vom Berufshandel. Die Abgabebereitschaft ist gering geworden, so daß höhere Kurse bewilligt werden mußten.

Den Vogel schossen die Siemens-Aktien mit einem Tagesgewinn von rund 10 DM ab. Bei BASF, Bayer und Hoechst gab es Kurssteigerungen zwischen 4 und 5 DM. Bemerkenswert ist, daß offensichtlich mehr und mehr auch die Maschinenbauaktien in die Anlageüberlegungen mit einbezogen werden. Damit findet die wachsende Investitionsbereitschaft im Inland jetzt ihren Niederschlag auch an der Börse. Kurssteigernde Meinungskäufe waren bei Porsche (plus 45 DM) zu beobachten, während gegenüber den anderen Autoaktien etwas Zurückhaltung bestand. Besonders gegenüber BMW, wo Absatzschwierigkeiten im Inland vermutet werden. Der Audi-Höhenflug scheint zunächst einmal beendet zu sein, da einige Informationsdienste Verkaufsempfehlungen für diese marktengen Papiere gegeben haben.

Frankfurt: Binding verloren 7 DM. Cassella stockten um 36,50 DM, Dywidag um 6,50 DM und Henninger um 5 DM auf. Veith Pirelli erhöhten um 8 DM und VGT um 7 DM.

Düsseldorf: Audi NSU stockten um 40 DM und Bonner Zement um 8 DM auf. Dyckerhoff St. verbesserten sich um 4 DM und Gildemeister um 2,40 DM. Nachgegeben haben Balcke Dürr um 5 DM. Hindrich Auffermann verloren 6 DM. Victoria verminderten um 150 DM.

Hamburg: Je 1 DM höher wurden Beiersdorf mit 520 DM und Bremer Vulkan mit 74 DM gehandelt. HEW gingen zu 93,50 DM und NWK-Vz. zu 168,50 DM um. Haller Meurer gaben leicht um 1 DM nach. Hapag Lloyd lagen bei 111 DM gut behauptet.

Berlin: DeTeWe zogen um 12 DM und Schering um 5,50 DM an. Orenstein wurden um 4 DM, Lehmann um 3,50 DM und Herlitz St. um 2 DM heraufgesetzt. Bergmann und Herlitz Vz. konnten sich um je 1,50 DM erholen.

München: Agrob St. stockten um 11 DM, Leonische Draht um 16 DM und Spinnerei Kolbermoor um 33 DM auf. Dywidag und Flachglas erhöhten um je 3 DM. Nachgegeben haben Deckel AG und Patrizier um 4 DM.

Stuttgart: Porsche erholten sich um 45 DM. Daimler besserten sich um 2,50 DM und Mercedes um 3 DM. IWKA stockten um 9 DM auf. DLW kletterten sogar um 13 DM. Württembergische Cattun waren auf 575 DM gedrückt. SEL fielen um 5,50 DM.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 176,0 (174,0)
WELT-Umsatzindex: 2920 (3180)

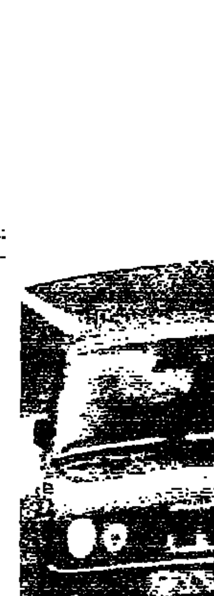
Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

Inland

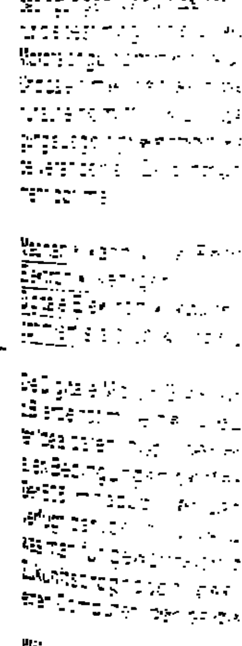
Ungeregelt.Freiverkehr



Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen



Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Amsterdam · Tokio · Zürich · Madrid · Paris

Toronto · London · Mailand · Wien · Kopenhagen · Hongkong · Singapur · Brüssel · Sydney

Optionshandel

… 7-200/17, 7-210/12, 7-220/7,45, 7-230/5,5, 7-240/2, 10-220/12, 10-230/10, 10-240/6,8, 10-250/4, 10-230/11,4, 10-250/6, Alcan 10-80/7, IBM 7-390/28, 10-460/6, Norsk Hydro 7-35/5, 10-35/5, 10-40/3,6, Philips 7-55/5,6, 10-50/8,1, 10-55/6, Sperry 7-170/8,5, Xerox 7-140/8,2, 10-150/5,4. Verkaufsoptionen: AEG 7-110/4,3, 10-100/2,4, 10-110/5,4, BASF 7-190/2,5, 7-200/4, 10-200/5, 10-210/11, Bayer 7-200/2, 7-210/4, 10-200/5,4, 10-210/8, Bay. Hypo 10-310/2,5, BMW 10-380/6,5, Commerzbk. 7-160/2,4, 10-170/6, Conti 7-130/1,3, 10-120/1, 10-130/3,9, 10-140/8, Daimler 7-620/7, 10-630/10,3, Deutsche Bk. 7-420/5, 10-410/5,5, Dresdner Bk. 7-190/5,7, 10-180/3,5, Harpener 10-310/3,5, Hoechst 7-200/3, 10-200/3,5, Hoesch 7-100/2, 7-110/4,8, Kaufhof 10-210/2,2, Klöckner 7-70/4,5, 10-65/2,2, 10-70/7, Lufthansa St. 7-180/1,5, Mannesmann 7-160/3,5, 10-160/5, Siemens 7-520/6,4, 10-490/2,5, 10-500/5,4, 10-510/7,6, 10-520/12,9, Thyssen 7-100/1,95, 10-95/1,5, 10-100/4, Veba 7-180/3, 10-180/3,8, VEW 10-120/8,6, VW 7-200/3, 10-190/3,5, 10-200/6,5, Chrysler 7-110/3,4, 10-110/9, 10-100/8, IBM 7-390/8, 7-400/11.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 2. 4. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8¾–8⅞	5⅝–5¾	5⅛–5⅜
3 Monate	9 – 9⅛	5⅞–6⅛	5¼–5½
6 Monate	9⅜–9⅝	6 –6¼	5½–5¾
12 Monate	10⅛–10⅜	6⅛–6⅜	5⅝–5⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. April folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1405,00	1778,40
10 US-Dollar (Indian)**)	1210,00	1471,75
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,60
1 £ Sovereign alt	227,50	282,15
1 £ Sovereign Elizabeth II.	226,75	281,30
20 belgische Franken	175,50	228,57
10 Rubel Tscherwonez	238,75	299,54
2 südafrikanische Rand	223,25	276,17
Krüger Rand, neu	1008,75	1189,88
Maple Leaf	1008,75	1189,88
Platin Noble Man	865,00	1026,00

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	242,50	304,95
20 schweiz. Franken „Vreneli"	179,25	232,85
20 franz. Franken „Napoléon"	179,25	232,85
100 österr. Kronen (Neuprägung)	931,00	1125,18
20 österr. Kronen (Neuprägung)	185,25	233,99
10 österr. Kronen (Neuprägung)	96,50	127,11
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	433,25	528,11
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	102,00	139,08

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

Devisenmärkte

Die Erhöhung des Dollarkurses setzte sich am 2. 4. unter Schwankungen fort. Zunächst registrierte man einen Anstieg von 3,1370 auf 3,1640, ohne daß nennenswerte neue Faktoren vorlagen. Um die Mittagszeit wurde jedoch wieder unter 3,14 gehandelt und die amtliche Notiz schließlich mit 3,1403 festgestellt. Im nachbörslichen Handel waren Umsätze zwischen 3,14 und 3,1550 vorhanden. Das englische Pfund mußte als einzige amtlich notierte Währung eine geringe Abschwächung gegen DM auf heute 3,805 hinnehmen. Besonders fest im Markt lagen der japanische Yen, Der Canadische Dollar sowie die Norwegische Krone. US-Dollar in: Amsterdam 3,5490; Brüssel 63,25; Paris 9,5945; Mailand 2002,00; Wien 22,0690; Zürich 2,6567; Ir. Pfund/DM 3,127; Pfund/Dollar 1,2115; Pfund/DM 3,805.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 2. April: in D-Mark 2,23571 (Parität 2,24184); in Dollar 0,709410 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 2. 4. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 20,00; Verkauf 23,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,75; Verkauf 22,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Aufgrund wenig veränderter Zinsgegebenheiten am Euromarkt notierten die Dollar-Termin-Deports am 2. 4. auf Freitagsniveau.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,90/0,80	2,53/2,43	5,35/5,15
Pfund/Dollar	0,49/0,47	1,22/1,18	1,88/1,83
Pfund/DM	3,20/1,80	7,40/6,00	12,2/10,8
FF/DM	22/6	49/33	92/76

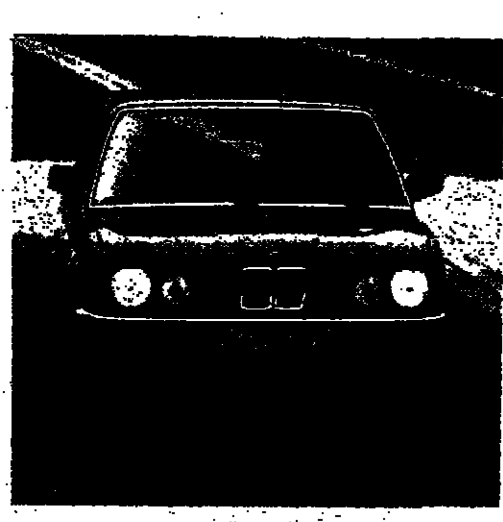
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2. 4.: Tagesgeld 5,90–6,00 Prozent; Monatsgeld 5,75–5,90 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,20 Prozent.

Privatdiskontsätze am 2. 4.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 2. 4.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00) – 7,00 (5,97) – 7,50 (6,45) – 8,00 (6,80) – 8,25 (7,05) – 8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00) – 7,00 (6,00) – 7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,97. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,25, Kurs 100,20, Rendite 7,20.

Wir bauen den technologischen Vorsprung weiter aus: BMW gibt dem Triebwerks-Computer die Fähigkeit zu lernen.

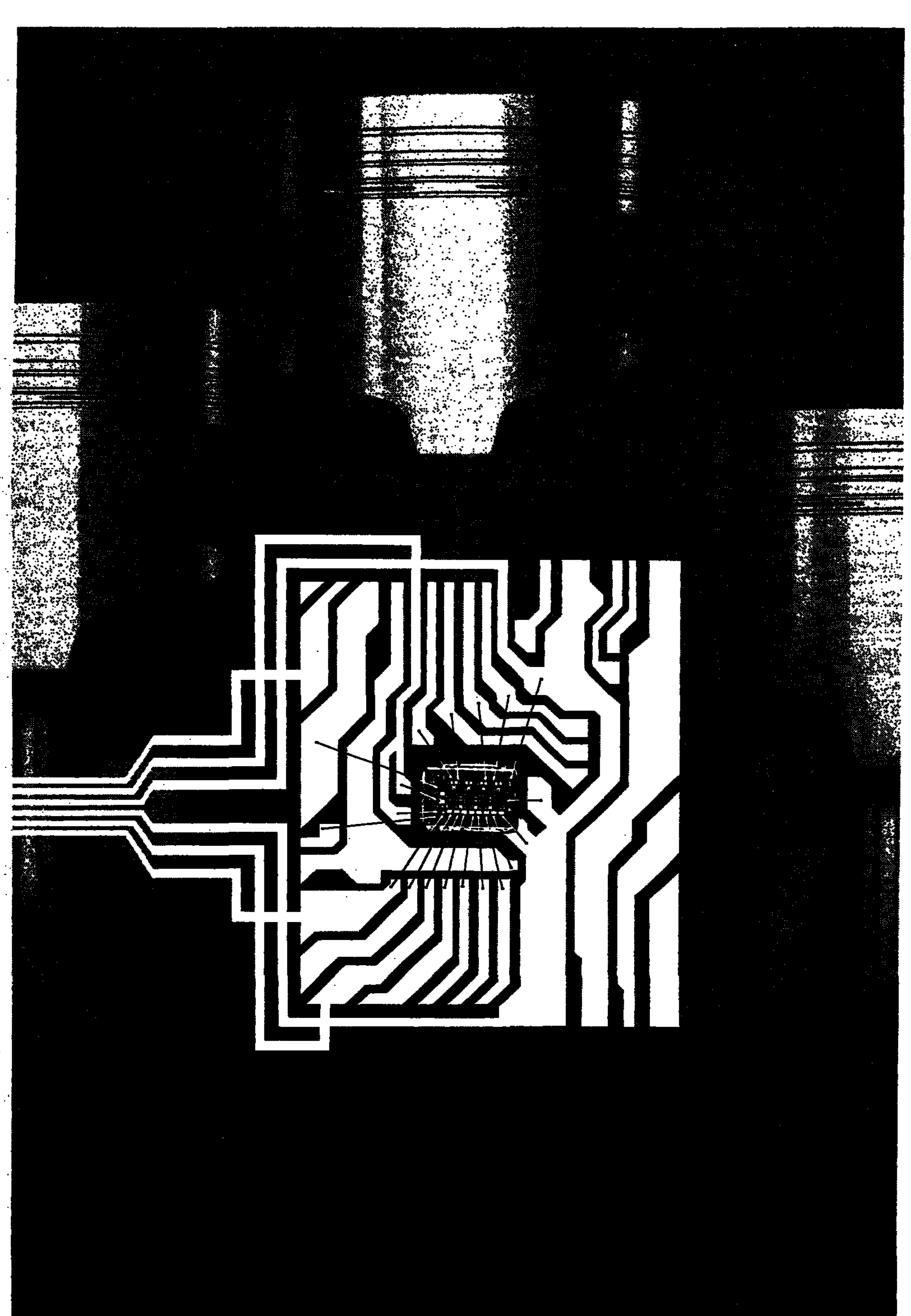


Mechanisch arbeitende Steuer- und Regelsysteme beim Motor eines Automobils haben den Nachteil, daß sie sich im Laufe der Zeit verändern und das vorausberechnete Ergebnis bei Leistung, Verbrauch oder Abgas nicht eingehalten werden kann. Ebenso können sich die Umgebungsbedingungen verändern, die ursprünglich für die bestmögliche Steuerung des Motors angenommen wurden.
Und da ein mechanisch gesteuerter Motor nur auf eine mittlere Umgebungsbedingung ausgelegt werden kann, arbeitet er bei veränderten Bedingungen auch nicht mehr optimal.

Mechanik kann viele Fehler machen.
Elektronik weniger.
Digitale Elektronik kaum. *Und im Idealfall optimiert sie sich sogar selbst.*

Die Digitale Motor-Elektronik im BMW 535i z.B. arbeitet mit einer Vielzahl gespeicherter Idealdaten, nach denen der Motor unter allen Bedingungen perfekt gesteuert wird. Der 535i mit adaptiver Lambda-Regelung verfügt darüber hinaus über etwas, was man für gewöhnlich nur in technischen Zukunftsprognosen lesen kann:
einen Computer, *der selbständig dazulernt.*

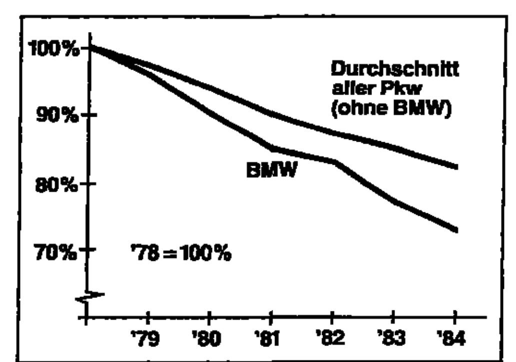
Während andere gerade lernen, mit Triebwerks-Elektronik umzugehen, ist sie bei BMW schon so weit voraus, daß sie selbst lernt.



Ein Beispiel: Der 535i wird zuerst in Norddeutschland auf einer Höhe kaum über Normalnull bewegt, später aber in einem Alpenland.
Die Computertechnik des 535i erkennt die entsprechenden Veränderungen der Umgebungsbedingungen, z.B. der Luftdichte, ohne dafür einen eigenen Meßfühler zu benötigen, und korrigiert die Handlungsanweisungen, die in den Speichern des Computers untergebracht sind.
Die Computertechnik erkennt also, daß sie aufgrund der veränderten äußeren Gegebenheiten bei der Regelung große Korrekturarbeit zu leisten hat und berücksichtigt das, sofern die Abweichungen anhaltend sind.
Die Folge ist eine einzigartige Freiheit von unerwünschten Quereinflüssen auf den bestmöglichen Betrieb des Motors sowie eine größtmögliche Langzeitstabilität.
Auch das erstklassige Ansprechverhalten eines Triebwerks, also die komfortable Leistungsentwicklung, bleibt durch die selbstlernende Regelung stabil über die ganze Lebensdauer erhalten.
Wenn man sich dagegen für ein weniger progressives System entscheidet, muß man damit rechnen, daß sich sowohl die Art der Leistungsentwicklung nach einer bestimmten Laufzeit des Automobils ändert als auch Veränderungen bei den Emissionen eintreten können.

BMW ist Technologieführer in Sachen elektronische Triebwerkssteuerung.

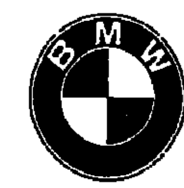
Und die anspruchsvollste Motor-Elektronik ermöglicht nicht nur die beschriebene adaptive Regelung, sondern auch das anspruchsvollste Katalysator-Automobil. Wieviel der frühzeitige konsequente Einsatz von Triebwerks-Elektronik bei BMW gebracht hat, zeigt z.B. die Grafik.



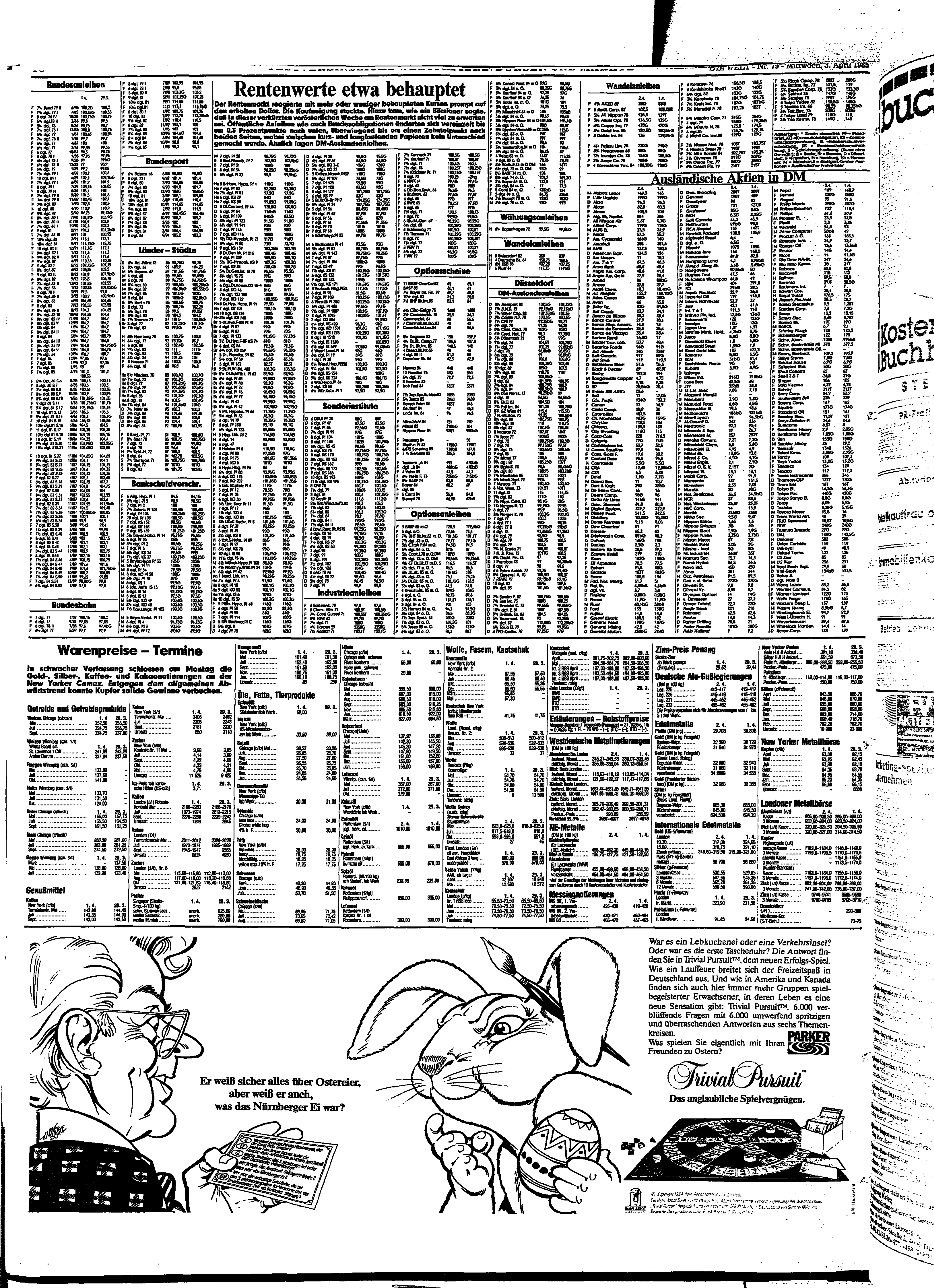
Entwicklung des Kraftstoffverbrauchs aller in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Pkw pro Modelljahr nach DIN 70030 unter Berücksichtigung der Zulassungsanteile (Flottenverbrauch).

Fahren Sie nicht hinter den Möglichkeiten des technischen Fortschritts hinterher.
Fahren Sie BMW.
Lernen Sie einen Abstand im Fortschritt kennen.

Wenn Sie zusätzliche Informationen wünschen, können Sie uns zum Ortstarif anrufen: Tel. 0130-3388, werktags von 9.00 bis 17.00 Uhr.
Oder wenden Sie sich an Ihren BMW Händler.



BMW in Btx * 20900#



Rentenwerte etwa behauptet

Der Rentenmarkt reagierte mit mehr oder weniger behaupteten Kursen prompt auf den erholten Dollar. Die Kaufneigung stockte. Hinzu kam, wie ein Börsianer sagte, daß in dieser verkürzten vorösterlichen Woche am Rentenmarkt nicht viel zu erwarten sei. Öffentliche Anleihen wie auch Bundesobligationen änderten sich vereinzelt bis um 0,3 Prozentpunkte nach unten, überwiegend bis um einen Zehntelpunkt nach beiden Seiten, wobei zwischen kurz- und langlaufenden Papieren kein Unterschied gemacht wurde. Ähnlich lagen DM-Auslandsanleihen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

			1. 4.	29. 3.
F	7 dgl. 77	2/87	100,15	100,2
F	6 dgl. 77	9/87	97,85	97,85
F	6 dgl. 78 II	7/88	97,5	97,4bG
F	6½ dgl. 77	5/89	97,7	97,9

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Optionsscheine

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Ausländische Aktien in DM

Warenpreise – Termine

In schwacher Verfassung schlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex. Entgegen dem allgemeinen Abwärtstrend konnte Kupfer solide Gewinne verbuchen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	1. 4.	29. 3.
Mai	352,50	356,50
Juli	334,75	336,75
Sept.	334,75	337,00

Kakao New York ($/t)	1. 4.	29. 3.
Terminkontr. Mai	2406	2462
Juli	2205	2248
Sept.	2181	2220
Umsatz	650	3110

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

STELLENGESUCHE

PR-Profi, Dr. phil.
34 Jahre, z. Z. in Pressestelle eines großen Dienstleistungsunternehmens, Erfahrung als Werbetexter, Lehraufträge in Publizistik, Kenntnisse im Bereich „neue Medien", Organisationstalent und gute Sprachkenntnisse: Engl./Franz./Span., sucht neue Aufgabe in PR- oder Werbeagentur, Unternehmen oder Redaktion, Raum HH.
Angebote erbeten unter S 14 767 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Abiturientin 1984
20, vielseitig interessiert, örtlich ungebunden, sucht Ausbildung als
Hotelkauffrau o. Hotelfachfrau
Andrea Hötger, Antwerpener Straße 42, 5014 Kerpen
Telefon 0 22 37 / 31 64

Immobilienkaufmann, 36 J.
Geschäftsführer Projektmanagement, Aufbereitung, Vermögensverwaltung, Fondkonzept für gewerbliche Immobilien und Beteiligungen, vertraut mit jur./fiskal. Problemen, erwartet neue Aufgaben. Dot. DM 280 000 p. a.
Für den Erstkontakt Zuschriften erbeten unter K 14 783 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Betriebl. Lehrlingsausbildung
Als erfolgreiche Ausbildungsleiterin,
- Industriekauffrau mit EDV-Kenntnissen,
- Englisch in Wort und Schrift,
- Abgeschl. Pädagogikstudium,
- Ausbildereignungsprüfung sowie
- Prüfertätigkeit bei der IHK,

suche ich nach Wohnungswechsel (Düsseldorf) neuen, anspruchsvollen Wirkungskreis. Angebote erbeten unter Tel. 4 98 22 84 oder unter T 14 878 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Marketing-Spezialisten für Ihr Unternehmen
Diplom-Ingenieure verschiedener Fachrichtungen, die in einem fünfmonatigen Tagesseminar „Marketing" an der Technischen Akademie Wuppertal zusätzliche Kenntnisse zu ihrer bisherigen beruflichen Qualifikation erworben haben, suchen neue entsprechende Aufgaben. Neben den Grundlagen der Betriebswirtschaft wurden umfangreiche Kenntnisse des Marketings sowie verkaufstechnisches und verkaufspsychologisches Fachwissen vermittelt. Sollten Sie Interesse an Kontakten zu den Seminarteilnehmern haben, leiten wir Ihre Anfrage gerne an diese weiter; detaillierte Bewerbungsunterlagen gehen Ihnen umgehend zu.
Hier einige Informationen zu den Qualifikationen der Teilnehmer:

Diplom-Ingenieur Feinwerktechnik
4 J. Berufserf. als Projekt- und Koordinierungsing. für Rationalisierungs- und Investitionsvorhaben im wissenschaftl. Gerätebau; gute Engl.- und Russisch-Kenntnisse MAR 01

Diplom-Ingenieur Maschinenbau
langj. Vertriebserfahrung; EDV-Kenntnisse; Englisch in Wort und Schrift MAR 02

Diplom-Ingenieur Verfahrenstechnik
langj. Berufserf. im milit. Kfz.-Wesen: Beschaffung, Konstruktion, AV; Oberlt. d. R.; perfekte Engl.- und gute Franz.-Kenntnisse MAR 03

Diplom-Ingenieur E-Technik, Diplom-Wirtschafts-Ingenieur
langj. Berufserf. im Anlagenbau: Projektplanung, -durchführung und -kontrolle, Gesamtanlagen-Engineering; umfangreiche Kenntnisse in Organisation, EDV, Digitaltechnik, gute Engl.-Kenntnisse MAR 04

Diplom-Ingenieur Maschinenbau
5 J. Berufserf. im Bereich der Investitionsgüterindustrie; fl. Französisch, gute Engl.- und Arabisch-Kenntnisse MAR 05

Diplom-Ingenieur Maschinenbau (Fertigungstechnik)
Ausbild. Maschinenschlosser, mehrj. Berufserf. im Maschinenbau: Vertrieb, Betriebsleitung, AV; gute Engl.-Kenntnisse MAR 06

Diplom-Bau-Ingenieur (Hochbau)
mehrj. Berufserf. in Bauleitung und Baubetrieb MAR 07

Diplom-Bau-Ingenieur
mehrj. Berufserf. im Baubetrieb MAR 08

Diplom-Ingenieur Landespflege
mehrj. Berufserf. im Baubetrieb MAR 09

Diplom-Bau-Ingenieur
7 J. Berufserf. in Bauleitung, Abrechnung und Kalkulation von Tiefbau-/Straßenbau- und Hochbauprojekten; gute Engl.-Kenntnisse MAR 10

Ihre Anfragen richten Sie bitte an:
Wolfgang Krieg
Fachvermittlungsdienst für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
beim Arbeitsamt Düsseldorf
Fritz-Roeber-Straße 2, 4000 Düsseldorf 1
Tel. 0211/8226-477, -458, Telex: 8 588 292

Vertriebsorientierter Kaufmann
Bereich Fast Food/Frischdienstprodukte
44 Jahre, verh., in ungekündigter Führungsposition mit langjährigen besten Verbindungen zu Kaufhauszentralen, SB- und GV-Ketten, SB-Einzelhandelsfilialisten
Als qualifizierter Praktiker biete ich:
- Unternehmens- u. Marketingstrategie
- Top-Verkäufer auf jeder Ebene Nachwuchsschulung
- Konzeption und Realisierung von DV-Anwendungsprogrammen
- Logistik Management Analyse – Entwicklung – Praxis

Ich suche eine neue verantwortungsvolle Aufgabe im Raum NRW– Nord-West.
Freundliche Angebote richten Sie bitte unter U 14 879 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufs-Projektleiter
Betriebswirt (grad.), 38 J., tätig im beratungsintensiven, technischen Investitionsgütergeschäft, national u. international. Schwerpunkt: Führung des Innen- u. Außendiestes, Akquisition, Verkauf, Abwicklung, Realisierung vor Ort, sucht Führungsaufgabe.
Angebote unter R 14 766 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
32 J., sucht zum 1. 8. 1985 neues Aufgabengebiet im Ausland. Erf. in Industrie und Handel (4 J. Afrika, 2 J. Saudi-Arabien). Kontakt-Aufnahme bei Deutschland-Aufenthalt im April/Mai 1985 möglich.
Angebote unter P 14 765 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ingenieur – Repräsentanz für London
Ingenieur mit langjähriger Erfahrung an Öl- und Gasprojekten in der britischen Nordsee, USA und Afrika, sucht neuen Wirkungskreis.
Angebote erbeten unter E 14 779 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Biol.
(Anthr., Zool., Gen., Paläont.)
33 J., Erfahrung in Industrie (Nuk.-med. u. klin.-chem.) sucht neues Betätig.-Feld in Industrie, Univ., oder Staatsdienst, evtl. m. Mögl. zur Weiterqual., ab 1. 9. oder später, z. Z. ungek. Stellung.
Angebote erbeten unter G 14 781 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Kfm.
31 J., ungeb., gewandt, gute Englischkenntn., bisher 1¼ J. Berufserf. in WP/Stb-Gesellschaft, sucht entwicklungsfähige controllingorientierte Stelle im Unternehmen aus dem Bereich Wassersport, Freizeitschiffahrt, Sporttouristik m. breitem Aufgabenfeld, auch Auslandstätigkeit.
Zuschr. erb. u. C 14 887 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Arzthelferin
m. sehr gt. Abschluß u. entspr. Qualifik. (Urologie) sucht Festanstell. i. Raum Wuppert. / Mettmann / D'dorf. Geb. Sie mir eine Chance, mein Können unt. Beweis zu stellen u. schreib. Sie u. V 14 880 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Industriemeister
Fachrichtung Kraftverkehr, 29 J., übernimmt Fuhrparkleitung oder andere verantwortungsvolle Tätigkeit.
Angebote erbeten unter T 14 768 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
33 J., Ausbildung: Großhandelskfm., prakt. Betriebswirt. Bish. Tätigkeit: 3 J. Lebensmittelkfm., 2 J. Steuerbüro, 5 J. Supermarktbereich u. 3 J. selbst. Kaufmann. Suche interessante Aufgabe im Innen- od. Außendienst. WO? Südwestdeutscher Bereich, Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden.
Zuschr. erb. unter E 14 889 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann
33, ledig, sucht neuen Aufgabenbereich in middle East bzw. Egypt. Umzug möglich, Englisch- und Landeskenntnisse vorhanden.
Zuschriften unter H 14 782 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing.
mit viel Erfahrung als Betriebsleiter, ppa, Entwicklung, Energiewirtschaft, Klimaanlagen, EDV etc., sucht neue Aufgabe für die nächsten 10 Jahre.
Zuschr. erb. u. X 14 882 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Welches mittelständ. Bauunternehmen sucht gerade in dieser schwierigen Zeit den
techn. Leiter/Oberbauleiter
der aufgrund seines Könnens, seiner Erfahrung und Einsatzfreude mit imstande ist, es zu erhalten und weiter erfolgreich zu führen.
Wenn in einem Unternehmen die volle Kraft eines 47jährigen, unternehmerisch denkenden und handelnden Mannes gesucht wird und Platz zur Entfaltung seiner Möglichkeit geboten wird, erbitte ich Ihre Aufforderung zu einem Gespräch (keine Agentur).
Zuschr. u. Z 14818 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Suchen Sie nicht weiter, hier ist Ihr Vertriebsprofi!
29jähriger Gebietsleiter bei einem amerikanischen Multi der Investitionsgüterbranche, 120% Club, Betriebswirt prakt. und Personal-Fachkaufmann, Verfechter der 60-Stunden-Woche, letztes Einkommen DM 100 000,- p. a. + Firmenfahrzeug. Führungserfahrung und top geschult, sucht neue leitende Tätigkeit möglichst im Außendienst Raum Norddeutschland.
Angebote erbeten unter U 14 769 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSFÜHRER – Wohnungswirtschaft
übernimmt neue Aufgabe. Dipl.-Kaufmann (51), umfassende Erfahrungen in Finanzierung, Verwaltung, Betreuung, Planung und Konzeption von wohnungswirtschaftlichen und gewerblichen Projekten.
Zuschriften erbeten unter Y 14 883 an WELT-Verlag Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungskraft für Nah-Ost / Afrika
Exportkaufmann mit Format u. techn. Background, Anf. 40 J., sucht mehrj. Einsatz.
Direkte Zuschriften deutscher Industrie erb. unt. D 14 778 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Suche – nicht sofort –
Führungs-/Organisations-/Repräsentationsaufgabe
Habe bish. geführt, gelehrt, ausgebildet, tue das zur Zeit auch noch; bin 49 J. u. mobil rund um die Welt. Verbindungsaufnahme bitte unt. R 14 876 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Wirtschaftsingenieur
u. FH, Verlagswirtschaft, 25 J., led., sucht Stellung in USA.
Angeb. unt. F 14 780 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

El.-Meister/Mischmeister
Seit 76 im Ausland, sucht neuen Job.
Ang. u. D 14 888 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

BETEILIGUNGSKAPITAL VERFÜGBAR
Sollte Ihre Firma, ungeachtet ihrer Größe, eine neue Ware oder Dienstleistung entwickelt haben, die Ihrer Überzeugung nach große Erfolgsaussichten hat, dann können wir Ihnen zusätzliches Betriebskapital in einer Höhe von bis zu DM 500 000,– zur Verfügung stellen.
Bitte übermitteln Sie uns noch heute ausführliche Unterlagen in deutscher, englischer oder französischer Sprache, die von uns mit absoluter Vertraulichkeit behandelt werden. Wir vereinbaren dann mit Ihnen zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine persönliche Begegnung in der Bundesrepublik.
Dept. 321
Box BCM-8466
London WC1M 3XX, England

Weltweite Fertigungslizenz für Papierverarbeitungsmaschinen
Von Konstruktions- und Verkaufsfirma zu vergeben. Stückgewicht von 5 t bis 18 t.
Angebote erbeten unter W 14 771 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Existenz der Superlative
Geschäftsleute, Ihr zweites Bein. Als Vermittler, vom Schreibtisch aus, erzielen Sie neben Ihrem Verdienst bei ca. 5–6 Stunden wöchentlichen Zeitaufwand ein
sechstelliges Jahreseinkommen
Voraussetzungen: kleines Büro, Organisationstalent sowie Eigenkapital in Höhe von DM 15 000,– + MwSt. Ihr Beruf spielt keine Rolle, da unser Programm Sie systematisch zum Erfolg führt.
Kurzschreiben mit Telefonangabe unter Z 14 774 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir transportieren alles!
Spezialkuriere transportieren Ihre Wertsachen diskret, zuverlässig und sicher im In- und Ausland, speziell Benelux.
Bei Transportproblemen, gleich welcher Art, sollten wir uns kennenlernen.
Zuschriften erbeten unter V 14770 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Der Sprung zur eigenen Existenz
Wir vergeben für die PLZ-Gebiete 1–8 die Exklusivrechte unserer erfolgreichen Werbeträger. Als Startkapital ist ein Betrag von DM 10 000,- erforderlich, bei einem garantiertem Umsatz von DM 186 228,- p. a. Wenn Sie nun endlich in die eigene Tasche wirtschaften wollen, dann sollten Sie mit uns Kontakt aufnehmen, denn Ihr Erfolg ist bei uns vorprogrammiert.
Zuschriften u. X 14 884 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Charmante, unabhängige Geschäftsfrau
mit tätiger Beteiligung für verantw. Position in renom. Münchner Immobilien- und Grundstücksgesellschaft (In-/Ausland) gesucht. Ihre Persönlichkeit sollte dem gehob. Niveau unseres Klientels entsprechen. Fachkenntnisse von Vort., jed. nicht Bed. Kapitalnachweis erforderlich.
Kontaktaufnahme u. Y 14 877 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

50 000 gebr. u. neue Einwegpaletten
aller Arten und Größen, auch Teilpartien, wegen Betriebsverlagerung äußerst preisgünstig abzugeben.
PALETTENDIENST JÄCKLE
Reparatur - Original
In- und Ausland
An- und Verkauf
Am Kupferwerk 26
D-6095 Gustavsburg
Telefon 0 61 34 / 5 22 12

Haushaltsverteilung
Wir bringen Ihre Warenproben konkurrenzlos preiswert in ausgewählte Haushalte.
Kontaktaufnahme unter 02 11 / 36 07 75 oder Telex 8 586 763 med

8000 bis 12 000 DM monatlich
Gründen Sie Ihre eigene Existenz in Zusammenarbeit mit einem renommierten Reiseveranstalter.
Es handelt sich um eine konkurrenzlose Tätigkeit an Ihrem Standort.
Dynamische Interessenten werden intensiv eingearbeitet.
Voraussetzung: der Wille zum Erfolg. Guter Leumund ist Voraussetzung für diese Tätigkeit.
Eigenkapital von 5000 DM erforderlich.
Zuschr. erb. unter C 14 777 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Handelsvertreter
der Lebensmittel- u. Feinkostbranche m. Lag., Kühlr., Lkw u. Auslieferungsfahrer i. Raume Bochum, Herne, Recklinghaus., Witten, Hattingen sucht Vertret. m. Auslief. u. Service. Auch Lagerhalt. u. Auslief. ohne Vertretung möglich.
Angeb. erb. u. Y 14 773 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schweizer Gesellschaft sucht Kapital von 2,5 Mio sfr
(auch Teilbeträge ab sfr 100 000,-) zur Finanzierung eines Projektes mit großer Gewinnerwartung.
Chiffre 25-13 9022 Publicitas, Gubelstr. 19, CH-6300 Zug

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Handelsvertretung
im ges. Bundesgebiet, tätig in den Bereichen Video (Spielfilme u. Zubehör) und Werbung, sucht noch Partner, auch ausländische, deren Erzeugnisse vertrieben werden sollen.
Angebote an FPM, Hdl.-Vertr., 2900 Oldenburg, PF 36 23, Tel. 04 41 / 5 84 98

Nothilfe e. V.
sucht zum Aufbau und zur Führung ihrer Landesverbände pro Bundesland
1 Heilpraktiker
Gute Verdienstmöglichkeit.
Zuschriften erbeten unter A 14 775 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

★ ★ ★ Sofort – gegen bar ★ ★ ★
FORDERUNGSANKAUF
(tituliert – mindestens 50 Stück)
Inkassobüro Dr. Stapf, 5300 Bonn
Adenauerallee 48, Tel. 02 28 / 2 69 04 75

Textilgeschäft
sucht Lieferant für Textilien (Röcke, Blusen, Pullis) auf Kommissionsbasis.
Angeb. unt. X 14 772 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Internationaler Spediteur
Süd-Baden, mit interess. franz. u. deutsch. Kundenstamm, sucht deutsche Spedition zur Zusammenarbeit.
Zuschr. erb. u. B 14 776 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Kleine Albernheiten machen Anzeigen, Prospekte und Kataloge insaugefallender! Infos anfordern bei **concecond** in 4352 Herten, Telefon 02366-38505

Schweizer Immobilien-Gesellschaft bietet erfahrenen
Anlageberatern und Salesmanagern
lukrative Verkaufsaktivitäten für
Schweizer Spitzenobjekt
(Kein Bauherrenmodell!)
Nähere Auskunft unter Chiffre 25-139 020 an Publicitas, Gubelstraße 19, CH-6300 Zug.

IMMOBILIEN/KAPITALIEN

Wohn- und Geschäftshaus
360 m² Nfl., in absolut gutem Zustand in einer mittleren Industriestadt Nähe Dortmunds, direkt an einer Bundesstr. gelegen, wodurch eine permanente Präsenz gewährleistet ist, zugleich Stadtmitte u. Autobahnab- und -auffahrt nah und somit eine hervorragende Anbindung gesichert bleibt. Geeignet für Gewerbe aller Art und Büroräume. Schaufenstermöglichkeit auf 2 Etagen in voller Breite möglich.
Preisvorstellung 480 000,- DM.
Zuschriften unter F 14 890 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Das neue Buch von **Paul C. Martin** ist da!
Nach der Prognose nun die Konsequenz:
Sachwert schlägt Geldwert
(360 Seiten, Leinen, DM 36,–)
Wie Sie Ihr Vermögen vor dem unausweichlich kommenden Crash retten können. Ein Buch, das den Politikern Kopfschmerzen bereitet!
Jetzt in allen Buchhandlungen oder über
Wirtschaftsverlag Langen Müller/Herbig
Hubertusstraße 4 · 8000 München 19

Bürohaus in Wiesbaden zu günstigen Mietkonditionen



– verkehrsideal, unmittelbar am Autobahnkreuz Wiesbaden-Schierstein, im Gewerbegebiet in Nachbarschaft namhafter Firmen –
Gesamtfläche ca. 2832 m², aufgeteilt über 8 Etagen inkl. Kantine im Untergeschoß, modernes, repräsentatives Gebäude, Baujahr 72, alle Etagen mit flexiblen Trennwänden und Wandschranksystem, aufwendig ausgestattet, kompl. mit Deckenbeleuchtung. 90 Parkplätze, Renovierung innen und außen nach Mieterwunsch. Gesamtbelegung bevorzugt, aber auch teilweise denkbar, ebenso Kauf des Objektes möglich. Fordern Sie unser umfassendes Angebot an:
HILDEBRAND MIETERDIENST 0 61 21 44 23 24 RDM An der Ringkirche 2 62 Wiesbaden

In Lübeck-Travemünde
ist eine herrliche nach Osten gelegene
2-Zi.-Wohnung
mit Küche, Bad und Balkon in unmittelbarer Ostseenähe ab sofort für monatlich DM 850,– kalt, zuzügl. der üblichen Nebenkosten zu vermieten. Die Vermietung erfolgt unmittelbar durch den Grundstückseigentümer.
Zuschr. erb. unter R 14 832 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wir haben zur Zeit einige aussichtsreiche, direkte Beteiligungen an Minen für
Gold
und andere Edelmetalle anzubieten (U.S.A. und Kanada, evtl. Ostasien). Sichere Erträge dank niedrigen Produktionskosten je Unze.
Es handelt sich um geprüfte Vorkommen, die in Kürze ausgebeutet werden können.
Auszahlung der Gewinne in Gold in der Schweiz möglich.
Eine Besprechung mit uns wird Ihnen zeigen, was für enorme Möglichkeiten bestehen.
Rufen Sie uns an!
Invest-Consult AG



Asylstrasse 19, 8032 Zürich 7, Tel. 01/252 60 82
Via Pretoria 20, 6901 Lugano, Tel. 091/23 99 25

Direkt vom Erbauer zu verkaufen im Tessin – Südschweiz
KLEINE EINFAMILIEN- ZWEIFAMILIEN-VILLEN EIGENTUMSWOHNUNGEN RUSTIKOS
Schreiben an Chiffre 24-H 900.068 Publicitas, 6901 Lugano – CH

SPANIEN
Costa Blanca, Calpe
– direkt vom Konstruktor
– Luxus-Apartments (mit beheiztes Schwimmbad) am Meer
– gute Rente – Vermietung
Gratiskatalog:
Edf. Aguamarina, Playa de Levante, CALPE (Alicante), Spanien, Tel. 34 / 65 83 1712

ZANDVOORT (Holland), Wohncaravan zu verk. in Ia Zust., 13x3,15 m, 2 Schlafzi., Wohnzi. + Kü. u. Du./WC, fl. Wasser, elektr., schöner Garten u. Schuppen. VB 30 000,–
Tel. 00 31 – 25 07.1 93 02

Roulette-Info
Gratis mit Gewinnkonzept von DYN-CLUB, Fach 245, 4000 Düsseldorf 31

HOLLAND – Baarland
im kl. Park, dir. an der „Westerschelde" geleg., nett eingerichtete Ferienbungalows a. 300 m² Grund, ganz lux. Möblierung, f. 4–5 Personen.
Telefon 0031-1100.11147

Das Opjekt der Woche Meran/Südtirol
Wunderschöner ANSITZ mit Ferienappartements an den Sonnenhängen von Meran zu verk.
Zuschr. u. Chiffre 49/H an SPI, I-39100 Bozen, Silbergasse 24

Verkaufsprofis
für komplette App.-Anlage mit Liegeplätzen im Hafen, für die Postleitbereiche 1, 2, 3, 5, 7 u. 8 gesucht. Wir übernehmen die Werbung für diese großzüg. Anlage in Tunesien-Monastir. Zusammenarbeit im Immobilienverbund gewünscht. Kapital erforderlich.
Anfragen bitte an:
WVA-Ferien-Immobilien
Pf. 350, D-6660 Zweibrücken
Tel. 0 63 32 / 4 48 67 od. 4 98 67

Großes Wochenendhaus in
Steinhude am Meer
Küche, Wohnzimmer, Gästezimmer, Kaminzimmer, Schlafzimmer, Eßzimmer, Bad/WC, insgesamt 130 m². Überdachte Terrasse, Nachtstromspeicheröfen, mit Bootshaus, abgeschl. u. abgeschirmtes 800 m² großes Pachtgrundstück, Bootsliegeplatz, VB 180 000,– DM.
Tel. 0 57 02 / 95 60, nach 19 Uhr

Schweizer Immobilien-Gesellschaft bietet erfahrenen
Anlageberatern und **Salesmanagern**
lukrative Verkaufsaktivitäten für
Schweizer Spitzenobjekt
(kein Bauherrenmodell!)
Nähere Auskunft unter Chiffre 25-139 020 an Publicitas, Gubelstr. 19, CH-6300 Zug

STADLER & CO Die große Deutsche IMMOBILIEN · BÖRSE
(Nr. 14 738) Gartencenter, gut eingeführt m. gr. Einzugsbereich im südl. Obb., Lagerhalle, Treib- u. Gewächshäuser, beste Bodenbonität, Gießwasserversorg. d. eig. Brunnen, Wohnhaus, Wfl. 290 m², Sauna, Solarium, Doppelgar. Areal 21 500 m². Verk.-Preis: DM 1,9 Mio. Angebote über: Hildegard Pichler, Immobilien, Burgleite 2, 8261 Tittmoning, Tel. 0 86 83-220

Für Spanien-Liebhaber:
Altea Costa Blanca
Eine Rarität!
Auf dem weißen Hügel von Altea haben wir soeben 6 Wohnungen fertiggestellt. 4 EW, 2 mit Dachstudio, verkaufen wir jetzt. Unverbaubarer Blick aufs Meer. Hochwertige Ausstattung. Sie können sofort einziehen. Teilungserklärung und Escritura liegen vor. (keine Maklerprovision)
Unterlagen mit Fotos bei
Betreu-KG
7060 Schorndorf/Stgt.
Pf. 1530, Tel. 0 71 81 / 7 73 36

Zu verkaufen in der Zentralschweiz in ruhigem und idyllischem Winter- und Sommerkurort am See
Ferienwohnungen
Günstige Zufahrt mit Autoeinstellhalle. Genehmigung für Verkauf an Ausländer vorhanden.
Offerten unter Chiffre 25-119 032 an Publicitas, Postfach, CH-6002 Luzern

HOLLAND – SEELAND
Walcheren – Overfl. – Schouwen – Duiveland
Ferienwohnung ab DM 59 500.–
Bungalows ab DM 62 700.–
Finanzierung bis 90% –
Mietgarantie – eigener Grund
Tel. vom 5. bis 8. April
00 31 – 11 84 – 7 91 59

Rom. gel. Bauernhaus
Südl. Cloppenburg, unter 200jähr. Eichen, Alleelage, Grundst. ca. 3500 m², Bj. ca. 1900, Ziegelfachw., tot. ren. 1980, elektr. Nachtsp.-Hzg., Isolierglas, Alarmanl., ca. 240 m² Wfl., 10 Zi., Kü., Di., 2 Bäder; Nebengeb. ca. 40 m² Wfl., 2 Zi., Kü., Bad. VB DM 465 000–.
Zuschriften erb. u. P 14 831 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Feldberg-Falkau
Hochschwarzwald
Schwarzwaldhaus als Ein- oder Zweifamilienhaus,
Wfl. ca. 155 m²,
bezugsfertig,
Preis ab DM 365.000,--
incl. Garage(n) u. Stellplätze,
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Kempten/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 39–89 m²,
ideal als Ferienwohnung oder Altersruhesitz,
Preis ab DM 109.000,--
zuzügl. DM 3.000,-- Stellplatz,
Gesamtpreis ab DM 112.000,--.
Keine Käuferprovision
Telefon (08 31) 2 26 51 / 2 60 20
Leonberger Immobilien

Konstanz/Bodensee
Eigentumswohnungen,
Wfl. 88–127 m², bezugsfertig,
reizvolle Umgebung mit hohem Freizeitwert,
Preis ab DM 288.000,--
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision
Telefon (07 71) 50 41 / 42
Leonberger Immobilien

Wangen/Allgäu
Eigentumswohnungen,
Wfl. 80–96 m², 20 Min. bis zum Bodensee, bezugsfertig,
Preis ab DM 199.000,--
incl. TG-Platz.
Keine Käuferprovision
Telefon (0 75 28) 69 69
Leonberger Immobilien

Kenia, Mallorca, Malediven – die Welt der Reiseleiter in einer Spielfilmserie

Tag- und Alpträume auf Traumtouren

Es geschah im Tsavo Nationalpark in Kenia, wo Regisseur Hans-Jürgen Tögel einen stimmungsvollen Sonnenuntergang einfangen wollte. Mit einem Safaribus war das Filmteam in Begleitung eines Wildhüters in die Savanne gefahren, um eine Kameraposition festzulegen. „Tögel ging in die Hocke und langsam rückwärts in den Bildvordergrund. Doch plötzlich wurde er in seinem Tun durch ein fürchterliches Knurren und Fauchen gestoppt. Etwa vier Meter von ihm entfernt lagerte eine Löwenfamilie dösend in der Abendsonne. Papa Löwe hob drohend die Vorderpfote und signalisierte eindeutig: Noch einen Schritt und du bekommst meine Pranke zu spüren! Der Wildhüter brüllte sich die Seele aus dem Leib: Tögel machte kehrt, rannte zum Bus und wir atmeten erleichtert auf."

Eines von vielen großen und kleinen Erlebnissen des „Schöne Ferien"-Filmteams, das Chefreiseleiter Sigmar Solbach erzählte und ihn heute noch blaß werden läßt. Sechs Monate waren er und seine beiden Mitstreiterinnen Claudia Rieschel und Simone Rethel auf Tour, um das Leben und „Lieben" von vor Ort arbeitenden Reiseleitern aufzuzeigen. Der Fünfteiler, von Unterhaltungsproduzent Wolfgang Rademann in Szene gesetzt, scheint nach bewährtem Strickmuster wieder eine gelungene Mixtur aus visuellen Reizen, besonders schönen Feriengebieten und der Darstellung unterhaltsamer Storys zu sein. Läßt also die ebenfalls von Rademann gemachte ZDF-Traumschiffserie grüßen? Solbach: „Ein Traumschiff-Ersatz soll diese neue Fernsehserie nicht sein. Konkurrenz ist da schon eher im Spiel." Für jede Folge waren drei bis vier Wochen Drehzeit angesetzt. Dazwischen gab es eine Woche Heimaturlaub für die gesamte Crew: Safari-Look raus – Mallorca-Klamotten rein in den Koffer. Ein Vagabundenleben. Auf SFB-Kosten

Schöne Ferien – ARD, 20.15 Uhr

sind alle Mitwirkenden ganz schön in der Welt herumgekommen. Kenia, Mallorca, Sri Lanka und die Malediven, Portugal, Singapur und Malaysia standen auf dem Programm, das die TUI, wie der Nachspann belegt, gesponsert hat. Die Nennung des Reiseunternehmens ist für die ARD ebenfalls Neuland, da man sich einem amerikanisch angehauchten „Werbedenken" bisher, außer vielleicht einer Dankeszeile im Nachspann, verschlossen hatte.

An der Chefreiseleiterrolle war vielerlei reizvoll für Sigmar Solbach: „Ich bin nur de facto der Big Boß der Dreier-Reiseleitertruppe, in der Rolle hat sich das nicht manifestiert. Mit der Claudia Rieschel bin ich in den Folgen quasi verbandelt, und die Simone Rethel hält unterwegs auch ihre schönen Augen offen, ob nicht jemand für sie dabei ist. So passieren auch hin und wieder – rollengerecht – Eifersüchteleien, die etwas Farbe in das oftmals triste Reiseleiterleben bringen." Auf das nicht immer leichte Amt eines Reiseleiters hat sich die Dreiertruppe gut vorbereitet. „Das sind, wie uns vor Ort begleitende Reiseleiter versicherten, oft ganz profane Probleme. Wenn beispielsweise ein Reisender permanent darauf besteht, bei einer Fotosafari in einem kleinen VW-Bus immer am Fenster zu sitzen. Dadurch zieht er Aggressionen der anderen Teilnehmer auf sich, und er erlebt, wie die Gruppe sich gegen ihn verbündet und ihn schließlich durch dauernde Sticheleien fertigmacht."

Den reisepsychologischen Background haben Fachleute beigesteuert, wie überhaupt alle Erlebnisse auf wahren Begebenheiten beruhen, sie wurden dramaturgisch nur ein wenig aufpoliert. Trotz aller Probleme, die es mit den Außenaufnahmen gab – in Malaysia hatte der starke Monsunregen alle Straßen und Brücken im vorausgewählten Aufnahmegebiet an der Westküste weggespült –, war die Filmarbeit ein echtes Abenteuer und nicht nur ein Zuckerschlecken. „Es besteht immer die Gefahr, daß der falsche Eindruck entsteht, man wäre nur als Urlauber in der Gegend rumgefahren und hätte quasi den Film mit der linken Hand nebenhergedreht. Das ist falsch. Es waren harte Arbeitstage." ROLF PETERS

Adel, Geldadel und Filmstars sind seine Kunden: Schmuckdesigner G. Bulgari

Blumentöpfe – aus Sterling-Silber

In wenigen Wochen 50 Jahre alt – als Geschäftsmann erfolgreich, als Schmuckdesigner einer der weltbesten, als Ehemann und Vater glücklich und zur Ruhe gekommen: Gianni Bulgari. Noch vor zehn Jahren dominierte in den Schlagzeilen der internationalen Presse das bewegte Leben dieses 1,85 Meter großen, graumelierten Mannes mit dem schmalen Gesicht. Ein Leben, das der an Erfahrung und Erfolg reiche Römer, der sich in Deutschland bisher rar machte, heute abend „exclusiv" aufblättert.

Bulgari – bei diesem Namen träumen die Damen von erlesensten Juwelen und die Männer von traumhaften Preisen. Bulgari – da erinnern sich die Klatschkolumnisten an einen Millionär und Junggesellen, der Schmuck entwarf und sich mit Film-Schönheiten schmückte. Kim Novak, Candice Bergen und Gina Lollobrigida attestierten ihm: „Er hat mehr Charme als Clark Gable und Cary Grant zusammen." Charme ist nur eines der zahlreichen Attribute, mit denen dieser Mann brilliert. Kunstkenner rühmen seine Ikonensammlung ebenso wie seinen Blick für ausgefallenes altes Silber.

Seine Creationen, ob nun versilberter Coca-Cola-Becher, Blumentopf aus Sterling-Silber, Kugelschreiber, Abendhandtasche aus Gold, Halsketten mit antiken römischen Münzen verarbeitet, Armbänder aus bläulich schimmernder Haifischhaut („auch unter Wasser tragbar") oder ein Collier mit 58karätigem Saphir, sind von Königinnen, Filmstars und Geldadel weltweit begehrt.

Für ein echtes Bulgari-Stück reisen die Damen nach Rom, Paris, Monte Carlo, Genf oder New York, denn nur

exclusiv – ZDF, 22.05 Uhr

in den eigenen Filialen sind die echten Creationen zu erstehen, die von rund 200 Mitarbeitern im römischen Haupthaus in Handarbeit gefertigt werden. Gianni Bulgari, für den kreativen Bereich des Familienunternehmens zuständig, beschäftigt Skulpteure, Architekten und Archäologen in seiner Werkstatt.

Alle arbeiten nach seiner Devise: „Ein Juwel an sich hat keine Bedeutung. Sein Sinn besteht allein darin, die Schönheit einer Frau zu unterstreichen." So sind Schmuckstücke als Kapitalanlage im Safe für den Juwelier ein unerträglicher Gedanke.

Vergnügen – das kennzeichnete auch das Leben des Gianni Bulgari bis zum April 1975. Rennfahrer wollte er eigentlich werden und gewann so 1965 eines der schwersten Straßenrennen, die Targa Florio. Aber er suchte den Erfolg nicht nur im Sport und im internationalen Jet-Set, sondern auch im Studium der Rechtswissenschaften in Großbritannien. Seit 1964 beweist der Dr. jur. seine Geschäftstüchtigkeit in der Leitung des Hauses in Rom, die er gemeinsam mit seinen jüngeren Brüdern Paolo und Nicola innehat. Das Familientrio führt fort, was Großvater Sotirio Boulgaris, Silberschmied aus Griechenland, um die Jahrhundertwende gründete und heute neben Tiffany und Cartier zu Weltruhm brachte.

Der März 1975 brachte ein Zäsur ins Leben des symphatischen Millionärs. Entführer verschleppten ihn aus Rom. 31 Tage verbrachte er in Gefangenschaft. Wieviele Millionen seine Freilassung kostete, wurde nie bekannt, seine Entführer nie gefaßt. Eine Pistole zum Selbstschutz und Leibwächter verabscheut er damals wie heute. Über die düstere Zeit vor zehn Jahren sagt er: „Es war eine Erfahrung, die viel in mir verändert hat." GABRIELE HERLYN

KRITIK

Ausgewogene Heldennaturen

Man muß anerkennen, daß die Perfektion der amerikanischen Fernsehproduktionen unerreicht ist. Das dramaturgische Management, die ausgeklügelte Netzplan-Technik, die raffinierte Makellosigkeit der Bilder, das programmierte Vorbeischliddern an den gefühligen Klippen, all' dies war zu beobachten in den sechs Folgen von **Die Blauen und die Grauen** (ARD), einem bunten Bilderbogen vom amerikanischen Bürgerkrieg.

Angefangen hatte es damit, daß familiäre Entwicklungen den Gang der politischen und militärischen Ereignisse gewissermaßen daheim widerspiegelten. Da griff das Autorenteam gewaltig in die Vorratskammer an Liebe, Mutterschmerz und Vaterstolz. Aber dann rührte die westernhafte Freude am Heldenritt im Pulverdampf, an der Choreographie der Reiterkämpfe, an der Grausamkeit des gottverdammten Krieges und an dessen detaillierter Wiedergabe in Bild und Ton. Wer nicht seine ungeteilte Aufmerksamkeit den Physiognomien und Uniformen der beteiligten Damen und Herren zu widmen bereit war, hatte es schwer, von Montag zu Montag, sechs Wochen hintereinander, die Protagonisten auf den Punkt zu bringen.

Es gab viel Gefühl: Ein knorriger Sergeant fällt, daß selbst gestandenen Männern das Wasser ins Gesicht schießen will, eine junge Hauptmannsfrau stirbt, der Captain bleibt unerschütterlich bei der Fahne. Alles das ist großartig inszeniert, und stellenweise reißt man das Maul auf vor Anerkennung. Nur, gestatten Sie, Sir, im Grunde genommen bleibt man ungerührt, denn allzu bald merkt man, daß das Stück es auf unsere Rührung hin abgestimmt wurde, und man wird verstimmt, zumindest bleibt das Herz verschlossen. Und damit fällt die ganze schöne Story.

Wie bemüht ist die dick aufgetragene Tendenz, weder Süd noch Nord, weder die Grauen noch die Blauen zu kränken! Die Ausgewogenheit jedoch ist, wie man so hört, der Tod des Dramas. Aber nicht nur die gegnerischen Parteien werden gleichmäßig behandelt, auch die Einzelpersonen stehen unter dem Gesetz der strengen Auslese: Wer in den Film kommt, ist gut, nett und von edlem Charakter. Und das alles zusammen gibt vielleicht den Grund dafür ab, daß man zwar nicht ohne Anteilnahme dem Produkt zuschaut, aber ganz und gar, ohne die Glaubwürdigkeit zu bemühen. Man sieht die Helden fallen, doch man weiß, daß sie sich nach dieser Einstellung in der Kantine bei einer eisgekühlten Cola wiederfinden. Das tröstet ungemein.

Fazit: Auf eine glaubwürdige Darstellung des Amerikanischen Bürgerkrieges werden wir wohl noch warten müssen.

VALENTIN POLCUCH

ARD 

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Verkehrsgericht
Angeklagt: ein Fußgänger
Moderation: Petra Schürmann
12.00 Umschau
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Khun Sa
Der Opiumkönig im Goldenen Dreieck
Vor zwei Jahren gelang es dem französischen Reporter Denis Reichle, den berüchtigten Opiumkönig Khun Sa aufzuspüren und über ihn diese Dokumentation zu drehen. Der im Januar dieses Jahres verstorbene Khun Sa kontrollierte zwei Drittel des Weltopiumhandels und befehligte eine Privatarmee von 10 000 Mann.
16.55 Träume, die keine blieben
Albert Schweitzer
Eine ungewöhnliche Lebensgeschichte: Der bescheidene und zurückhaltende „Urwaldarzt" Albert Schweitzer wurde schon zu Lebzeiten eine Legende. Viele Menschen wissen jedoch nicht, daß er auch ein begnadfeer Künstler und vielseitig begabter Wissenschaftler war.
17.15 Schau ins Land
Eine Dummheit, genannt „Mutprobe"
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schöne Ferien
Urlaubsgeschichten – heute aus Kenia
Nach den phänomenalen Erfolgen der ZDF-Serie „Das Traumschiff" startet die ARD nun eine ähnliche Reihe mit Urlaubsgeschichten. So erlebt der Zuschauer, wie drei Reiseleiter mit allen Kräften versuchen, es den unter ihrer Obhut befindlichen sonnen- und erlebnishungrigen Touristen recht zu machen. Heute, im afrikanischen Kenia, sind dies ein kinderloses Ehepaar und ein überheblicher Direktor ...
21.15 Brennpunkt
Aktuelle Sendung
22.00 ARD-Sport extra
Fußball: 1. Bundesliga
22.45 Tagesthemen
23.15 Kulturwelt
0.00 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Löwenzahn
Peter gräbt nach Sauriern
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Der Waschbär Rascal
Sammy gibt nicht auf
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der Seewolf
Mit letzter Kraft erreicht van Weyden eine Walfangstation. Obwohl er nun endlich in Sicherheit ist, läßt ihn die See nicht los ...
Dazw. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 P. I. T. – Peter Illmann Treff
20.15 ZDF Magazin
Gerhard Löwenthal in Afghanistan
Fragen an Pakistans Präsident Zia Ul Haq
Steht die Bundesregierung zu Reagens Weltraumverteidigung?
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Der Denver Clan
Tracy's Trick
Jetzt steht es endgültig fest: Carrington-Oil darf im Chinesischen Meer nach dem begehrten schwarzen Gold bohren. Doch dieser Erfolg wird Firmenchef Blake gehörig vergällt, als er erfährt, was für ein Doppelspiel seine Angestellte Tracy treibt ...
21.45 heute-journal
22.05 exclusiv
Mit dem ZDF bei Paul McCartney, Gianni Bulgari, Bianca Jagger, Jim Henson
Kamera: Karsten Müller
Regie: Peter Otto
22.50 Ratschlag für Kinogänger
„Oberst Redl" von Istvan Szabo
Vorgestellt von Elvira Reitze
22.55 Das kleine Fernsehspiel – Kamerafilm
L-Film. Liebe. Laster. Leidenschaft.
Buch und Regie: Thomas Balzer
23.55 heute
Anschl. Gute-Nacht-Musik

III.

WEST
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Düsseldorf
Musik: Lena Valaitis, Siggi Probein Band
21.45 Hobbythek
Mit Jean Pütz und Christine Niklas
22.30 Der schwarze Vorhang
Amerikanischer Spielfilm (1942)
23.45 Cornell Woolrick: Lieblingsfarbe Schwarz (5)
0.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.30 Ich finde mich hier richtig
19.00 Der Landtierarzt
19.30 Eishockey-Länderspiel
Deutschland – Schweden
22.00 Schaufenster
Fortsetzung
22.15 Wu Song oder die Rebellen von Lianshan (6)
23.00 Der Student von Prag
Deutscher Stummfilm (1926)
0.30 Nachrichten

HESSEN
18.30 Das Geheimnis des Weidenkorbes (10)
Die Mutter will fort
18.55 Die kleine Dampflok (10)
19.05 Was tun mit der Zeit!
Sammeln alter Keramik
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Weißer Fleck
21.00 Schwerpunkt
Aktueller Bericht
21.30 Drei aktuell
22.00 Johann Sebastian Bach (3)
Stürme und Jahre

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Das Jahr, in dem ich mündig wurde
20.15 Leben und Tod im alten Ägypten
21.00 Peter Ibbetson
Amerikanischer Spielfilm (1935)
Regie: Henry Hathaway
22.20 Das Labyrinth ist beschreibbar
Ital. Gegenwarts-Literatur (1)
23.05 Sklave der Liebe, Herr des Todes ...
0.05 Nachrichten

BAYERN
19.00 Nonstop Nonsens
19.45 Dingsda
Quiz mit Fritz Egner
20.15 Polizeiinspektion 1
20.40 Z. E. N.
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Dellie und Brenton (7)
22.35 Chancen für junge Komponisten?
23.30 Rundschau

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
John-Boy kehrt zurück, Teil 1
15.00 Indian River
Der Medizinmann
15.30 Musicbox – die Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Niklaas, ein Junge aus Flandern
Das alte Rechnungsbuch
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Wir sehen uns in die Monotonie des Sahel-Gebietes versetzt, eines der großen Dürregebiete der Erde, in dem sich die jährlichen Katastrophen nun zu wiederholen scheinen.
18.00 Es darf gelacht werden
Direktor Wibbelsterz
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport-Karussell
Unterhaltung rund um den Sport
Moderation: Roman Köster und Klaus Niedzwidz
20.00 Offen gesagt
Aus aktuellem Anlaß führt Reni Walther ein Gespräch mit dem populären Show-Master Hans Rosenthal, der am 2.4. seinen sechzigsten Geburtstag feierte. Das Gespräch wurde kurz zuvor in Rosenthals Ferienhaus auf der Nordsee-Insel Föhr aufgezeichnet.
Realisation: Ulf Thomas
20.30 Love Boat
mit den Episoden:
Computerman
Die falschen Französinnen
Der Mann ohne Gedächtnis
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Viva Cangaceiro
Ital.-span. Spielfilm (1969)
Mit Thomas Milian u. a.
Regie: Giovanni Fago
Dieser harte Männerfilm spielt in Brasilien 1930. Harte Ausschreitungen der Militärmacht gegen Aufständische sind an der Tagesordnung. Ganze Dörfer werden niedergemetzelt. Der junge Bauernbursche Espedito entkommt wie durch ein Wunder und wird zum Cangaceiro, zum Bandenchef. Sein Kampf und endlicher Sieg gegen die Unterdrücker ist das Grundthema dieses spannenden Films.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

SAT3
18.00 Der Sklave Calvisius
4. Auf dem Markt
Schulbus 13
4. Michael räumt auf
19.00 heute
19.30 Wetten, daß ...?
Spielereien von und mit Frank Elstner
Kandidaten: Jean-Paul Belmondo Brooke Shields
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kulturjournal
22.30 Sportreport
Was machst Du mit dem Knie, lieber Hans?
Wie aus Tanzen Sport wurde
Film von Uly Wolters
Ein historischer Überblick über die Entwicklung des Tanzes. Der Bogen spannt sich vom Trance-Tanz der Schamanenpriester über die Goldenen Zwanziger und die dreißiger Jahre mit ihren legendären Tanzkapellen bis hin zur heutigen Turnier-Perfektion und dem Formationstanz.
0.00 3SAT-Nachrichten

Leuchtende Tage –
Weine nicht, daß sie vorüber.
Sei dankbar und freue Dich,
daß sie gewesen.

Meine so liebe, tapfere Gefährtin über 65 Jahre, die fürsorgliche Mutter und Großmutter unserer 6 Kinder und 10 Enkelkinder und meine Schwester

Emmele Toepfer
geb. Klima
* 28. 6. 1897 † 29. 3. 1985

hat uns für immer verlassen.
Diese einzigartige, hingebungsvolle, allzeit lebensfrohe und lebenstüchtige Frau wird in Dankbarkeit und Liebe bis zum Ende unserer Tage in unseren Herzen weiterleben.

Alfred Toepfer
Peter Graf Erdődy und
Frau Gerda geb. Toepfer
mit Brigitta und Alexander
Helmuth Toepfer und
Frau Lieselotte geb. Timm
mit Carl Hinrich, Bernd und Wolfgang
Hermann Toepfer und
Frau Vera geb. Reccius
mit Christian und Georg
Heinrich Toepfer und
Frau Birte geb. Oldendorff
mit Charlotte, Clemens und Christoph
Dr. Lore Toepfer
Lotte Tudyka geb. Klima

Die Trauerfeier und Beisetzung finden im engsten Familienkreis statt. Bitte keine Beileidsbesuche.
Als besonderes Anliegen der Verstorbenen bitten wir, SOS-Kinderdorf e.V. Deutschland, Postscheck-Kto. München 606 40-802 zu unterstützen.

In tiefer Trauer teilen wir den Tod unserer langjährigen Kommanditistin, Frau

Emmele Toepfer

mit, die nach langer Krankheit am 29. März 1985 verstorben ist.

Seit vielen Jahren hat Frau Toepfer die Entwicklung unseres Unternehmens begleitet.

Wir werden uns ihrer in Dankbarkeit erinnern.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
HESSE NEWMAN & Co.
AG & Co.

Hamburg, den 3. April 1985





Katze aus dem Sack

P. Jo. – Die Katze hat keinen guten Leumund, wenn man den sprichwörtlichen Redensarten trauen will: Da „läßt die Katz das Mäusen nicht", geht einer „wie die Katze um den heißen Brei" oder kauft „die Katze im Sack". Aber mag man auch den Katzen nachsagen, daß sie „vorne lecken, hinten kratzen", so tut das ihrer Inanspruchnahme als Kuscheltier für den seelischen Haushalt offenbar keinerlei Abbruch. Katzen sind beliebt, lebendig und in effigie.

Ein Zürcher Kaufhaus preist da z. B. allerhand rund um die Katze, von Katzenbildern des „Kater Jaköb" bis zu Searles komischen Katzen, an. In Frankfurt widmet sich eine Galerie der „Cat Art", was eine Umschreibung eher für Nippes als für Kunst ist. Und am vergangenen Wochenende fand bei Waltraud Boltz in Bayreuth sogar eine Auktion „Rund um die Katze" statt.

Das begann mit siebzehn Kaffeekannen in Katzenform, denen ein Dutzend Rauchverzehrer in *nämlicher* Gestalt und ein gutes Schock Figuren und Figürchen aus Steingut oder Porzellan folgten. Dann gab es Katzen, gemalt und plastisch, auf Tellern und Buchstützen, auf Blechdosen und Postkarten, als Öldruck und Druckgraphik, zum Spielen aus Plüsch oder Gummi. Und zum Schluß sogar veritable Katzen-Ölgemälde. Insgesamt 310 Variationen zum Thema waren da für wenige Mark oder ein paar Hunderter zu ersteigern. Ein paar Tausender gar, fünfzehn schon nach der Schätzung, darf man demnächst bei Christie's in Amsterdam hinblättern, wo Katzenbilder von Henriette Ronner-Knip zur Versteigerung kommen. Auch das kein Pappenstiel für Bilder, bei denen es mehr um die Katz als um die Kunst geht.

„Für die Katz" war weder das Bayreuther Unternehmen, noch ist es der sonstige Katzenhandel. Deshalb wird es höchste Zeit, daß sich die Wissenschaft dieser Katzenliebe samt ihrer Folgen annimmt und endlich die *Felidosophie*, interdisziplinär natürlich, institutionalisiert – selbst wenn sie dafür bei der Kulturbürokratie katzbuckeln müßte.

Der Mensch ist sich und der Katzenwelt nämlich schuldig, daß dem endlich ein Ende gesetzt wird, was *der Kater Hinz in Ludwig Tiecks „Gestiefeltem Kater" als heimliche* Katzentugend offenbart: „Wir Katzen sind noch immer das freieste Geschlecht, weil wir uns bei unserer Geschicklichkeit so ungeschickt anzustellen wissen, daß der Mensch ganz aufgibt, uns zu erziehen."

Kulturbrief aus Moskau: Nonkonformistische Maler und Bücherknappheit

Man trifft sich bei Fjodorow

Ein eisiger Wind fegt an diesem Frühjahrsnachmittag durch die Straßen Moskaus. Doch die Menschen in der schier endlosen Schlange in der Malaja Grusinskaja, die hier seit Mittag warten, scheint das nicht zu stören. Sie warten, um in die Ausstellung der „Nonkonformisten" zu gelangen. Im kahlen Wohnblockhaus Nr. 28, wo die Graphikergewerkschaft „Gorkom" ihren Sitz hat, stellen zwanzig dieser „halblegalen" Maler aus.

Vor ein paar Jahren setzte die Sowjetmacht noch Bulldozer gegen ihre Werke ein. Doch nachdem die nichtanerkannte Kunst Rußlands weltweites Interesse gefunden hat und prominente Emigranten (Lew Nusberg, Oskar Rabin, die Sammler Kostaki und Gleser) von sich reden machen, haben die Herren im Kreml wohl begriffen, daß es besser sei, die im Lande verbliebenen „Halblegalen" in ein geduldetes Zwischenreich von gerade noch Erlaubtem einzugliedern. Allerdings darf man nicht glauben, daß nun hier die große künstlerische Freiheit ausgebrochen sei. Keineswegs dürfen alle Bilder gezeigt werden, die für diese Präsentation vorgesehen waren. Auswahlkommissionen waren vorher emsig tätig.

In den unattraktiven, schlecht durchlüfteten und verwinkelten Kellerräumen ohne Tageslicht herrscht ein unbeschreibliches Gedränge. Hausfrauen, Rentner, Schüler schieben sich begierig vor die eng gehängten Bilder. Die 20 Maler, unter ihnen eine Frau, gehören alle der mittleren Generation um die 40 an. Alle Stile sind vertreten: Surrealismus, naive Malerei, Fotorealismus, Techniken des Fernen Ostens. Nur der Trend der jüngsten westlichen Kunstszene, die sogenannten „Jungen Wilden", fehlt (noch).

Die Botschaften, die die Kunstwerke übermitteln, sind oft ausgesprochen religiös. Nirgends Sex, nirgends Erotik, kein einziger Akt. Der Maler Gudrakow zeigt auf einem Triptychon Kirschen in einem Glas vor einem hellblauen Bühnenhintergrund; er hat dabei unübersehbare Anleihen bei Dali gemacht. Klar und eigenständig die Bilder von Poliwanow: Blumensträuße und Zweige in Vasen, magisch überhöht. Eindrucksvoll die bunten Badeszenen von Gordjew, die wie fröhliche Comics wirken. Düster die Bilder von Kurkin, voll von christlichen Symbolen: Auge Gottes, Kreuz, Dreifaltigkeit. Daneben Beter mit brennenden Kerzen.

Die Künstler, die hier ausstellen, bilden nur den Kern von insgesamt 160 „zugelassenen Nonkonformisten". Sie alle arbeiten in der Regel mit Verträgen, die sie an staatliche Organisationen binden. Der Staat bezahlt und verkauft ihre Werke. Eine Regelung, die nicht unbedingt zur freien Kunstentfaltung animiert. „Aber", so einer der Ausstellenden, „was sollen wir sonst tun? Es herrscht zwar reges Interesse für unsere Kunst, die Menschen suchen sie förmlich, doch die wenigsten haben das nötige Geld."

Wieder auf der Straße, müssen wir daran denken, daß es bei den Büchern kurioserweise gerade umgekehrt zu sein scheint: Die Menschen haben das Geld, welche zu kaufen, aber es gibt sie nicht. In der „Sowjetskaja Kultura" konnte man dieser Tage lesen, daß in Archangelsk zwei Händler auf frischer Tat ertappt wurden, als sie gerade Bücher illegal an Passanten verhökerten. Es handelte sich um Werke von Balzac, Iwanow, Jefremow und Pikul. Die Bände, deren Ladenpreise zwischen drei und fünf Rubel pendelten, seien von den Spekulanten zum fünf- bis achtfachen Preis verkauft worden.

Dieses Beispiel ist nur eine winzige Facette aus dem schillernden Büchermarkt der Sowjetunion. Die Russen schmeicheln sich nicht umsonst, das lesehungrigste Volk der Welt zu sein. Die offiziellen Zahlenangaben sind beeindruckend: In jeder Minute werden in zweihundert sowjetischen Verlagen 33 000 Bücher gedruckt, das sind fünf Millionen am Tag. Allein der Verlag für politische Literatur beim Zentralkomitee der KPdSU druckt jährlich hundert Millionen Bücher mit vierhundert verschiedenen Titeln.

Wo aber bleiben die Bücher? Wann immer man in eine der großen Buchhandlungen in der Gorkistraße oder am Kalinin-Prospekt geht, wird man in der Regel enttäuscht wieder von dannen ziehen. Es gehört hier zu den raren Glücksfällen, ein bestimmtes Buch zu finden. Die russischen Klassiker etwa, Tolstoi, Puschkin, Tschechow, sind derzeit wieder einmal überhaupt nicht vorhanden.

Den Hauptteil der Druckwerke machen politische Bücher und Propagandaschriften aus. Lenin und Marx auf Billigdruck oder im Goldschnitt, aber auch Breschnew- und Grotewohl-Traktate stehen zuhauf in den Regalen. Lehr- und Schulbücher sowie wissenschaftliche Werke bilden den zweiten großen Anteil in den Buchläden. Der Bestand an ausländischer Literatur ist minimal, an deutschen Werken findet man zur Zeit Peter Hacks, Max von der Grün, ein altes Stück von Heiner Müller.

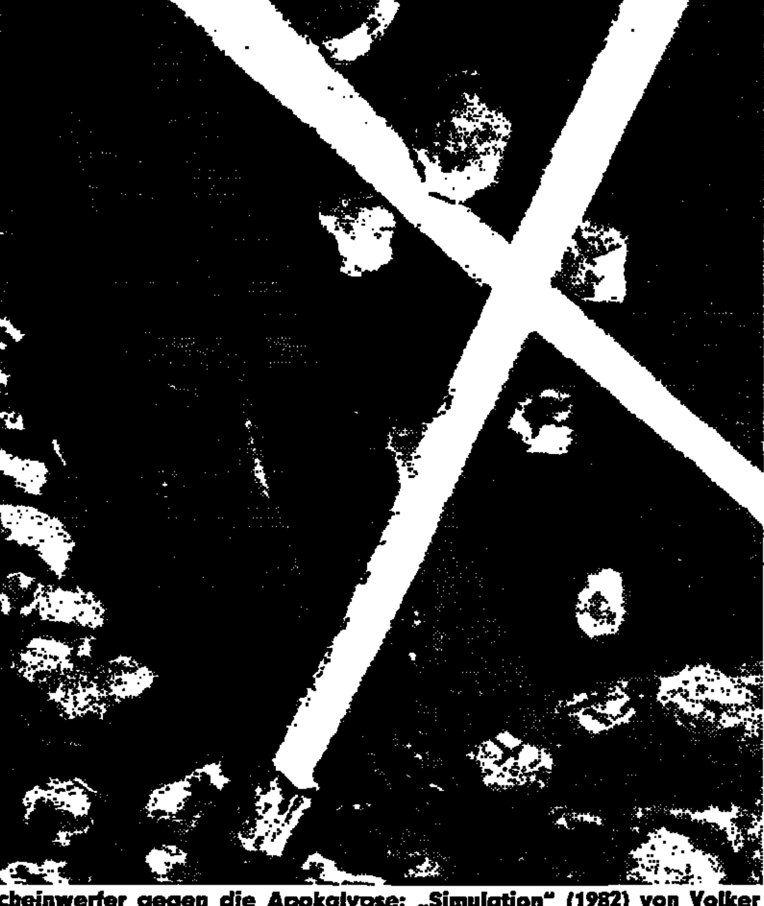
Wie aber kommt nun der lesehungrige Moskowiter an seine Lektüre? Nun, er versucht sein Glück zunächst über Abonnements. Sowie eine halbwegs interessante Neuauflage angekündigt wird, versuchen Zehntausende herauszukriegen, wo und wann man sich auf die Abonnementsliste eintragen kann. Wie immer hierzulande braucht man dann viel Geduld und viel Glück. Vor den betreffenden Buchhandlungen sieht man dann die langen Schlangen, die sich einschreiben wollen. Wenn das nicht klappt, hat der literarisch dürstende Sowjetbürger nur noch die andere, teure Möglichkeit – nämlich sich sein gewünschtes Buch über den schwarzen Markt zu ergattern. Mitten in Moskau, am Denkmal des Iwan Fjodorow, des Begründers des Buchdrucks in Rußland, treffen sich Händler und Leser zu ersten Kontaktgesprächen. Irgendwo findet dann der Abschluß des „illegalen" Buchhandels statt.

Nun muß man allerdings nicht glauben, daß, wenn man endlich sein Buch in den Händen hält, es sich auch wirklich um das Werk handelt, das der Schriftsteller einst zu Papier gebracht hat. Denn „Glawit", so die russische Abkürzung für die sowjetische Zensurbehörde, läßt nicht *eine* Druckzeile ungesehen durch. In jeder Redaktion, in jedem Verlag sitzt ein Vertreter von Glawit und wacht. Für jedes Druckerzeugnis besteht in der Sowjetunion eine dreifache Vorzensur, die bei jeder Neuauflage wiederholt wird, hinzu kommt eine unbegrenzte Nachzensur. Alles, was nicht dem gewünschten Ideal des Sowjetmenschen entspricht, ist Angriffspunkt der Zensur.

Man wacht nicht nur über moderne russische Literatur, sondern auch über die klassischen Werke. Eingriffe wurden selbst bei Puschkin, Tolstoi und Tschechow getätigt. Wer einen Original-Solschenizyn lesen will, kann sich nur auf die Ausgaben verlassen, die in den letzten Jahren in den USA gedruckt wurden. Denn dort hat der Autor die in Rußland zensierten Texte wieder ergänzt.

Daß die Zensureingriffe bei ausländischen Schriftstellern besonders rigoros ausfallen, erklärt sich angesichts dieser Verhältnisse von selber. Nachgewiesen sind grobe Zensureingriffe u. a. bei Zuckmayer, Walser, Vonnegut, Beckett, Steinbeck, Miller. In Heinrich Bölls „Gruppenbild mit Dame" wurden über 500 Zeilen gestrichen oder bewußt falsch übersetzt. Da wundert es nicht, wenn im Umzugsgut für Moskau-Korrespondenten das größte Interesse der Zöllner sich auf die Bücherkisten konzentriert. Buch für Buch wird geprüft und auf eine Liste aufgenommen und abgehakt. Und wehe, die Liste stimmt dann beim Auszug nicht!

ROSE-MARIE BORNGÄSSER


Scheinwerfer gegen die Apokalypse: „Simulation" (1982) von Volker Tannert, aus der Karlsruher Ausstellung FOTO: KATALOG

Karlsruhe: Erste Retrospektive von Volker Tannert

Wir wollen Kathedralen

Mag sein, daß es draußen im Lande noch zu vereinzelten Entrüstungen kommt, aber wohl auch nur deshalb, weil sich – eher irrtümlich als beabsichtigt – ein Neuer Wilder im ortsansässigen Kunstverein breitgemacht hat. Ansonsten haben sich die Wogen geglättet. Heftig ist nur noch die Neue Malerei, nicht mehr die Erregung. Es ist die Zeit der Retrospektiven.

Nach Salomé, Middendorf, Adamski, Dokoupil – und wie sie alle heißen – ist nun der Kölner Volker Tannert dran. Die erste große Einzelschau mit Bildern und Zeichnungen von 1981 bis 1985 haben der Badische Kunstverein Karlsruhe, wo sie jetzt zu sehen ist, und die Kunsthalle Bremen ausgerichtet.

Tannert (1955 in Recklinghausen geboren) gehört zu der Generation, der das Wünschen wieder helfen soll. Wie heißt doch eines seiner Bilder? „Unsere Wünsche wollen Kathedralen bauen". Ja, das wollte man gern. Aber man weiß nicht mehr, wie das geht. Vielleicht spürt man auch, daß der Kathedralbau ein paar Nummern zu groß ist, daß die Zeiten dafür lange vorbei sind, daß es einem an Mut und Ausdauer gebricht.

Gleichwohl will man es wenigstens wollen können. Der Wille als Ersatz für die Tat, genauer: der Wunsch zum Willen. Das ist sehr zeittypisch. Es offenbart das ganze Dilemma der jungen Generation der heute 30jährigen. Sie hätten gerne ein Ziel, aber sie wissen nicht, welches. Sie würden gerne etwas Großes leisten, aber sie wissen nicht, wie. Man hat Angst vor der Zukunft, aber auch kein Vertrauen in die Vergangenheit. Und die Gegenwart, die ungewisse, heillose Gegenwart, die ist man selbst. Wenn Tannert den Wunsch nach Kathedralen ins Bild setzt, dann malt er diesen ganzen entsetzlichen Zwiespalt mit: die Hoffnung, die Angst, den Willen, die Trauer.

Die Kathedrale, Inbegriff der Stabilität, ist bei Tannert ein Truggebilde. Die Pfeiler des Kirchenschiffs tragen nichts, sie sind Säulen aus Licht. Das Baumaterial liegt als Schutt auf dem Boden, ein Steinhaufen. In diesen Wunschraum scheint kein Licht hinein. Es ist finstere, menschenfeindliche Nacht. Solche gespenstischen Kulträume hat auch Anselm Kiefer gemalt. Was bei Kiefer aber eher Mahngebilde sind, das ist bei Tannert ein Wahngebilde. Das wird deutlich bei anderen Bildern. Da gibt es aufgewühlte Firmamente, grelle Flammenmenetekel, geborstene, aufgebrochene Landschaften.

Tannert ist ein Maler von der Instabilität alles Stabilen. Bei einem 1983er Bild, das ohne Titel auskommt, schaut man von der Tiefe einer Schlucht in die Höhe. Von dort kommen einem Gesteinsbrocken entgegengeprasselt. Die ganze Luft ist angefüllt von einem apokalyptischen Steinschlag. Der Betrachter hat den Blickwinkel verschütteter Existenzen. Das ehemals und vorgeblich Stabile wankt, kracht, stürzt ein. Stabil sind allein die Bedrohungen.

Auf bedrohliche Weise instabil sind auch die merkwürdigen Verschlingungen und Verknotungen der Körperbilder von 1981/82. Die Stabilität des menschlichen Gleichgewichts wird aufgegeben zugunsten einer verqueren Körperhaftigkeit. Es sind Leiber mit ausgreifenden Gliedern, tentakelhaften Verlängerungen von Beinen und Armen. Der neugewonnene Kreislauf (mit zusammengewachsenen Extremitäten) täuscht Stabilität vor, ist aber viel eher ein Alptraum aus dem Bausatz.

Ganz aus dem Baukasten vorgefertigter Farbräume und Themenzitate scheinen die neuesten Bilder zu sein. Sie machen Anleihen bei den lüsternen Farbvisionen der Symbolisten, z. B. eines Gustave Moreau, oder sie zitieren die deutsche Romantik, ja selbst einen El Greco. Gleichzeitig schreckt Tannert nicht davor zurück, bei der Suche nach neuen Motiven sich des Arsenals eines geschmäcklerischen Okkultismus zu bedienen.

Dieser Weg führt in die Irre. Auch wenn Tannert, wie es heißt, vorzugsweise nachts arbeitet, so muß er nicht gleich den Magien einer tölpelhaften Fantasy auf den Leim gehen. Er sollte lieber, von mir aus auch nachts, darüber nachdenken, ob es nicht doch tragfähige Kathedralen gibt. (Bis 28. April, Bremen: 5. Mai bis 16. Juni; Katalog 23 Mark)

WOLFGANG MINATY



Neu im Kino: Jacques Brals Kriminalfilm „Polar"

Die Schatten des Unheils

Es beginnt wie am Schnürchen amerikanischer Krimi-Konvention: ein kleiner, erfolgloser, eigentlich ganz desolater Privatdetektiv hockt in seinem tristen Gammelbüro. Er ist arbeitslos. Ihm fehlt Kundschaft. Seine Aussichten sind mehr als triste. Der Mann ist es auch.

Tut sich die Tür auf – und ein Kunde tritt ein. Zuerst erscheint der Auftraggeber unergiebig, sein Anliegen belanglos. Aber der ohnehin unbeschäftigte Privatdetektiv beißt sich in den Fall fest. Er wird selber wie mit schwarzem Sog nach und nach in die an sich höchst unappetitliche Sache hineingezogen.

Was wie beruflicher Krimskrams erschien, wird unversehens zu einer Sache auf Tod und Leben. Der scheinbar kümmerliche Privatdetektiv tritt urplötzlich in böse Lachen von Blut und Verbrechen. Er gerät, immer schön mißmutig, in pikante und äußerst abenteuerliche Liebesaffären hinein. Er wischt sich schließlich die Hände. Er hat den Fall, immer noch bekümmert, gelöst. Am Ende sitzt er, immer noch armselig und trübe, wieder in seinem tristen kleinen Gammelbüro.

Jacques Bral, der Regisseur aus Paris, der schon durch seinen frappierenden Film „Die Taxifahrerin" so deutlich auffiel, hat seine kalt-amerikanischen Vorbilder genau und lustvoll studiert. Er verlegt sie mit einer kühlen Sicherheit und Akribie ins französische Milieu, in dem er mit deutlicher Inbrunst genau zu Hause ist.

Unversehens, meist schmutzig, dann wieder leuchtend animierend, schwemmt mit den Verbrechen lauter Langeweile und krasses Leben vor die Kamera. Bral geht auf seiner Lebenspirsch beiläufig auch ins fragwürdige Gewerbe der Kino-Industrie. Er läßt seinen Altmeister und sein deutliches Vorbild, Claude Chabrol, selber eine kleine Rolle spielen. Chabrol ist ebenso amüsant wie vorzüglich.

Jacques Bral ist ein Freund, offenbar, des immer etwas mißmutigen Halbdunkels. Volles Licht fällt nämlich nie auf die Szene bei diesem Liebhaber des Schattens. Seine Menschen existieren allesamt wie unter schwer erkennbaren Zwängen. Aber daß das Unheil hinter jeder Gardine warten kann, das macht er uns ganz mühelos deutlich.

Freunde des gehobenen Kriminalgenres werden ihm nicht ohne Neugier und dunkles Wohlgefallen dabei folgen.

Der kleine intelligente, technisch und dramaturgisch wohlausgedachte und künstlerisch in dieser Spezialgattung vorzüglich präparierte Film läuft bei uns unsynchronisiert in französischer Sprache, nur mit gelegentlich unbeholfenen Untertiteln versehen. Liebhaber dieses Kinogenres sollten ihn nicht auslassen.

FRIEDRICH LUFT


Noch einmal davongekommen: Jean-François Balmer (rechts) als Privatdetektiv Tarpas und Pierre Santini in dem Film „Polar" FOTO: DIE WELT

Wuppertal: Ein neuer Tanzabend von Pina Bausch

Wenn Papi im Krieg ist

Pina Bausch lädt uns in ihrem neuesten „Tanzabend" ein in eine weiße Villa. Große Fenster, hinter denen Goldfische schwimmen, Dschungelgrün wuchert und Kakteen. Mechthild Grossmann fordert dazu auf, ungeniert einzutreten ins schnieke Heim. Ihre merkwürdige Begründung: „Mein Mann ist im Krieg!"

Sturmfreie Bude also für die Elf, die Pina diesmal (ohne Rücksprache mit Franz Beckenbauer) in den Kampf schickt. Aber Krieg scheint alsbald auch in der schmucken Villa zu herrschen. Ein Liebespaar wird erschossen. Einer Frau werden die Filzschuhe von einem abgewiesenen Verehrer am Boden festgenagelt. Ein anderes Mädchen muß es sich gefallen lassen, vom bösen Mann permanent an die Wand geschubst zu werden. Einer weiteren Angehörigen des schwachen Geschlechts geschieht es, daß ihr Allerwertester zum Nüsseknacken mißbraucht wird.

Also alles beim alten mit unserer Pina? Das denn wohl doch nicht. Diesmal ist alles viel schöner, manchmal sogar witziger. Schwarze Anzüge und Abendkleider dominieren, auch wenn sie mitunter am Körper herumhängen wie an Vogelscheuchen. Da rutscht schon auch mal der kleine Busen heraus. Da laufen die Herren schon mal in seltsamen Turban-Unterhosen herum. Aber alles hübsch dezent. Man darf vergnügt kichern, wenn eine elegante Dame den Kochtopf am Seil hinter sich herschleppt: Sieh an, von der Rolle kommt niemand los, die der Herrgott in einen Rock zu stecken beliebte.

Pina Bausch hält sich fast gar nicht mehr mit tiefen Begründungen unseres Hier und Jetzt auf. Keine biographischen Details mehr, kein Aufdecken frühkindlicher Prägungen, kaum noch die quälende Redundanz gesellschaftlicher Rituale. Der Umzug in die Villa hat offenbar Folgen gehabt: hübsche kleine Späße, mal zu zweit, mal zu dritt, gelegentlich auch ganz allein. Vergeblichkeiten, miese Verhältnisse, Rollenspiele – das findet offenbar in besserer Gesellschaft statt. Und verliert damit auch sofort an Prägnanz, Eindringlichkeit, Sinn. Man könnte leicht die Hälfte dieser witzigen Beliebigkeiten streichen – der Zuschauer würde es gar nicht bemerken.

Und dann gibt es natürlich auch wieder die Wiederholungen aus alten Programmen. Der Mann im Abendkleid zum Beispiel – das war mal ein treffender Gag, nun ist's nicht mal mehr ein Witzchen. Ganz ohne geschlagene und schreiende Frauen kommt man auch in der Villa nicht aus. Und der Mann als Kasperle – na, das kennt man schon. Ein paar lachen zwar noch, wenn den Herren im Frack der Sekt wieder so aus dem Gesicht läuft, wie sie ihn reingeschüttet haben.

Schade, daß Pina Bausch diesmal erst ganz zum Schluß auf Touren kommt. Vier Paare tanzen da Walzer – auf dem Popo. Das hat etwas Quälendes an sich. Verstümmelung wird suggeriert. Der Oberkellner, der den umherrutschenden feinen Herrschaften die Gläser reicht, bekommt die Wirkung eines Dompteurs. Und wenn die Gruppe am Ende gegen die Wand antanzt und sich zu einer gequetschten Masse verformt, dann steigert sich das Bild zum Symbol: ästhetische Verstümmelung, sinnlos gewordene Nomenklatur, die Masse als Sinnbild der Deformation.

Und das steigert sich ins pointiert Groteske: In der Villa sind die Jalousien heruntergelassen, und die Dame des Hauses, mit nacktem Oberkörper und langem Abendrock, schaufelt Heu in den Salon und schichtet Briketts auf, während es aus den Lautsprechern sakral ertönt: „Alles endet ..." Was bleibt einer Dame auch anderes übrig, wo der Mann doch im Krieg ist?!

Szenen dieser Qualität aber waren die Ausnahme. Die Regel: Beliebigkeit. Von dieser Seite her war die Arbeit von Pina Bausch immer gefährdet. Es gelang ihr jedoch zumeist, durch zwingende Bilder und strukturell aufgearbeitetes biographisches Material dieser Gefahr erfolgreich zu begegnen.

Diesmal hat sie offenkundig versucht, neue Ansatzpunkte für eine Weiterentwicklung ihrer Arbeit zu finden. Ihr Weg: Weg von der Gruppenszene, hin zur einzelnen Nummer; weg von der bohrenden Ernsthaftigkeit, hin zu ironisierender Komik; weg von der biographischen Notiz, hin zu einer artifiziellen Pointe. Doch das ist im Ganzen nicht gelungen. Die innere Stringenz fehlt ebenso wie die Tiefe des Empfindens und die Schärfe der Bilder. Pina Bausch sollte sich von dem üblichen Applaus nicht täuschen lassen.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Schuberts „Schöne Müllerin" im Frankfurter TaT

Stadelheim ließ grüßen

Zugesagt war die szenische Uraufführung von Franz Schuberts Liederzyklus über die „Schöne Müllerin". Man kann diesem Zyklus tatsächlich eine dramatische Handlung unterlegen. Der Gedanke ist so neu nicht und ergibt sich auch aus dem Prolog und dem Epilog (beide Stücke wurden von Schubert nicht komponiert) des Textdichters Franz Müller. Doch im Programm des Frankfurter Theaters am Turm stand der martialische Titel „Sieg oder Tod", und das ließ Schlimmes erwarten.

Es kam dann fast noch schlimmer. Noch bevor das erste Schubert-Lied intoniert wurde, mußte zunächst einmal ein dreiviertelstündiges wirres Politvorspiel durchgestanden werden, eine Montage aus Bild, Text und (später auch) Musik. Allmählich dämmerte dem Zuhörer: Hier hatte sich die RAF Schuberts bemächtigt!

Aus finsterem Hintergrund kamen entsetzliche Schreie und weinerliche Lamentos. Je mehr man verstand, um so eindeutiger wurde die Chose: biblische Seligpreisungen und Thesen der Roten Armee Fraktion wurden blasphemisch vermixt und unverdrossen der „Widerstand als Berufung" proklamiert. Als endlich ein wenig Licht auf die von Marc Deggeler in beuysscher Manier hergerichtete Szene fiel, nahm man einen Gekreuzigten wahr, der um Erlösung aus der heillosen Endzeit flehte.

Der Autor der Collage blieb ungenannt. Man darf wohl von einem kollektiven Produkt ausgehen. Den Effekt hatten die Macher aber nicht einkalkuliert: Das so donnerernst gemeinte Spektakel glitt andauernd ins schlicht Ridiküle ab und gewann seinen Unterhaltungswert gewissermaßen gegen den Strich.

Doch was hatte Schuberts „Schöne Müllerin" mit alledem zu tun? Seine Musik mußte einfach als Vehikel für aktualisierende Nutzanwendung herhalten. Mit dem Mute der Verzweiflung kämpfte Inszenator Helmut Danninger gegen die Beziehungslosigkeit der Teile an. Im Publikum aber war kaum jemand bereit, sich bei den „Reflexionen" über Macht und Ohnmacht oder den mit plakativer Dreistigkeit ins Auditorium geschleuderten Schlachtrufen der RAF betroffen zu fühlen.

Werner Combes, von Christian Frölich begleitet, gefiel immerhin durch natürlichen Ausdruck und klare Artikulation, verhinderte jedoch gerade dadurch den eigentlich gewollten „Umschwung vom Kontemplativen zum Agitatorischen". Da half es dann auch nicht, daß er sich beim „Mein Schatz hat Grün so gern" mit einer ebensolchen Decke drapierte und zuletzt hinter einem versteinerten Baumstumpf gegen „den Verlust seiner Identität" ansingen mußte.

Gelohnt hat sich das Unternehmen für diesen und jenen dennoch. Die überwiegend jungen Leute, die gekommen waren, fanden sichtlich weit mehr Gefallen an der Musik Schuberts als an der Stadelheim-Gedächtnisfeier.

HEINZ LUDWIG

JOURNAL

Klaus von Bismarck wurde wiedergewählt

AP, **München**

Klaus von Bismarck ist in München vom Präsidium des Goethe-Instituts zum dritten Mal zum Präsidenten für die nächsten vier Jahre gewählt worden. Ebenfalls wiedergewählt wurde als Vizepräsident Peter Wapnewski, Rektor des Wissenschaftskollegs in Berlin. Für Theodor Eschenburg, der als Vizepräsident ausschied, dem Präsidium des Goethe-Instituts aber weiterhin angehört, wurde der frühere Geschäftsführer der Wacker-Chemie GmbH, Ekkehard Maurer, gewählt.

Wittener Tage für neue Kammermusik

Reg. **Witten**

Mit einem anspruchsvollen Programm warten auch in diesem Jahr die Wittener Tage für neue Kammermusik auf, die vom 26. bis zum 28. April stattfinden werden. So werden Uraufführungen von Giacinto Scelsi, Günter Bialas, Christoph Dalz, Ernst Helmut Flammer, Jannis Vlachopoulos, Marek Kopelent, Zbynek Vostrák und Dimitri Terzakis angekündigt. Ein Abend ist der Musik Helmut Lachenmanns gewidmet.

Musikhochschule Köln: Chopin-Wettbewerb 1985

DW. **Köln**

Der Chopin-Klavierwettbewerb 1985 der Musikhochschule Köln findet am 22. und 23. April statt. Zum ersten Wettbewerbsdurchgang werden 28 Kandidaten, Studenten der Musikhochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen, erwartet. Am Abend des 23. wird eine Jury, der u. a. auch der Direktor der Musikhochschule, Prof. Franz Müller-Heuser, angehört, die Preise von 6000, 4000 und 2000 Mark vergeben. Alle Veranstaltungen einschließlich des Konzerts der Preisträger am 26. 4. sind der Öffentlichkeit kostenlos zugänglich.

Pariser Kinopaläste unter Denkmalschutz

AFP, **Paris**

Nach einer soeben veröffentlichten Erhebung in Frankreich macht der Kinotod auch in diesem Land nicht halt. 1960 wurden dort noch 6000 Kinos registriert, heute nur noch ca. 4400. Mehrere hundert Kinos, die von bauhistorischem Interesse sind, wurden jetzt auf eine Denkmalschutzliste gesetzt; das Pariser „Rex" und die „Pagode" gehören dazu.

Karikaturen von Franziska Becker

DW. **Mannheim**

Sie kann über sich selbst lachen. Das ist bei Karikaturisten – und erst recht bei Karikaturistinnen – ungewöhnlich. Sie nimmt auch den ganzen Feminismus nicht so ernst, obwohl sie bei „Emma" begann. Und so erzählt sie – mit Vorliebe in Bilderserien und mit Sprechblasen, die den Jargon der Neoprogressiven konservieren und damit parodieren – komische Geschichten vom Konflikt zwischen dem „richtigen" feministischen Bewußtsein und den Fatalitäten der Praxis. Das alles führt die Ausstellung „Franziska Becker – Karikaturen" im Mannheimer Kunstverein bis zum 14. April (und anschließend vom 3. Mai bis 16. Juni im Bonner Frauenmuseum) vor. Der Katalog kostet 15 Mark.

THEATER-KALENDER

4. Düsseldorf, Schauspielhaus; de Filippo: Innere Stimmen (R: Vos)
Frankfurt, Schauspiel; Kleist: Die Familie Schroffenstein (R: Jendreyko)
Köln, Schauspiel; Schiller: Die Jungfrau von Orleans (R: Flimm)
Wien, Theater in der Josefstadt; Giraudoux: Intermezzo (R: Krejca)
5./6. Berlin, Schiller-Theater; Schiller/Müller: Wallenstein (R: Emmerich)
12. München, Kammerspiele; Dreyer: Die goldene Brücke (U) (R: Clemen)
13. München, Residenztheater; Achternbusch: Gust (DE) (R: Achternbusch)
Wien, Akademietheater; Havel: Largo Desolato (U) (R: Bosse)
14. Hamburg, Deutsches Schauspielhaus; Molière: Der Menschenfeind (R: Rudolph)
Wien, Volkstheater; Sobol: Ghetto (R: Milo)
17. Krefeld/Mönchengladbach, Vereinigte Städt. Bühnen: 4. Theatertreffen Nordrhein-Westfalen (bis 30. April)
18. Zürich, Schauspielhaus; Ionesco: Die Stühle (R: Düggelin)
20. Heilbronn, Theater: 7. Baden-Württembergische Theatertage (bis 28. April)
24. Sommerhausen, Torturmtheater; Albee: Der Mann, der drei Arme hatte (DE) (R: Relin)
25. München, Kammerspiele; Achternbusch: Mein Herbert (R: Tabori)
26. Bonn, Bühnen der Stadt; Goethe: Iphigenie (R: Eschberg)
27. Berlin, Freie Volksbühne; Joyce: Verbannte (R: Neuenfels)
Bonn, Bühnen der Stadt; Laederach/Müry: Tod eines Kellners (U) (R: Kreidl)
Hamburg, Thalia Theater; Odets: Das große Messer (R: Fried)
Wien, Akademietheater; Hochhuth: Judith (DE) (R: Hochhuth)

„Dominique" machte sie weltbekannt

SAD, Brüssel

Man nannte sie die „singende Nonne". Mit ihrem Hit „Dominique" wurde „Soeur Sourire", die belgische Nonne Jeanine Deckers, von Kalifornien bis Leningrad ein Begriff. Jetzt hat die Popsängerin, die Millionen mit ihrem Hit beglückte, vereinsamt und verbittert eine undankbare Welt als Selbstmörderin verlassen.

Die 52jährige starb an der Überdosis eines Beruhigungsmittels. Sie hatte einen Selbstmordpakt mit ihrer getreuen Begleiterin Annie Berchet geschlossen. In ihrer Wohnung in Wavre bei Brüssel wurde die beiden Frauen gefunden. Beide waren tot.

Sie hinterließen einen Abschiedsbrief mit dieser letzten Botschaft an die Welt: „Wir gehen gemeinsam, um vor Gott unseren Vater zu treten. Nur er kann uns von dieser finanziellen Katastrophe retten."

Damit meinten sie Nachforderungen des Finanzamtes, das seit Jahren angeblich nicht gezahlte Steuern auf die Einkünfte aus der Single und dem autobiografischen Film „Die singende Nonne" einzutreiben versuchte. Dabei waren die Frauen bettelarm und lebten in größtem Elend.

Doch „Soeur Sourire" (die „lächelnde Schwester"), wie sie in ganz Europa hieß, schwor bei allen Heiligen, daß sie alle Einkünfte in Höhe von rund vier Millionen Mark dem Dominikaner-Kloster Fichermont bei Waterloo abgeliefert hatte.

Die Oberin des Nonnenklosters erklärte: „Wir haben zu dieser Angelegenheit nichts zu sagen. Die Dame gehört unserem Orden nicht mehr an."

1963 hatte die belgische Nonne mit ihrem Hit Elvis Presley in der ameri-



Soeur Sourire, die singende Nonne, beging Selbstmord

kanischen Hitparade aus dem Sattel gehoben. Von „Dominique" wurden mehr als hundert Versionen produziert. Obwohl ihr Schlager unter ihrem Pseudonym bekannt wurde, fanden findige Reporter ihren Ordensnamen, Schwester Luc Gabrielle, heraus. MGM verfilmte mit Debbie Reynolds in der Hauptrolle das Leben der singenden Nonne.

Auf dem Höhepunkt des kommerziellen Erfolges kam es zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen der Oberin und ihrer Pop-Nonne. Die Oberin setzte durch, daß ihre Nonne vier Millionen Mark an Einkünften aus dem internationalen Hit an die Klosterkasse abführte. Die Oberin sagte damals: „Produzenten haben sich zu viele Freiheiten genommen. Der Name Sourire darf im Zusammenhang mit dem Kloster nicht mehr verwendet werden."

Nach dem Bruch mit dem Kloster ließen die Steuerberhörden der „singenden Nonne" keine Ruhe. Im Jahre 1974 wurde ihr sogar wegen rund 50 000 Mark Steuerschulden Gefängnis angedroht. Jeanine hatte das Kloster verlassen und zog als Laienpredigerin durch die Lande. Doch ihr Ruhm verflog. Niemand wollte etwas von ihr wissen.

Eine Freundin der Pop-Nonne sagte: „Sie war seit drei Jahren völlig verarmt. Sie wollte den Menschen mit ihren Liedern helfen. Aber sie starb von der Menschheit völlig desillusioniert."

Branchenjargon: „Habt ihr was Schönes zu beißen?"

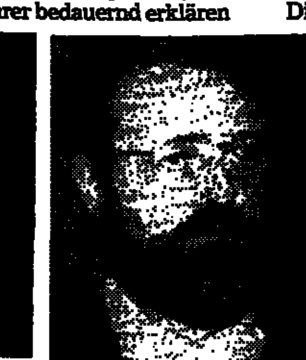
Eine Flut wird zur Springflut. Der Skandal um die 70 unter Bestechungsverdacht stehen Autobahnpolizisten von Nordrhein-Westfalen (s. WELT v. 30.3.) – oder sind es schon 150, wie eine gutinformierte Zeitung wissen will? – hat bereits ein Ausmaß erreicht, daß es nicht übertrieben erscheint, vom größten Polizeiskandal der Nachkriegszeit zu sprechen. Der Düsseldorfer Innenminister kündigte „drakonische Maßnahmen" an. Eine zehn Mann starke Sonderkommission des Landeskriminalamts, ermittelt rund um die Uhr. Sprecher der Innenbehörde und der Polizeigewerkschaft beklagen den unübersehbaren Schaden, den das Ansehen der Polizei erlitten hat. Jetzt schon. Und dabei sind die Ermittlungen nach Angaben des Münsteraner Oberstaatsanwalts Klaus Deupmann noch lange nicht abgeschlossen.

Der Schaden aber macht sich schon bemerkbar. Verkehrspolizisten müssen sich seit Tagen bei ihren Kontrollen von den Autofahrern einen ganz anderen Ton gefallen lassen, der ihre Arbeit zur Strapaze macht. Ob sie denn auch Geschenke annehmen, lautet unter den süffisanten Fragen noch die harmloseste. Die Polizei erscheint nicht mehr als sakrosankt. Ein Wunder bei den Fakten?

Es begann relativ harmlos. Ein bestechlicher Streifenpolizist versuchte sich vor Jahr und Tag mit dem Hinweis darauf, daß auf den Autobahnen „ganz andere Dinger" liefen, für eigenes Fehlverhalten zu exkulpieren. Das war 1983. Inzwischen muß befürchtet werden, daß im Regierungsbezirk Arnsberg jeder vierte Autobahnpolizist in den Korruptionsskandal verwickelt ist. Die Staatsanwaltschaft Münster, die die moderne Wegelagerer-Affäre zentral bearbeitet, ermittelt gegen 70 Beamte – vom einfachen Polizisten bis zum Kommissar.

16 Beamte wurden bereits suspendiert, zwei sitzen in Haft; ein dritter wurde nach einem Monat auf freien Fuß gesetzt, nachdem er ein „zig Seiten langes Geständnis" abgelegt hatte. Gegen zwei weitere wurde endlich gestern im hessischen Dillenburg das Strafverfahren wegen Bestechlichkeit eröffnet.

Damit dürfte die peinliche Affäre freilich keineswegs ihr Bewenden haben. Selbst das Düsseldorfer Innenministerium argwöhnt, daß über das bisherige Maß hinaus weitere Korruptionsfälle in anderen Bundesländern bekannt werden könnten. So eben sind die Ermittlungen auch in Baden-Württemberg aufgenommen worden. Weniger vorsichtig formulierte in diesem Zusammenhang ein Fahnder, der sicher ist, daß sich das Spiel zwischen korrupten Polizisten und um ihre Führerscheine besorgte Lkw-Fahrer überall zwischen Flensburg bis Kiefersfelden abgespielt habe. So sieht es offenbar auch Deupmann. Ihm liegen Aussagen vor, wonach Lkw-Fahrer bedauernd erklären



Vor dem Kadi: die Polizisten Wilfried M. und Manfred S.

mußten: „Ich habe nichts mehr." Sie waren dann schon vor der nordrhein-westfälischen Landesgrenze von Kollegen „abkassiert" worden – frei nach dem Motto: Wer zuerst kommt, kassiert zuerst.

Daß kleine Geschenke die Freundschaften erhalten, ist eine bekannte Weisheit. Daß das offenbar von einem nicht unbeachtlichen Teil der deutschen Autobahnpolizei wie in einer Bananenrepublik zum lukrativen Leitmotto erhoben wurde, hat viele Kollegen „tief erschüttert".

Das Thema beherrscht auch die Rastplatzgespräche. Um so mehr, als täglich Fahnder auftauchen, die den „Brummi-Fahrern" Lichtbilder von immer neuen Polizisten unter die Nase halten.

Die Ermittlungen erwiesen sich als schwierig. Die Betroffenen mauerten ebenso wie die Opfer, für deren Lage man freilich von Gewerkschaftsseite viel Verständnis zeigte: Welcher Fahrer traue sich schon, die Polizei wegen Bestechung zu verklagen, provoziere das nicht den Gegenvorwurf.

Und doch ist es ein Kapitäne der Landstraße gewesen, der Anzeige erstattete. Von ihm hatte ein 46jähriger Hauptmeister kurz vor Weihnachten 1982 Filets oder als Alternative Roastbeef verlangt und für den Fall der Ablehnung beim nächsten „Treffen" mit Ärger gedroht. Was ihm entgangen war: Daß in der Schlafkoje ein „Brummi-Kollege" alles mithörte. Der Hauptmeister scheint überhaupt hochgepokert zu haben; er fixierte seine Ansprüche noch schriftlich. Jedenfalls schreiben Sachverständige ihm die Notiz „mit hoher Wahrscheinlichkeit" zu. Er ist einer der beiden Männer, die in Dillenburg vor dem Kadi stehen. Außerhalb des Gerichtssaals müssen sich freilich die beiden Lkw-Fahrer gegen den Zorn ihrer Kollegen wehren.

Längst scheint sich ein „branchenübliches Kassier-Verfahren" herausgebildet zu haben: Wer erwischt wurde, konnte offenbar, solange es um Flensburger Punkte ging, kompensieren – mit all' dem, was die Ladung so hergab: Obst und Gemüse, lieber noch Fleisch (Insiderfrage: „Habt ihr was Schönes zu beißen?"), am liebsten Spirituosen, die dann zu Hause unter den Lieben zum Vorzugspreis verscherbelt wurden. Nicht unerwünscht waren aber auch Duftwässerchen oder Kassettenrekorder zum Beispiel. Man scheute sich auch nicht, ganze Paletten umzuladen, ja sogar lebende Forellen und Schweine zu kassieren.

Darüberhinaus soll es noch die verfeinerten Methoden gegeben haben: Da wurden Lastwagen nach einem bestimmten System herausgewinkt, die die Streife als lukrativ ausgemacht hatte. Scherte sich der Lkw nicht darum, wußte die Polizei, daß der Mann schon abkassiert worden war.

Für Bestechlichkeit und Erpressung sieht das Gesetz sechs Monate bis fünf Jahre vor. Der Eichstrich für einen rechtskräftig verurteilten Beamten liegt bei einem Jahr. Danach verliert er seine Beamteneigenschaft samt Pensionsanspruch.

KNUT TESKE
EBERHARD VIETINGHOFF

Uni-Institut: Hirnhaut für Pharma-Firma

dpa, München

Das schwedische Pharmazie-Unternehmen Kiba erhält vom Rechtsmedizinischen Institut der Universität München Leichenteile zur Weiterverarbeitung. Hirnhautteile und Hirnanhangdrüsen werden zur Gewinnung von Wachstumshormonen und zur Vorbereitung für Transplantationen weitergegeben, bestätigte jetzt der stellvertretende Leiter des Instituts, Professor Wolfgang Eisenmenger. Nach seiner Auffassung ist diese Praktik gesetzlich zulässig, da es kein Eigentum an Leichen gebe und sie Menschen helfe. Diese Teile müßten – so Eisenmenger – bei Obduktionen für eine vollständige Untersuchung „sowieso entfernt" werden. Über die Bezahlung für die Hirnteile von Leichen konnte er keine Auskunft geben. Die Präparatoren erhielten eine „Aufwandsentschädigung" von dem schwedischen Unternehmen.

375 Cholera-Tote

AP, Genf

Innerhalb von drei Tagen sind im Flüchtlingslager Gannet der Vereinten Nationen in Somalia 375 Menschen an Cholera gestorben. Dies teilte ein Sprecher des UNO-Hochkommissariats für das Flüchtlingswesen (UNHCR) gestern in Genf mit. Die meisten der Opfer seien Kinder. In Gannet leben 45 000 Äthiopier, die vor den Folgen der Dürre aus ihrer Heimat flohen.

Tunnel nach Österreich

AFP, Wien

Der österreichische Ministerrat hat gestern ein Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland über den Bau eines Grenztunnels zwischen Reutte (Tirol) und Füssen (Bayern) genehmigt. Das Bauvorhaben umfaßt den Bau eines Grenztunnels, der aus einer Tunnelröhre mit zwei im Gegenverkehr betriebenen Fahrstreifen bestehen und die auf österreichischem Gebiet von Reutte kommende Bundesstraße mit der auf deutschem Gebiet liegenden Autobahn A7 verbinden wird.

28 Tote bei Hotelbrand

AFP, Taipeh

Bei einem Brand in einem sechsstöckigen Hotel in dem südtaiwanischen Tainan sind in der Nacht zum Dienstag mindestens 28 Menschen getötet und vier schwer verletzt worden. Nach Angaben der Polizei ist das Feuer im Emperor-Hotel, das erst nach drei Stunden gelöscht werden konnte, vermutlich auf Brandstiftung zurückzuführen.

100. Transplantation

dpa, Lübeck

Die 100. Nierentransplantation ist im Transplantationszentrum an der Medizinischen Hochschule Lübeck (MHL) vorgenommen worden. Nach Angaben der Hochschule ist der Empfänger ein 54jähriger Patient aus Lübeck. Das Transplantationszentrum der Klinik für Chirurgie der MHL war 1980 auf Initiative des Direktors der chirurgischen Klinik, Professor Friedrich Wilhelm Schildberg, eingerichtet worden.

Übler Aprilscherz

DW. Bonn

Einen verspäteten Aprilscherz leistete sich die Umweltschutzorganisation „Greenpeace". Am Mittag des 1. April gab sie unter dem Namen Ad-TÜV eine Erklärung für die Presse ab, in der zu lesen war, daß der Großversuch Tempo 100 in der nächsten Woche auf „annähernd 70 Prozent der Autobahnen ausgedehnt" werde. Unter der für Rückfragen angegebenen Telefonnummer meldete sich eine Dame mit „TÜV Hamburg". Alles in allem: ein übler Scherz.

Falscher Konsul

dpa, Bad Reichenhall

Mit einem schmucken, weinroten Diplomatenpaß glaubte ein Österreicher bequemer durch Europa reisen zu können. Jetzt bremste ihn die Bayerische Grenzpolizei auf der Europaspur am Autobahn-Übergang Bad Reichenhall. Die goldenen Lettern „Principality of Sealand" (Fürstentum Seeland) bedeuteten nichts anderes als eine in der Nordsee verankerte Betonplattform, die im Zweiten Weltkrieg als Flakstützpunkt diente.

In der Gunst des zahlenden Publikums noch immer obenan: das unvollendet gebliebene Neue Schloß Herrenchiemsee (im Bild die Große Spiegelgalerie). König Ludwig II. ließ es in den Jahren 1878 bis 1885 als Kopie des berühmten Schlosses von Versailles errichten.

FOTO: DPA

Bayern will den Run zum „Kini" bremsen

Die Hauptbuchhalters-Tochter Auguste Strobl kann über Mangel an Aufmerksamkeit nicht klagen. Zu Lebzeiten ließ der bayerische König Ludwig I. die schwarzgelockte Münchnerin mit dem Schwanenhals in Öl porträtieren und verschaffte ihr einen feschen königlich-bayerischen Förster zum Mann, was ihn aber nicht davon abhielt, die Umschwärmte in der königlichen Revierförsterei zu besuchen und mit königlichen Gedichten anzuschmachten. Heute, 114 Jahre nach ihrem Tod, ist die Bewunderung ein Massenerlebnis: Knapp 31 000 Menschen defilieren Monat für Monat an dem Bildnis der königlich- bayerischen Förstersgattin vorbei, das neben den Porträts von 35 weiteren schönen Münchnerinnen in der Schönheitengalerie im Schloß Nymphenburg hängt.

Dem derzeitigen Schloßherrn verschafft die Bewunderung bares Geld: Max Streibl, als bayerischer Finanzminister Herrscher über fünf Dutzend staatlicher Schlösser, Burgen und anderer fürstlicher Bauten, kassierte im vergangenen Jahr allein durch die Eintrittskarten der 5 144 656 Besucher dieser monarchistischen Erbstücke 14,5 Millionen Mark.

Wenn der CSU-Minister mit seinen Schlösser-Millionen doch nicht unbeschwert zufrieden ist, dann ist der Grund einmal in der fiskalisch betrüblichen Tatsache zu finden, daß allein der Unterhalt der alten, nicht selten morschen Gemäuer jährlich 90 Millionen Mark kostet, und zum anderen in dem Umstand, daß die Gunst des Publikums sehr einseitig verteilt ist. Denn knapp die Hälfte (genau 49,3 Prozent) der Besucher strömte zu den drei Prunkschlössern des baubesessenen Königs Ludwig II., also nach Neuschwanstein (1,1 Millionen), Linderhof (800 000) und Herrenchiemsee (600 000).

Bayerns staatliche Schloßverwalter haben aber mehr zu bieten als eine Versailles-Kopie auf der Herreninsel im Chiemsee oder die Realisierung eines spätpubertären Burgentraums auf einem Allgäuer Felsen. „Wie sonst beinahe nirgendwo in Europa", so Minister Streibl, „kann man in den Museen und Sammlungen unserer Schlösser und Burgen einen Überblick über das europäische Kunstschaffen gewinnen. In diesen Kunstschätzen spiegelt sich unsere lange und ereignisreiche Vergangenheit wider. Zudem haben sich in Bayern niederländische, italienische, französische und englische Einflüsse in einzigartiger Weise mit dem Schaffen deutscher Künstler vermischt."

Wer aber von den Millionen Durchreisenden ahnt schon, daß in Bayreuth nicht nur auf dem Hügel ein Opernhaus thront, sondern ein markgräfliches drunten in der Stadt, das Wilhelmine, die älteste Tochter des preußischen Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I., bauen ließ? Auch selten nur stoppt einer auf der Ferienreise in den Süden bei Aschaffenburg, um im Schloß St. Johannisburg die eigenartige Sammlung von Korkmodellen zu bewundern, die der Mainzer Erzbischof Karl Theodor von Dalberg zu Beginn des vorigen Jahrhunderts als Tischaufsätze hatte schnitzen lassen. Und wer stieg auf Burg Trausnitz zu Landsberg schon die Narrentreppe hinauf, deren Wände mit den Figuren der Comédia dell'arte bemalt sind und die als eine singulare Schöpfung in der Kunst- und Kulturgeschichte gelten?

Schloßherr Streibl handelte nun nach der Erkenntnis, daß Unbekanntes unbekannt bleibt, wenn seine Existenz nicht bekanntgemacht wird, und ließ ein Büchlein drucken, das unter dem Titel „Schlösserland Bayern" ein handlicher Wegweiser zu den Kunstschätzen in diesen Häusern ist. Die kostenlose Broschüre kann beim bayerischen Staatsministerium der Finanzen (Odeonsplatz 4, 8000 München 22) angefordert werden. Die Erstauflage beträgt 120 000 Stück.

Dennoch: Auch ein bayerischer Finanzminister kann den Drang zum „Kini", wie die Bayern ihren Ludwig II. noch immer liebevoll nennen, nicht umdrehen in einen Run zur Plassenburg oder zur Residenz Ellingen. Und weil das nun einmal so ist, begibt auch Max Streibl sich in sein Schicksal und macht die Königsschlösser noch attraktiver: Für 5,9 Millionen Mark wird derzeit auf Herrenchiemsee ein Ludwig-II.-Museum eingerichtet, das im nächsten Jahr am 13. Juni eröffnet wird. Denn an jenem Tag wird sich ein Ereignis zum 100. Mal jähren, das dem Nichtschwimmer Ludwig II. den Tod im Starnberger See brachte und dessen Hintergründe noch heute so mysteriös sind, daß sie zu kurzweiligen Spekulationen Anlaß geben.

PETER SCHMALZ

LEUTE HEUTE

Chevenement erklärt

Französische Schulkinder werden im Gemeinschaftskundeunterricht jetzt wieder alle sechs Strophen der Nationalhymne, der 1792 komponierten „Marseillaise", lernen. In einer Antwort auf die schriftliche Anfrage des Abgeordneten **Henri Bayard** erklärte Unterrichtsminister **Jean-Pierre Chevenement**, die „Marseillaise" sei ein „Symbol des Vaterlandes und der Republik" und ein „unerläßliches Element in der Erziehung der Staatsbürger". Der Minister kündigte an, daß er demnächst ein Rundschreiben an alle Schulen richten werde, in dem er verlangen wird, den Kindern die Nationalhymne beizubringen. Die „Marseillaise" wurde 1792 von dem Pionieroffizier Rouget de Lisle in Straßburg für die französische Rheinarmee verfaßt. Sie wurde 1795 und dann wieder 1879 zur französischen Nationalhymne erklärt. Ihr ursprünglicher Titel lautete „Kriegsgesang für die Rheinarmee".

Newman stiftet

Der amerikanische Schauspieler **Paul Newman** hat der Universität von Südkalifornien 1,2 Millionen Dollar für Forschungsarbeiten über Drogensucht gespendet. Das Geld fließt über die Scott-Newman-Stiftung, die nach dem Sohn des Künstlers benannt ist, der im Alter von 28 Jahren an einer Überdosis starb.

El Gitano kämpft

Am Ostersonntag blickt ganz Spanien gebannt auf die Stierkampfarena von Sevilla. Zwei der berühmtesten Matadore werden in der „Real Maestranza", der berühmtesten Corrida der Osterwoche, auftreten: die beiden Zigeuner **Curro Romero** und **Rafael de Paula**. Rafael „el Gitano", wie ihn seine Anhänger nennen, kommt geradewegs aus der Untersuchungshaft. Er war am 20. März aus einer Arena weg verhaftet worden. Man warf ihm vor, zwei junge Leute angestiftet zu haben, den Liebhaber seiner Frau, einen Ex-Fußballspieler und Casino-Direktor von Cadiz, zu töten. Der Liebhaber wurde aber nur leicht verletzt. Und gemeinsam entrüsteten sich Spaniens Stierkampffans und Zigeuner – Machos allesamt. Ihre Moral: Die Frau eines Zigeuners und Toreros hat treu zu sein, zumal sie selbst eine Zigeunerin ist. Wenn sie nicht treu ist, und der Tod ihres Liebhabers wurde beschlossen, dann stirbt dieser auch.

WETTER: Wieder wärmer

Wetterlage: Bei steigendem Luftdruck von Westen her gelangt gleichzeitig auch erwärmte Atlantikluft nach Deutschland.



Vorhersage für Mittwoch:
In ganz Deutschland anfangs größere Aufheiterungen. Im Tagesverlauf höhere Wolkenfelder von Westen her, aber nur vereinzelt geringer Regen, vornehmlich nördlich der Mittelgebirge. Temperaturen nachmittags 13 bis 17 Grad, im Südwesten örtlich bis 20 Grad.

Weitere Aussichten:
Im ganzen freundlich. Meist sonnig und warm. Ab Samstag wolkiger und nicht mehr störungsfrei. Temperaturen dann nur wenig niedriger.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	22°
Bonn	12°	Kopenh.	7°
Dresden	16°	Las Palmas	26°
Essen	11°	London	14°
Frankfurt	14°	Madrid	14°
Hamburg	9°	Mailand	15°
List/Sylt	6°	Mallorca	19°
München	16°	Moskau	4°
Stuttgart	15°	Nizza	15°
Algier	21°	Oslo	4°
Amsterdam	10°	Paris	12°
Athen	20°	Prag	12°
Barcelona	14°	Rom	14°
Brüssel	11°	Stockholm	3°
Budapest	18°	Tel Aviv	20°
Bukarest	15°	Tunis	18°
Helsinki	0°	Wien	18°
Istanbul	7°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 6.52 Uhr, Untergang: 20.00 Uhr; **Mondaufgang:** 18.41 Uhr, Untergang: 6.50 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Pünktlichkeit gilt im Bel Paese als reaktionär

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Hektik ist eines der meistbeklagten Übel unserer Zeit. Alle modernen Industriegesellschaften sind mehr oder weniger davon betroffen. In Italien wird ihr zumindest auf einem Sektor hartnäckig widerstanden: Die staatlichen Eisenbahnen des Landes nehmen sich Zeit. Sie verkehren heute langsamer als vor 50 Jahren.

Mitte der dreißiger Jahre legte ein normaler D-Zug die 210 Kilometer lange Strecke von Rom nach Neapel in einer Stunde und 49 Minuten zurück. Heute benötigt ein Expreßzug dafür zwei Stunden und zehn Minuten. Der Tourist, der sich den „Ferrovie della Stato" anvertraut, kann sich zwischen Mailand und Florenz jetzt drei Stunden lang in seine Reiselektüre vertiefen und seine tempogeplagten Vorfahren „bedauern", die im Jahre 1939 schon nach einer Stunde und 55 Minuten am Ziel ihrer 315 Kilometer langen Reise angelangt waren.

In anderen Ländern mögen Superzüge mit mehreren hundert Stundenkilometern Geschwindigkeit durch die Landschaft rasen, im „Bel Paese" zwischen Brenner und Palermo wird Schnelligkeit auf Schienen wohl eher für ein überwundenes Trauma aus der Zeit der faschistischen Diktatur gehalten.

Auch Pünktlichkeit gilt offensichtlich – in Erinnerung an den Minutenfetischismus des Mussolini-Regimes bei der Fahrplanüberwachung – als reaktionär. Im vergangenen Jahr kamen in Italien nur 56 Prozent aller Züge pünktlich oder mit maximal fünf Minuten Verspätung an. In Frankreich waren es 93, in Deutschland fast 90 Prozent.

Wäre „Eile mit Weile" von den italienischen Staatsbahnen bewußt zum Motto für einen dem hektischen Zeitgeist zuwiderlaufenden Qualitätstourismus erhoben worden, könnte der Behutsamkeit einer Zugreise durch alte Kulturlandschaften wie die Toskana, Latium, Campanien und Sizilien sicherlich sogar manches Positive abgewonnen werden. Aber die Langsamkeit der italienischen Züge ist weder gewollt, noch durch besondere Bequemlichkeit für den Reisenden ausgezeichnet. Sie ist eher eine Folge von Fehlplanung und Ineffizienz.

Als man nach dem Kriege daran ging, das zerstörte Eisenbahnnetz wiederaufzubauen, legte man zwar ein Rekordtempo vor, ließ aber keinerlei zukunftsweisende Phantasie walten. Die alten Trassen wurden in aller Eile reaktiviert, und sonst geschah nichts. Wo sie – wie zwischen Verona und Bologna – eingleisig waren, blieben sie das. Neue Strecken standen außer jeder Diskussion. Alle verfügbaren Mittel wurden für den Bau von Autobahnen verwendet.

Daß auch der Bahnverkehr auf den reaktivierten alten Strecken im Zuge der stürmischen Industrialisierung des Landes zunehmen und sich vor allem auf die Hauptstrecken konzentrieren würde, hatte offensichtlich keiner der verantwortlichen Transportplaner erwartet – zumindest nicht in dem dann eingetretenen Ausmaß. Italien verfügt heute über ein Eisenbahnnetz von 40 000 Kilometern. Siebzig Prozent des Verkehrs laufen über die Hauptlinien, die nur 40 Prozent des Gesamtnetzes ausmachen. Insgesamt hat sich der Verkehr auf diesen Hauptstrecken nach dem Krieg um das Vier- bis Fünffache erhöht. Allein zwischen Mailand und Piacenza verkehren heute pro Tag 250 Züge.

Die Folge ist, daß die Züge, die nicht weniger leistungsstark sind als etwa die deutschen D-Züge, immer wieder durch auf Rot stehende Signale aufgehalten werden und auf den Bahnhöfen viel zu lange Aufenthalte hinnehmen müssen. „Wenn wir einen Zug schneller fahren lassen wollten, müßten wir viele andere einfach einstellen", sagt man resignierend im Transportministerium.

Freilich ist nicht nur die Verkehrsdichte für die Langsamkeit der italienischen Züge verantwortlich. Hinzu kommen notorische Ineffizienz der staatlichen Eisenbahnverwaltung, die jetzt endlich reformiert werden soll, und „politische" Fahrpreise, die die Bahn zu einem der am meisten defizitären Staatsunternehmen gemacht haben. Je mehr Geld aber zur Deckung des Defizits benötigt wird, um so weniger kann in den Ausbau und in die Modernisierung des Streckennetzes investiert werden. An Geld fehlt es leider auch, um das Wagenmaterial in punkto Fahrkomfort und Wartung dem heutigen europäischen Standard anzupassen.

Etwas mehr „Hektik" würde auch hier – wie in der Frage der Geschwindigkeit – dem Ruf der italienischen Staatsbahnen und der Qualität des Reisens in Italien gewiß nicht schaden.

ZU GUTER LETZT

„Dies ist das Nachrichten-Magazin. Wegen Arbeitsniederlegungen im dänischen Rundfunk kann diese Nachrichtensendung keine Nachrichten senden. Dies waren die Nachrichten." Ein Sprecher des dänischen Rundfunks gestern um 12.00 Uhr.